

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

8-2021

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe November-Dezember 2021

Redaktionsnotiz.....	3
Nachrichten und Berichte.....	5
<i>Michael Kubi</i> : Wie grün sind die Grünen wirklich?.....	5
<i>ZK der KPD</i> : Sieg für „Deutsche Wohnen & Co enteignen“: Laboratorium im Klassenkampf. Der Sieg der Initiative.....	13
<i>Jens Röstel</i> : Dem Frieden unsere Stimme, wir sagen NEIN zum Krieg!.....	17
Zur Geschichte der Sowjetunion.....	19
Ausstellung: „Am Vorabend des Großen Vaterländischen Krieges“ in Moskau.....	19
<i>Harald Guenterowitsch</i> : Einleitung.....	19
<i>Igor Schischkin</i> : Der Anglo-Französische „Barbarossa“ des Jahres 1940...	21

<i>Grover Furr: Stalin deportierte keine deutschen Kommunisten an Hitler! Eine Kritik eines Essays von Alex de Jong im Jacobin-Magazin, August 2021. Mit einer Einleitung von Michael Kubi</i>	28
Inflation.....	48
<i>Hermann Jacobs: Wie erklären wir: 1. Die permanente Inflation des Kapitalismus, 2. Das Festpreissystem des Sozialismus?</i>	48
Braucht der Sozialismus die Marktwirtschaft?.....	70
<i>Frank Flegel: Über die Diskreditierung der Planwirtschaft</i>	70
Beitrag zur aktuellen Imperialismusanalyse.....	81
<i>TKP: Thesen zum Imperialismus entlang der Achse von Russland und China</i>	81
Corona.....	106
<i>Mitteilung der Kommunistischen Partei Deutschlands: Standpunkt der KPD zur Impfpflicht</i>	106
Buchbesprechungen.....	108
Michael Kubi, „Wir sind afrikanische Affen“.....	108
Mark Staskiewics, Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung.....	111
Aus der Leser/innen-Post.....	113
<i>Joachim Becker: Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren</i>	113
<i>Karl-Peter Fießlein: Die Grenzsicherung der DDR</i>	114
<i>Ludwig Bodemann: Immer wieder Blödsinn in diesen Heften</i>	115
<i>Ludwig Bodemann: Hermann Jacobs-Geschreibsel</i>	115
<i>Hermann Jacobs: Weniger Bekenntnisse ablegen, mehr begründen, wirklich erklären. Tun Sie das!</i>	117

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck, Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www. offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Dies Heft hält einen bunten Strauß an Themen für Euch bereit. Es geht um einen Überblick über die aktuellen imperialistischen Verhältnisse, um die Inflation im Kapitalismus, deren Steigerung wir ja aktuell auch gerade wieder erleben, um neue Forschungsarbeiten zur Geschichte der Sowjetunion (auch wenn es Detailanalysen sind, so sind sie doch sehr interessant), um die leidige Frage, wie es denn nun mit der Planwirtschaft ist, kann sie was und ist sie unsere Zukunft – oder nicht?, zusätzlich um die Partei „Die Grünen“, den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“, um das Verhältnis der Linkspartei zur Friedenspolitik, um Corona, und zusätzlich haben wir zwei Buchbesprechungen und bei den Leserbriefen eine interessante Diskussion um das Neue Ökonomische System der Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR.

Wir planen für die nächste Zeit drei Sonderhefte: dabei wahrscheinlich zwei (hier ist der Umfang noch nicht ganz klar) mit einer Auswahl von Texten aus der DVRK zu wichtigen Ereignissen der kommunistischen Weltbewegung (z.B. Gorbatschow) und ein Sonderheft „Opportunismus und Revisionismus – Ein Überblick“ (dies Heft soll keine Einzelphänomene behandeln, sondern umfassend und trotzdem konzentriert den Gesamtzusammenhang darstellen und zu einem Überblick verhelfen). Diese Veröffentlichungspläne sind noch im Anfangsstadium. Weiter fortgeschritten sind die Arbeiten an einem neuen Buch zu einem wichtigen Ereignis der Geschichte der DDR. Es geht um das „Neue ökonomische System der Lenkung und Planung der Volkswirtschaft“, NÖSPL oder in Kurzform NÖS. Das NÖS wurde in der DDR abgebrochen, nach der Konterrevolution aber immer wieder zitiert und als möglicher Rettungsanker gehandelt: wäre das NÖS nicht abgebrochen worden, gäbe es die DDR eventuell noch, heißt es aus Kreisen der Anhänger eines „marktwirtschaftlichen Sozialismus“. Hermann Jacobs hat alles miterlebt und schaut genauer hin. Dieses Buch wird recht bald, nachdem Ihr diese November-Dezember-offen-siv bekommen habt, erscheinen. Wie immer bei unseren Buchveröffentlichungen versenden wir es an unsere Abonentinnen und Abonnenten. Ihr könnt entscheiden, ob Ihr uns dafür eine Spende überweist oder nicht. Wir zwingen niemanden dazu.

Wann genau diese drei weiteren Sonderhefte ausgeliefert werden können, wissen wir noch nicht. Es ist viel Arbeit, die auf wenigen Schultern lastet und auch eine nicht geringe finanzielle Belastung. Eins können wir aber trotzdem garantieren: Es wird werden.

Eine schöne Information zwischendurch: Vom „Handheft des Agitators“ mussten wir eine zweite Auflage in Auftrag geben. Das Heft hat den Genossinnen und Genossen offensichtlich unmittelbar geholfen, was uns natürlich sehr freut.

Und nun, da sich das Jahr dem Ende zuneigt, müssen wir auf die steigenden Preise hinweisen. Ein Printmedium zu machen, vor allem ein kleines wie die offen-siv, ist eine ziemliche Herausforderung, denn die Finanzen drücken immer. Die Papierpreise kennen überhaupt kein Halten mehr, will sagen, sie bleiben immer nur sehr kurze Zeiten stabil, dann kommt die nächste Erhöhung. Der Druck wird auch immer teurer und zu allem Überfluss wird die Post die Grundgebühr für das Postvertriebsstück zum nächsten Jahr schon wieder erhöhen, diesmal um 200,- Euro, was aber lange nicht alles ist: Das Porto für die Büchersendung (500 Gramm) ist innerhalb von sieben Jahren von ehemals 85 Cent auf demnächst 1,90 Euro gestiegen.

Wahrscheinlich könnt Ihr das Jammern ja kaum noch hören, aber bitte versteht: Die Zeitschrift offen-siv hat nunmal keine finanzkräftigen Anzeigenkunden und auch keine stillen Teilhaber. Zum Glück gibt es eine ganze Reihe von Genossinnen und Genossen, die uns wirklich großzügig unterstützen und denen wir sehr, sehr dankbar sind, aber in der Breite könnte die Spendenbereitschaft noch etwas wachsen. Deshalb wünschen wir uns, dass sich hiermit diejenigen angesprochen fühlen, die in diesem Jahr und eventuell auch in 2020 noch keine Spenden für die offen-siv übrig hatten.

Und noch etwas: Stellt Euch vor, im September 2023, also in etwas weniger als zwei Jahren, blickt die offen-siv auf ihr 30-jähriges Bestehen zurück. Das ist doch ganz schön. Die Bäume wuchsen natürlich nicht in den Himmel und die Weltrevolution steht auch noch immer nicht vor der Tür – wie sollte sie auch bei dieser anhaltenden, zutiefst konterrevolutionären Situation, in der wir leben -, aber wir konnten immerhin ein wenig zur Klarheit beitragen.

Wo wir gerade bei der Klarheit sind: Mit allergrößter Wahrscheinlichkeit wird das Fernstudium von KPD und offen-siv im nächsten Frühjahr wieder

beginnen können. Wer noch nicht angemeldet ist, aber gern teilnehmen will, sollte sich bei uns melden.

Und nun wünschen wir Euch einen angenehmen Jahreswechsel und uns allen ein gutes, kämpferisches und erfolgreiches Jahr 2022.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Nachrichten und Berichte

Michael Kubi: Wie grün sind die Grünen wirklich?

Vorbemerkung

Dieser Artikel entstand im August 2021, ca. einen Monat vor dem Zirkus, der auch als Bundestagswahl bekannt ist. Der Artikel behandelt die Verlogenheit der Partei „Die Grünen“. Die Bundestagswahl ist mittlerweile gelaufen, die Grünen haben nicht „so gut“ abgeschnitten, wie Umfragen im Sommer vermuten ließen. Dennoch schnitten sie stark ab und sie spielten bei den Theater-Veranstaltungen namens „Koalitionsverhandlungen“ noch eine bedeutende Rolle. Um die Ergebnisse der Bundestagswahlen eine angemessene Analyse zu geben, möchte ich auf die Mitteilungen der KPD verweisen „Keine Illusion in SPD und Grüne“.¹ Dort schreiben sie richtig:

„Allgemeiner Konsens aller dieser bürgerlichen Parteien ist, dass die Wettbewerbsfähigkeit und Exportorientierung des deutschen Monopolkapitals gestärkt werden muss. Wohin das Geld des Staatshaushalts und der Schuldentilgung dann fließt, ist aber auch heute schon klar: In die prallen Kassen der deutschen Monopolkonzerne, für Aufrüstung, angeblich bessere Infrastruktur, „klimaneutrale“ Stromversorgung, gut ausgebildete und billige

¹ <http://www.k-p-d.org/images/daten/dokumente/2021-09-27%20Mitteilung%20zur%20Bundestagswahl%202021.pdf>

Arbeitskräfte etc. Diese Summen fließen dann direkt in die Kassen der 138 Milliarden, die es 2021 in Deutschland gab. (...) Illusionen in SPD und Grüne, dass bei deren Regierungsbeteiligung etwas Positives für die Masse des Volkes herauskommen könnte, sollte man sich allerdings nach den Erfahrungen mit der rotgrünen Schröder-Fischer-Bundesregierung (1998-2005) nicht hingeben (zumal ja jetzt auch die marktradikale FDP mit im Boot sitzen müsste).“

Michael Kubi

Im September sind wieder Bundestagswahlen und eine Partei ist dabei im Aufwind: Die Grünen. Laut diverser Wahlumfragen schwanken die Grünen zwischen 16 und 21% (Stand 30.07.2021) und sind damit nach der CDU die zweitstärkste Partei. Die herrschende Klasse in unserem Land weiß, dass es ohne die Grünen nicht gehen wird. Ihr derzeitiger „Aufwind“ ist sicherlich nicht nur darin begründet, dass, nach 16 Jahren Merkel, sich die Wähler wieder „frischen Wind“ in der Politik wünschen. Laut einer Studie des Bundesumweltamtes stufen 65% der wahlberechtigten Menschen in Deutschland Umwelt- und Klimaschutz als ein sehr wichtiges Thema ein und in vielen Bereichen wie der Energie-, Landwirtschafts- und Verkehrspolitik sollte der Umwelt- und Klimaschutz eine übergeordnete Bedeutung haben. Jedoch sind nur 26% der Bürger der Ansicht, dass die Bundesregierung genug für die Umwelt tue.² Bewegungen wie Fridays for Future belegen ein stärkeres Interesse für Umweltthemen, besonders bei der Jugend.

Dass die kapitalistische Produktionsweise die Umwelt maßgeblich zerstört, soll hier nicht zur Debatte stehen. Auffällig ist jedoch, dass CDU/CSU, FDP, SPD, die Grünen und die Linke alle „für den Klimaschutz“ sind und damit Wahlkampf machen. Lediglich die Faschisten der AfD ziehen da nicht mit, um sich durch ihre wissenschaftsfeindliche Propaganda einen „kritischen“ Anstrich zu verleihen.

Besonders die Grünen profitieren von diesem stärkeren Interesse an Umweltthemen und haben den politischen Auftrag, dieses im Sinne der

² <https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/umweltbewusstsein-umweltverhalten#stellenwert-des-umwelt-und-klimaschutzes>

Monopolkonzerne auf Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems auszurichten. In fast wahnsinniger Manie wird ein Personenkult um Annalena Baerbock und Robert Habeck geführt, die ein Glücksfall für das Kapital darstellen, weil sie den Kapitalismus als sozial, nachhaltig, klimaschonend und fair verkaufen. Dies zeigt sich auch in ihrem Bundestagswahlprogramm für 2021.³ In ihrem Programm ist alles drin, was das zukünftige Ministerherz erfreut.

Fast religiös wird die frohe Botschaft verkündet: *„Wir schaffen klimagerechten Wohlstand“*. Natürlich fehlt der Halbsatz: für die Besserverdienenden. Der soziale Anstrich darf dennoch nicht fehlen: *„Besonders Gutverdienende“* wollten die Grünen stärker besteuern. Ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und 200.000 Euro für Paare soll eine neue Stufe mit einem Steuersatz von 45 Prozent eingeführt werden. Ab 250.000 beziehungsweise 500.000 Euro folgt eine weitere Stufe mit einem Spitzensteuersatz von 48 Prozent. Auch eine Vermögenssteuer fordern die Grünen. Sie soll ab zwei Millionen Euro pro Person gelten und ein Prozent jährlich betragen. Das Hartz-IV-System soll durch eine Garantiesicherung ersetzt werden, welche auf die bisherigen Sanktionen verzichtet, der Mindestlohn auf 12 Euro angehoben und Mieten „fair“ und bezahlbar werden. Solche „sozial“ klingenden Katechismen sind natürlich für den Wahlkampf wichtig, werden aber spätestens bei den Koalitionsverhandlungen „vergessen“. Nicht vergessen werden sollte jedoch an dieser Stelle, dass die Grünen, während sie in den Regierungssessel des Schröder-Regimes pupsten, Hartz-IV eingeführt haben und in Bremen vom rot-rot-grünen Senat seit seiner Amtseinführung 2019 in Bezug auf die Wohnungs- und Mietenpolitik *„keine Eingriffe in die Profitmaximierungsbestrebungen der Wohnungsunternehmen zugunsten der Mieter*innen vorgenommen wurden. Nicht einmal zarte Versuche einer Marktregulierung sind erkennbar.“*⁴

Was mit Sicherheit im Wahlprogramm stimmt ist die Liebe der Grünen zum Kapitalismus und dem freien Markt, dem sie einen „grünen“ Anstrich geben wollen, auch Greenwashing genannt. So treten sie für „Grüne Finanzmärkte“

³ <https://www.gruene.de/artikel/wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2021>

⁴ <https://www.anarchistischefoderation.de/die-halbzeitbilanz-der-rot-rot-gruenen-mietenpolitik/>

ein, die bei der Klimakrise eine bedeutende Rolle spielen sollen. Außerdem soll Deutschland Technologievorreiter bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse sein und sie machen sich für einen Green New Deal stark, bei der die EU der erste CO₂-freie Wirtschaftsraum sein soll. Doch was genau versteckt sich hinter diesen schön klingenden Worten? Aufgrund der Länge kann hier keine detaillierte Kritik der kapitalistischen Umweltpolitik erfolgen. Hierzu ist das „Klima-Video“ der KPD zu empfehlen,⁵ sowie der in der offen-siv (04/2020) erschienene Artikel „Wer ist schuld an der Klimakrise?“ von Yana Zavatsky und Michael Kubi.⁶

Zwei Beispiele sollen jedoch erwähnt werden. Nachdem auch die EU erkannt hat, dass der aus Pflanzen gewonnene Treibstoff „Biodiesel“, für den massiv Regenwaldflächen gerodet werden, schädlicher für das Klima ist als der aus Erdöl⁷ gewonnene Treibstoff Diesel, setzt die EU vermehrt auf Elektroautos. Dies unterstützen auch die Grünen auf Seite 63-64 in ihrem Bundestagswahlprogramm. Für Elektroautos sind bestimmte Rohstoffe wie Lithium und Kobalt nötig. Die hohe Energiedichte dieser beiden Metalle macht sie zum idealen Antrieb für Elektroautos. 48% der vorkommenden Kobalt Ressourcen liegen im Kongo. Diese werden aber unter menschenunwürdigen Bedingungen (inklusive Kinderarbeit) und Missachtung von Umweltstandards abgebaut⁸. Damit das Klimaziel, die EU CO₂-neutral zu machen, erreicht wird, wird das Problem also in andere Regionen verlagert. Dabei ist das Elektroauto-Beispiel nur die Spitze des Eisbergs.

Die Grünen „Klimaretter“ zeigen sich als Gegner der Pipeline Nordstream 2, weil bekanntermaßen Erdgas nicht nur klimaschädlich ist, sondern dieses Gas

⁵ Klima & CO₂ – Wer zahlt für wen die Zeche? <https://www.youtube.com/watch?v=t8XP9Fwf0Ns>

⁶ <https://offen-siv.net/wp-content/uploads/2020/04/2020-04.pdf>

⁷ <https://www.abenteuer-regenwald.de/bedrohungen/biosprit> Im März 2019 hat die EU-Kommission ein Gesetz vorgelegt, dass die Beimischung von Palmöl im Diesel ab 2023 reduzieren und bis zum Jahr 2030 beenden soll.

⁸ <https://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de/2018/09/elektroautos-aus-kinderarbeit-kobaltabbau-im-kongo/>

noch dazu aus Russland kommt. Sie wollen Sanktionen gegen Russland verhängen und den Bau von Nordstream 2 stoppen.⁹

Der damalige EU-Kommissionspräsident Juncker hatte indes im Juli 2018 mit dem damaligen US-Präsidenten Donald Trump einen Deal ausgearbeitet: Import von US-Flüssiggas in die EU gegen den Verzicht auf Einfuhrzölle für Autos aus der EU. Seitdem stieg der Import von Flüssig-Erdgas um 272 Prozent.¹⁰ Der größte Teil des US-Gases wird aus tiefen Gesteinsschichten mit einem Frackingverfahren gefördert. Dieses sogenannte Schiefergas befindet sich in tiefen Tonschichten und wird mit der Frackingtechnologie gefördert, bei der unter hohem Druck Wasser und Chemikalien in tiefe Gesteinsschichten gepresst werden. Das hat zu erheblichen Umweltschäden geführt, beispielsweise haben Chemikalien das Wasser vergiftet. Eine Studie des Wissenschaftsmagazins „Science“ belegt z.B., dass die Gaslecks und die entstehenden Methanverluste (Methan ist ein Treibhausgas, das 25 mal klimaschädlicher ist als CO₂) 60% höher sind als von den US-Umweltbehörden angegeben.¹¹ Allgemein habe Pipelinegas eine etwas bessere Klimabilanz als Flüssiggas, heißt es in einer Studie des Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung zur Klimabilanz von Flüssiggas.¹² Wenn auch das Erdgas aus Russland mit Sicherheit kein „Klimarettet“ ist, so ist es doch im Vergleich zum Fracking-Gas der USA das kleinere Übel. Wie verhalten sich aber hier die Grünen? Sie sind zwar – in Worten – auch gegen Fracking-Gas, aber eine Abstimmung im Bundesrat belegte, was es heißt, wenn die Grünen in der Regierung sitzen: Im Oktober 2018 forderte die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag in einem Antrag ein Fracking-Verbot ohne Schlupflöcher. Ein Antrag, der bei umweltbewussten Menschen und auch bei der Fridays for Future-Bewegung gut ankam. Zwei Wochen nach der EU-Wahl legte die Bundesregierung eine

⁹ Weitere Informationen siehe: <https://www.heise.de/tp/features/Die-merkwuerdige-Energiepolitik-der-Grünen-4906903.html>

¹⁰ <https://www.dw.com/de/eu-strebt-massive-steigerung-der-fl%C3%BCssiggas-im-porte-aus-usa-an/a-48572023>

¹¹ Assessment of methane emissions from the U.S. oil and gas supply chain <https://science.sciencemag.org/content/361/6398/186>

¹² https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-05-15_cc_21-2019_roadmap-gas_lng.pdf

“Verordnung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Aufbau der LNG-Infrastruktur in Deutschland” vor. LNG ist die englischsprachige Abkürzung für das Flüssig-Gas, welches mittels Fracking gewonnen wird. Diese Verordnung, die grünes Licht (man beachte die Metapher!), für Fracking-Gas gab, wurde mehrheitlich im Bundesrat angenommen – mit den Stimmen der Grünen.¹³ Diese von der „Russia Today“ offengelegte Information wurde sogar von den Korrektur-Fanatikern von „correctiv“ als Großteils richtig bestätigt.¹⁴ Die Grünen waren zum Zeitpunkt der Abstimmung an insgesamt neun Landesregierungen beteiligt. Sechs von neun dieser Regierungen im Bundesrat haben für die LNG-Verordnung gestimmt, so auch Baden-Württemberg, das einen grünen Ministerpräsidenten stellt. Man könnte natürlich einwenden, dass in einer Koalition „Kompromisse“ eingegangen werden müssen, man also zurückstecken muss. Man kann dann aber ebenso gut behaupten, dass die Sonntagsreden der Grünen Pfaffengeschwätz sind.

Wir können ohne Wenn und Aber festhalten, dass die größten Monopolkonzerne die größten Klimasünder sind. Nur 100 Unternehmen sind für fast drei Viertel der industriellen Treibhausgas-Emissionen weltweit verantwortlich. Zu den privaten Konzernen mit den höchsten Emissionen gehören ExxonMobil, Shell, BP, Chevron, Total und BHP Billiton. Der deutsche Energiekonzern RWE belegt Platz 41.¹⁵ Eine Studie des „NABU“ (Naturschutzbund) hat beispielsweise gezeigt, dass nur 15 Containerschiffe so viel Schadstoffe produzieren wie 780 Mio. Autos. Wir können also davon ausgehen, dass Deutschland als imperialistisches Zentrum und „Exportweltmeister“ hier sicherlich seine Hände im Spiel hat, also das Deutsche Kapital Miteigentümer der Containerschiffe und damit Mitverursacher ist.

Die Grünen stehen jedoch auf der Seite dieser Konzerne, die sie grün anstreichen wollen. Doch anstatt die Ursache in Form der kapitalistischen

¹³ <https://de.rt.com/inland/89659-freiheit-wichtiger-als-klimaschutz-grune/>

¹⁴ <https://correctiv.org/faktencheck/politik/2019/09/04/ja-auch-landesregierungen-mit-beteiligung-der-gruenen-stimmen-im-bundesrat-fuer-eine-verordnung-die-den-import-von-fracking-gas-ermoeglichen-koennte/>

¹⁵ <https://utopia.de/nur-100-unternehmen-produzieren-71-prozent-der-industriellen-treibhausgas-emissionen-57116/>

Produktion zu sehen, werden die Lasten und die Schuld des Klimawandels und weiterer Umweltprobleme den arbeitenden Menschen angelastet. „Man soll weniger fliegen“, „auf Fleisch verzichten“, „weniger konsumieren“, dieses und jenes verbieten usw. Der Verzicht aufs Schnitzel und den Urlaub soll das Klima retten – Fracking und Kinderarbeit für Lithiumbatterien anscheinend auch. Bessere Verteidiger des freien Marktes braucht es nicht! Durch eine CO₂-Steuer sollen Lebensmittelpreise und Heizkosten teurer werden und so das Klima gerettet werden. Der EU-Spitzenkandidat der Grünen, Sven Giegold, predigt, dass Ludwig Erhard die CO₂-Steuer unterstützt hätte.¹⁶ Selbst diese Masche ist nicht neu. So gibt es seit 2005 den EU-Emissionshandel als Instrument der EU-Klimapolitik um die Treibhausemissionen zu senken, welches vorsieht eine begrenzte Zahl an Emissionsrechten ausgegeben, um diese anschließend auf einem Markt zu handeln. Die Jahrzehnte dieses Handels mit CO₂-Emissionszertifikaten haben jedoch nichts geändert an der ständigen Zunahme des weltweiten Ausstoßes von Treibhausgasen. Vielmehr wurden sie zu einem Profit trächtigen Objekt des internationalen Finanzkapitals und die Spekulation mit dem Recht die Luft zu verschmutzen boomt. Die neue CO₂-Steuer wird ebenfalls das Klima nicht retten und die Konzerne nicht zur Kasse bitten, sondern die Arbeiterklasse.

Solche Ablenkungs-Kampagnen sind nicht neu und kommen direkt aus den Konzernzentralen. So hatten schon Anfang der 1950er Jahre Monopolkonzerne wie Coca-Cola in den USA die Organisation „Keep America Beautiful“ finanziert. Ziel war die Vermeidung von Abfall und Recycling. Ihr damaliger Hauptslogan: „Die Menschen beginnen mit der Umweltverschmutzung – Die Menschen können sie aufhalten.“ Diese Kampagne ist also ein wunderbares historisches Beispiel für das Greenwashing, welches Monopolkonzerne schon seit den 1950ern betreiben, um ihr Image aufzupolieren. Die Grünen stehen genau dafür: Greenwashing im Interesse der Monopolkonzerne.

Es braucht nicht gesondert erläutert zu werden, dass Krieg und Militär die größten Umweltsünder sind. Die Produktion von Waffen, Panzern,

¹⁶ <https://www.n-tv.de/politik/Giegold-Ludwig-Erhard-haette-CO2-Steuer-unterstuetzt-article21005747.html>

Militärflugzeugen etc. erfordert immense Mengen an Energie, stößt CO₂ aus und nutzt keinem Menschen außer einem kleinen Haufen Profit Gewinner. Die Grünen bekennen sich in ihrem Bundestagswahlkampf-Programm (ab. S. 253) zur NATO (und damit der kriegerischen Konfrontation gegen Russland und China) und machen sich für eine moderne Bundeswehr stark, die „*die Vielfalt und Diversität unserer Gesellschaft in ihrer Personalstruktur widerspiegeln*“ soll (S. 253). Auf gut deutsch heißt es, es ist auch okay mit einer Regenbogenfahne andere Länder militärisch anzugreifen. Unglaublich wirken die Grünen in ihrem Programm auch in ihrer fast pazifistischen Art, indem sie keine Waffenexporte an Diktaturen und Kriegsgebiete schicken wollen (S.250) und für eine „*Wiederaufnahme des Sicherheitsdialogs*“ mit Russland sind (S. 249) – wohl aber nur, wenn sich Russland schön imperialistisch ausbeuten lässt, wie damals unter dem Alkoholiker Boris Jelzin. Unglaublich wirken diese Aussagen, weil es die Grünen waren, die als erste nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kriegerische Auslandseinsätze der Bundeswehr billigten.

Diese angerissenen Probleme können unter kapitalistischen Produktionsbedingungen nicht gelöst werden. Die Anarchie der kapitalistischen Produktion erlaubt es nicht, Probleme, seien sie nun gesellschaftlich oder ökologisch, langfristig und vor allem rational zu lösen. Sicherlich führt der Klimawandel als solcher nicht zum Weltuntergang, verbunden mit der kapitalistischen Produktionsweise wird er jedoch bestehende Probleme verschärfen. Die Lösung der Umweltprobleme können langfristig nur gelöst werden, wenn die Produktionsmittel vergesellschaftet werden. Im Sozialismus ist Schluss mit der Ausbeutung der arbeitenden Menschen. Die Produktionsmittel – die Fabriken und Maschinen – gehören nicht mehr der Kapitalistenklasse, der Bourgeoisie, sondern sind gesellschaftliches Eigentum und die Produktion der materiellen Güter unterliegt einer gesamtgesellschaftlichen, am realen Bedarf orientierten Planung.

Natürlich wird es auch im Sozialismus Umweltprobleme geben (und die gab es ja auch historisch). Aber der Sozialismus liefert die einzig rationale Methode umweltschonend zu wirtschaften. So ist dem Sozialismus die rücksichtslose wirtschaftliche und militärische Ausbeutung anderer Länder fremd. Eine sozialistische Ökonomie vermeidet durch logische Planung die

Verschwendung von Ressourcen, kann die Transportwege kurz halten und die gesamten gesellschaftlichen Ressourcen zur Entwicklung neuer Technologien einsetzen. Auch ein Sozialismus wird vor diesen ökologischen Schwierigkeiten stehen, aber zumindest sind im Sozialismus die objektiven Bedingungen gegeben, um Lösungsansätze zu finden.

Michael Kubi

ZK der KPD: Sieg für „Deutsche Wohnen & Co enteignen“: Laboratorium im Klassenkampf. Der Sieg der Initiative.

Am 26.09.2021 fand nicht nur die Bundestagswahl statt. Die Berliner waren gleichzeitig aufgefordert über ihr Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlung abzustimmen. Und dann war da noch ein Volksentscheid der Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“. 59,1 % der Wähler stimmten für den Volksentscheid. Die höchste Zustimmung erzielte die Abstimmung in Friedrichshain-Kreuzberg (72,4 %), Mitte (63,7 %) und die niedrigste in Reinickendorf (45,1 %) und – wenig überraschend – in der Villengegend Steglitz-Zehlendorf (immerhin noch 44 %).

Einen Tag nach dem Sieg gaben sich die Sprecher der Initiative auf ihrer Pressekonferenz kämpferisch. Einer der Sprecher, Rouzbeh Taheri, betonte, dass es nicht ums „zähmen oder hübsch anstreichen“ der Konzerne gehe, sondern selbige „aus Berlin verschwinden“ sollten. Sprecherin Jenny Stupka hob die „demokratische Kontrolle“ über die Wohnungen hervor.

Es bleibt nun spannend, wie die verschiedenen politischen Parteien und die Organe der bürgerlichen Herrschaft auf den Volksentscheid reagieren werden, der nicht verbindlich ist. Dr. Franziska Giffey (SPD), die erst vor wenigen Monaten aufgrund einer Plagiatsaffäre als Bundesministerin nicht mehr tragbar war, aber sich für Berlin anscheinend noch als gut genug sieht, machte ihre Von-Oben-Herab-Haltung bereits deutlich. Man müsse laut Giffey „nicht nur respektvoll, sondern auch verantwortungsvoll“ mit dem Votum umgehen. Selbstverständlich spricht sie hier nicht den FinanzspekulantInnen die Verantwortung ab, sondern paternalistisch dem auf linke Irrwege geratenen Volk. Die Grünen streben nach einer „Kompromisslösung“ mit den

Konzernen und wollen Enteignungen nur als „ultima ratio“ (also nie). FDP und CDU betonen selbstredend getreu ihrer Klasseninteressen ihre Phrasen vom Eigentum als Freiheit und Grundrecht. Lediglich die Partei die Linke unterstützte die Volksinitiative.

Der Haken an der Sache Wir können das große Aber der Initiative natürlich nicht ausklammern: Es handelt sich trotz des Titels nämlich gar nicht um eine Enteignung. Es handelt sich in Wahrheit um eine grundgesetzkonforme „Enteignung“, die niemals entschädigungslos erfolgen darf, wie es im Artikel 14 des Grundgesetzes heißt. Im Grunde genommen handelt es sich also „nur“ um einen verordneten Rückkauf von 1/4 der Immobilien durch die Stadt Berlin, freilich für die Konzerne nicht ganz freiwillig.

Es sind dieselben Immobilien, die von der Stadt selbst verschertelt worden sind, woran der Sozialdarwinist, Rassist und Verächter der Armen, Thilo Sarrazin, im Auftrag eines rot-roten Senats federführend beteiligt war. Korrekt ausgedrückt handelt es sich also um eine Rekommunalisierung von einstigem Städteigentum.

Dennoch dürfte die Forderung für die Kapitalisten unerhört sein, denn im Beschluss der Initiative zur Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs durch den Senat heißt es: „Die Höhe der Entschädigung ist nach Sinn und Zweck des Art. 15 des Grundgesetzes deutlich unterhalb des Verkehrswertes anzusetzen.“ Die Aktivisten gehen laut Deutschlandfunk-Kultur davon aus, dass dieser Rückkauf die Stadt Berlin 13 Mrd. € kosten wird, der Berliner Senat hingegen behauptet, es gehe um einem Kaufpreis in Höhe von 29 Mrd. €.

Sollte das Projekt also wirklich verwirklicht werden, wird hier „nur“ um die Höhe der Rendite oder der Verluste/Abschreibungen der Immobilienhaie gestritten. Die ihnen tatsächlich zustehende Null steht noch nicht zur Debatte. Ideologisch ist das nicht verwunderlich: In einer Kurzbroschüre über Vergesellschaftungen bezieht sich die Initiative primär auf die sozialdemokratische Wohnungsbaupolitik der 1920er Jahre und den Beitrag der SPD zum Artikel 15 des Grundgesetzes bei Gründung der BRD im Jahr 1949 sowie die Rolle des DGB beim Wohnungsbau.

Die kapitalistische Ordnung an sich wird hier also nicht in Frage gestellt, lediglich ein einzelner Bestandteil. Die Forderungen sind somit - rein

theoretisch - innerhalb der kapitalistischen Ordnung umsetzbar. Die Monopolisierung des Wohnungsbesitzes – wie generell jedes Kartell – kann einen Kannibalisierungseffekt für den Rest der Wirtschaft haben, der für die Funktion der Ordnung selbst schädlich ist. Somit wäre die Umsetzung des Volksentscheids ganz im Sinne einer keynesianischen Ordnungspolitik ein korrigierender Eingriff. Aus ähnlichen Erwägungen waren die Herrschenden beispielsweise zur Einführung des Mindestlohns gezwungen. Unter diesen Vorzeichen würde die kapitalistische Ordnung nicht in Frage gestellt sondern stabilisiert werden.

Die Möglichkeiten und Schlussfolgerungen:

Trotz dieses Hakens kann die Initiative zu einem großartigen Anschauungsunterricht im Klassenkampf werden. Im Grunde handelt es sich hier zwar nur um die Wiederherstellung eines Zustandes, den es vor der großen Privatisierungswelle in der alten BRD bis in die 1980er Jahre noch gab bzw. der vergleichbar in der österreichischen Hauptstadt Wien bis heute besteht, dennoch ist das Potential für die Entwicklung von Klassenbewusstsein groß. Die herrschenden Parteien - mit Ausnahme vielleicht noch der Linkspartei, die sich aber in Koalitionen fügen wird wie schon beim Verscherbeln der Wohnungen - werden alles unternehmen, um das Anliegen zu torpedieren. Die Aktivisten kündigten bereits an, selbst den Erlass eines Gesetzes zu erwirken, wenn die Parteien nicht kooperieren.

Es ist abzusehen, dass die Parteien und Organe des bürgerlichen Staates alles unternehmen werden, um die Summe, die die Haie für den Rückkauf von der Stadt bekommen sollen, weit über den Betrag von 13 Mrd. € zu steigern und ihnen soviel Geld wie nur möglich hinterher zu werfen. Es wird besonders spannend werden, der heutigen Sozialdemokratie dabei zuzuschauen, wie sie klassisch sozialdemokratische Forderungen mit allen Mitteln versuchen wird zu verhindern. Selbst wenn der Rückkauf durch die Stadt Berlin für die Immobilienhaie verhältnismäßig günstig abgeschlossen werden sollte, drohen sie den Berlinern bereits Rache in Gestalt von Verlangsamung des Wohnungsneubaus an. Darüber hinaus wird auch das Bundesverfassungsgericht (wie beim gekippten Mietendeckel) alles tun, um das Votum, mit dem das Volk gesprochen hat, solange zu durchlöchern, bis es faktisch null und nichtig ist.

Die Widersprüche zwischen den Besitzenden und den Proletariern werden dadurch wie unter einem Brennglas sichtbar und es wird sich zeigen, dass diese faule kapitalistische Gesellschaft in keiner Weise Harmonie und „sozialen Ausgleich“ in sich birgt. Es besteht großes Potential, dass sich mehr und mehr Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Erwerbslose und kleine Selbstständige die Fragen stellen:

1. Wem dienen eigentlich die Parteien, Regierungen und Gerichte?
2. Warum muss überhaupt die ganze Gesellschaft sich der Logik des Profits unterordnen, auch in allen anderen Bereichen des Lebens, vor allem am Arbeitsplatz?
3. Ist die Herrschaft einer Minderheit von Ausbeutern wirklich so gut für das Allgemeinwohl?
4. Warum erhalten die Aktionäre, die nur vom Couponschneiden leben, überhaupt 13 Mrd. oder 29 gar Mrd. €, für welche geleistete Arbeit?!
5. Wäre eine andere und bessere, ja planwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft, die dem Menschen dient, dem Markt vielleicht sogar überlegen?

Die bewusste Nutzung des Reizwortes „Enteignung“ mag zwar im marxistischen Sinne nicht der tatsächlichen Forderung eines Rückkaufs oder einer Rekommunalisierung entsprechen, zeigt aber dennoch, dass die antikommunistische Angstkampagne ihren Schrecken bei einer breiten Masse verloren hat. Wegweisend an der Kampagne war auch die Art und Weise, wie die Kampagne verwirklicht wurde. Völlig selbstverständlich wurden die wichtigen Forderungen mehrsprachig u. a. auch auf russisch, arabisch, türkisch und polnisch verbreitet, womit dann wirklich alle Teile des Proletariats ohne Barriere angesprochen wurden.

Damit ist der Initiative mit einer klassisch linkssozialdemokratischen Forderung der Erfolg gelungen, der der blutleeren Initiative „Aufstehen“ verwehrt blieb. Während einer der ideologischen Köpfe hinter „Aufstehen“, Sahra Wagenknecht, in ihrem jüngsten Buch „Die Selbstgerechten“ noch damit argumentiert, dass die klassische Sozialdemokratie den Zuzug von Migranten, etwa zur Weimarer Zeit, begrenzte, organisierte die Berliner Initiative – ebenfalls mit Bezug auf die gleiche alte Sozialdemokratie - alle Proletarier unabhängig von ihrer Herkunft. Der Erfolg bzw. Misserfolg der

jeweiligen Initiative möge hier über die Richtigkeit der beiden entgegenstehenden Sichtweisen richten. Der Erfolg der Deutsche Wohnen Initiative wäre ohne den Zusammenhalt von Alteingesessenen, Einwanderern, Einwandererkindern und Flüchtlingen so nicht möglich gewesen und ist für ganz Deutschland beispielgebend.

Fazit: Mag auch die Initiative in der Zielrichtung ob Enteignung oder Rückkauf noch nicht zu 100% klar sein, mit der erfolgreichen Abstimmung ist der Grundstein gelegt, dass breite Massen die Mechanismen der kapitalistischen Herrschaft in Frage stellen und sich dagegen zusammenschließen werden. Der Kampf um das Grundrecht des Wohnens kann zu einer großen Bühne des Klassenkampfes werden. Aus diesem Grund beglückwünschen wir alle Beteiligten zur erfolgreichen Initiative und werden sie im kommenden Kampf unterstützen.

Jens Röstel, Vorsitzender der RO Oder/Spree der KPD: **Dem Frieden unsere Stimme, wir sagen NEIN zum Krieg!**

Liebe Freunde und Genossen,

mit Empörung und Unverständnis haben wir die Meldung zum Abstimmungsverhalten der Partei DIE LINKE zum weiteren Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan aufgenommen.

Mit dem 25. August 2021 wurde die Partei DIE LINKE, die von vielen noch als antimilitaristische und friedensbewahrende linke Partei verstandene wurde, nun endgültig zu Grabe getragen.

Das Abstimmungsverhalten der Partei kann man drehen, wenden und auch kommentieren wie man will. Es ist und bleibt ein klarer und eindeutiger Verrat an den Friedensinteressen des deutschen und afghanisches Volkes und ihrer Arbeiterklasse im Besonderen. So wie einst die Bewilligung der deutschen Kriegskredite anno 1914 durch die SPD, so wird auch dieses Abstimmungsverhalten der Partei DIE LINKE sich in das Gedächtnis der deutschen Arbeiterbewegung einbrennen.

Nur ganze 7 von 73 Mitgliedern der (alten) Bundestagsfraktion haben den Mut gehabt, die Friedensgrundsätze ihrer Partei nicht auf den Müll der Geschichte zu werfen. Mutig haben sie NEIN zum Krieg gesagt, sind damit

ihren Gewissen gefolgt und den Friedensgrundsätzen ihrer Partei treu geblieben. Dafür sei ihnen und nur ihnen allein von uns gedankt.

Allen anderen der Bundestagsfraktion, die sich der Abstimmung aber enthalten haben, sei gesagt: Wer für die Menschen eine ehrliche und wirkliche Friedenspolitik betreiben will, darf sich bei Fragen, wo es um Krieg und Frieden geht, nicht der Stimme enthalten. Denn Stimmenthaltung heißt immer, mitschuldig zu werden am Krieg, der Zerstörung von Städten und Dörfern sowie am Tod und Elend der dortigen und der eigenen Bevölkerung. Wer für den Frieden eintreten will, muss zum Krieg auch eindeutig nein sagen WOLLEN.

Liebe Freunde und Genossen,

der 25. August 2021 war kein weiteres Ruhmesblatt in der Geschichte der Partei DIE LINKE.

Das Abstimmungsverhalten der Bundestagsfraktion zeigt uns sehr genau, wie zerrissen diese Partei in ihren Friedensgrundsätzen ist und welchen Weg sie bereit ist zu gehen, um im Bundestag regierungsfähig zu werden. Dennoch wissen wir aber, dass nicht alle Mitglieder dieses Vorhaben unterstützen. Wie schon auf Landesebene, so ist man sich auch auf Bundesebene der Gefahr bewusst, dass durch eine Politik der Zugeständnisse und Kompromisse die Partei DIE LINKE weiter und weiter an Glaubwürdigkeit unter ihren Mitgliedern und Sympathisanten verlieren wird.

Die Landesregierungen Berlin und Thüringen beweisen es und stehen als Beispiele dafür ganz weit oben.

Wem also werden die Arbeiter, Angestellten, Rentner, Arbeitslosen und die linke Jugend des Landes in Zukunft noch folgen, wenn sie erleben müssen, dass von einer Partei mit linken Ansprüchen ihre Interessen, wie z.B. in der Friedensfrage, nicht konsequent vertreten werden? Die Partei DIE LINKE schadet sich hier aber nicht nur selbst, nein, sie fügt damit auch der gesamten Arbeiterbewegung in der BRD einen großen Schaden zu.

Die Arbeiterbewegung wird sehr viel Arbeit und Energie aufbringen müssen, das Vertrauen dieser Menschen wieder neu zu gewinnen, um auch in Zukunft wieder mit ihnen gemeinsam für die eigene Sache Partei ergreifen zu können.

Von den Fraktionsmitgliedern um Herrn Thomas Nord hingegen erwarten wir, dass sie weiter so „offen und ehrlich“ zu ihren Wählern bleiben, damit die einfachen Arbeiter nicht noch einmal auf sie hereinfliegen können. Haben sie sich doch mit ihrer Zustimmung vom Friedenswillen und der Friedenslösung „Vom deutschen Boden soll/darf nie wieder Krieg ausgehen, sondern nur noch Frieden“ längst losgesagt und heulen nun mit jenen Wölfen des Kapitals ihr gemeinsames Lied vom Krieg. Ein besseres Beispiel für den Verrat am deutschen Volk und seiner Arbeiterklasse gibt es wohl momentan kaum.

Wir Kommunisten der Regionalorganisation Oder-Spree der Kommunistischen Partei Deutschlands sehen uns mit diesem Abstimmungsverhalten der Partei DIE LINKE in unserer Auffassung bestärkt, dass bei der vergangenen Bundestagswahl Kommunisten nur Kommunisten gewählt haben können.

Zur Geschichte der Sowjetunion

Ausstellung: „Am Vorabend des Großen Vaterländischen Krieges“ in Moskau.

Harald Guenterowitsch: Einleitung

zum Artikel über die Ausstellung „anglo-französische `Barbarossa“ des Jahres 1940“ mit weiterführenden Informationen zur Zeit bis 22.06.1941

Die Ausstellung „anglo-französische „Barbarossa“ des Jahres 1940“ war Teil einer großen Ausstellung im Ausstellungssaal des föderalen Archivs unter der Bezeichnung „Am Vorabend des Großen Vaterländischen Krieges 1. September 1939 - 22. Juni 1941“ von über 300 historischer Quellen (geheime Karten, Meldungen der Aufklärungen, Schriftverkehr, Mitschriften von Verhandlungen) aus den föderalen Archiven Russlands, des Militärarchivs, der Archive der Verwaltungsabteilungen, aber ebenso der Staatsarchive von Weißrussland. Viele der ehemals geheimen Quellen (darunter auch erbeutete

deutsche und französische) wurden zum ersten Mal der Öffentlichkeit und Wissenschaft zugänglich gemacht.

Der Inhalt der Gesamtausstellung zeigte:

Stalins Karte von 1939 und die Meldungen an ihn zerstören Stück für Stück die Behauptungen des heutigen Polen und der Ukraine darüber, dass der Überfall auf Polen von zwei Seiten erfolgte und die UdSSR „die Westukraine okkupierte“. Aus den Dokumenten ist ersichtlich, dass am 01.09.1939 die Hitlertruppen Polen überfielen. In zwei Wochen zerschlugen die Deutschen die Polnischen Truppen. Monate vor dem Krieg erhielten polnische Offiziere britische und rumänische Visa, was die Exponate der Ausstellung bezeugen. Erst nachdem Polen aufgehört hatte, als Staat zu existieren, marschierte die UdSSR am 17.09.1939 in die Westukraine und Westweißrussland ein, wo dann Wahlen stattfanden und die Völker sich an die UdSSR mit der Bitte um Aufnahme wandten.

Am 28. September 1939 wurde der sowjetisch-deutsche Vertrag über Freundschaft und Grenze unterschrieben. Die Grenze stimmte mit der „Linie von Cherson“ überein, die 1919 von der Entente als Grenze zwischen der UdSSR und Polen vorgeschlagen wurde. Auf der Ausstellung wird das Original dieses Vertrages und die Protokolle zu ihm aus dem Fond des Archivs der Außenpolitik des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten Russlands gezeigt.

Einzelne Exponate zeigen die Verhandlungen der UdSSR mit Finnland über den Austausch von Territorien zur Befestigung der Zugänge zu Leningrad. Das wurde von Helsinki abgelehnt.

Aus den Karten von 1939 - 1940 ist zu ersehen, dass, obwohl die Sowjets den Finnischen Krieg verloren hatten, sie nach Beendigung ein größeres Territorium als das, um das sie gebeten hatten, behielten. Dies trug wesentlich dazu bei, dass 1941 – 1945 Leningrad gehalten werden konnte und danach dieses Territorium im Bestand der UdSSR verblieb.

Über die Pläne des „anglo-französischen `Barbarossa`“ zum Überfall auf die Kaukasischen Erdölfelder wurde eine größere extra Ausstellung gemacht, über die der ausführliche Artikel von Schischkin veröffentlicht wurde.

Ebenfalls dokumentarisch - mit den Mitschriften der Verhandlungen - werden die Verhandlungen der UdSSR mit Japan und der Türkei gezeigt. Aber wieder muss eine historische Ablehnung festgestellt werden: am 27. September 1940 unterschrieben Deutschland, Italien und Japan einen Dreierpakt. Diesem Pakt schlossen sich später Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Slowenien an. So wurde ein Block von Staaten formiert, der das Ziel hatte, eine „neue Ordnung“ in der Welt zu erschaffen, in der für die UdSSR kein Platz vorgesehen war.

***Igor Schischkin*¹⁷: Der Anglo-Französische „Barbarossa“ des Jahres 1940**

Die Hauptstrategie des Krieges: Die Spitze des Speeres ist immer gegen Russland/die UdSSR gerichtet

In Moskau fand vom 08.07. bis 05.09.2021 die Ausstellung statt: **“Am Vorabend des Großen Vaterländischen Krieges. 01.09.1939 – 22.06.1941“**, auf der bisher geheime Dokumente vorgestellt wurden, die davon zeugen, dass England und Frankreich, die zukünftigen Verbündeten im zweiten Weltkrieg, einen Überfall auf die SU ein Jahr früher als das Dritte Reich geplant hatten.

Die Pläne der Aggression waren keine Pläne, die die Generalstäbe aller Länder der Welt für alle möglichen und unmöglichen Varianten des Lebens aufstellen, wie man uns dies oft versucht darzustellen. Sie wurden auf direkte Weisungen der obersten Führungen Englands und Frankreichs ausgearbeitet. Sie spiegelten folglich die strategischen Ziele dieser Staaten wieder.

So hat der Botschafter der USA in Paris W. Bullitt am 19.10.1939 an Washington telegraphiert, dass der Premierminister Frankreichs E. Daladier ihn

¹⁷ Artikel von Igor Schischkin, veröffentlicht vom „Fond der strategischen Kultur“ im Internet am 10.09.2021, Übersetzung ins Deutsche: Harald Guenterowitsch

über die Möglichkeit „der Bombardierung und Zerstörung Bakus“ in Kenntnis gesetzt hat.

Am 19.01.1940 schickte Daladier dem Oberkommandierenden der Landstreitkräfte General Gamelin und ebenso dem Oberkommandierenden der Französischen Flotte Admiral F. Darlan eine Notiz mit dem Auftrag der Ausarbeitung von Operationsvarianten gegen die UdSSR.

Am 24.01.1940 stellte der Chef des königlichen Generalstabes Englands General E. Ironside dem Kriegskabinet (spezielles Organ der militärisch-politischen Führung Großbritanniens in Kriegszeit) das Memorandum „Hauptstrategie des Krieges“ vor, in dem Schläge auf die UdSSR vorgeschlagen wurden und die Möglichkeit mitgeteilt wurde, die Kaukasische Erdölindustrie „für mindestens neun Monate“ außer Betrieb zu setzen.

Am 10.05.1940 rief der neue Premier Frankreichs P. Reynaud Churchill an, um ihm mitzuteilen, dass die Expeditionskräfte bereit sind, die Bombardierung Bakus am 15.05. zu beginnen. Er wußte noch nicht, dass die Deutschen an diesem Tag den Abschlußpunkt im „seltsamen Krieg (Sitzkrieg)“ setzten und im Westen den Angriff begannen.

Doch man sollte nicht vergessen, dass London und Paris gegen die UdSSR kämpfen wollten. Sie planten den Kriegszug nach Moskau von Süden und Norden und wollten mit diesen Operationen Chaos und Aufruhr säen, etwas ähnliches wie einen neuen Bürgerkrieg provozieren. Admiral Darlan meldete Daladier: „Im Gebiet Murmansk und Karelien werden tausende politische Verbannte gehalten und die Bewohner der dortigen Konzentrationslager sind bereit, sich gegen ihre Unterdrücker zu erheben. Karelien könnte letzten Endes der Platz werden, wo sich die antistalinistischen Kräfte des Landes vereinigen könnten.“

Ganz „zufällig“ veröffentlichte Trotzki im April 1940 den „Brief an die sowjetischen Arbeiter“ mit einem Aufruf zum Aufstand gegen Stalin.

Im Süden wollten die Engländer und Franzosen zur Hilfe der Armee des Korpsgenerals Weygang Aufstände der Bergvölker hervorrufen. Zu deren Vorbereitung wurde vom französischen Generalstab einer der Führer der Separatistenbewegung im Kaukasus Sultan Klütsch-Giray (Oberst der Russischen Armee, General der Weißgardisten; nach dem Scheitern der

englisch-französischen Pläne trat er in die Dienste des Reiches; wurde 1947 gehängt, wie es sich für Separatisten gehört).

Unzweifelhaft waren diese Kräfte gänzlich ungenügend für den Sieg über die UdSSR, aber solch ein Ziel hatten London und Paris auch nicht. Die Pläne wurden zur Erreichung eines anderen Zieles ausgearbeitet. Darüber ausführlicher.

England bestreitet die Pläne des Überfalls auf die UdSSR im Jahr 1940 schon nicht mehr, aber erklärt sie ausschließlich mit edlen Zielen: 1.) als Hilfe für die Finnen, eine Aggression der UdSSR abzuwehren; 2.) Hitler den Zugriff zum sowjetischen Erdöl zu nehmen. Deshalb, sozusagen, sind alle Vorwürfe an Stalin zu richten: Er schloß den Pakt mit Hitler ab, lieferte ihm Erdöl, überfiel Finnland. Wegen Stalin, aber nicht wegen den Führern Englands und Frankreichs seien die zukünftigen Bündnispartner im Kampf gegen den Faschismus fast auf dem Schlachtfeld gegeneinander angetreten.

Diese Version wird jetzt in das gesellschaftliche Bewusstsein eingepreßt. Untersuchen wir sie nach Punkten.

Finnland. Im September 1939 haben Frankreich und England entgegen allen offiziell unterschriebenen Bündnisverträgen mit Polen keinen Finger gerührt, um die Polen zu retten, obwohl der Sieg über das Reich garantiert war (absolute Überlegenheit gegenüber den deutschen Deckungskräften). Erst nach drei Monaten haben sich England und Frankreich entschlossen, Kräfte bei einer Landungsoperation in der Nähe von Murmansk für die territoriale Integrität des nicht verbündeten Finnland einzusetzen. Verrückt?

Erdöl. Selbst die Organisatoren der Ausstellung in Moskau hielten es für notwendig, in den Anmerkungen zu schreiben, dass die Pläne „der Ausführung von dem Schlag gegen die Erdölgebiete des sowjetischen Kaukasus“ von London und Paris ausgearbeitet wurden, um „dem Reich die Lieferungen des strategischen Rohstoffes zu entziehen“. Überzeugend? Nicht im Geringsten.

Im Jahr 1940 verbrauchte Deutschland ca. 10 Mill. t Erdöl (bei einer vorhandenen strategischen Reserve von 6 Mill. t). Aus der UdSSR wurden 669000 t geliefert (bei vollständiger technischer Unmöglichkeit, dieses Volumen zu erhöhen). Aus Rumänien - 1,442 Mill. t (bei einer möglichen

mehr als zweifachen Erhöhung). 72,8 % des Bedarfs des Reiches wurden aus der Produktion von synthetischem Treibstoff gedeckt (bis zum Ende des Krieges wird diese bis 97 % erhöht).

Diese Zahlen kannte man in Moskau, noch besser kannte man sie in London.

Das heißt, London und Paris, die sich im Kriegszustand mit Berlin befanden, schickten sich an, noch einen Krieg gegen die UdSSR zu beginnen, um, im günstigsten Fall, die Lieferung von Erdöl ins Reich auf eine für sie unkritische Größe zu reduzieren. Dummheit?

Hier ist es nützlich, sich an noch eine angebliche Dummheit zu erinnern - „die Politik der Beschwichtigung“. Der offiziellen westlichen Version zufolge hat sich das Britische Imperium (Frankreich als Geführter) die ganze Vorkriegsperiode nur damit befasst, Deutschland zu beschwichtigen.

Im Sinne der Äußerungen von Churchill, dass man das Krokodil in der aufrichtigen Überzeugung fütterte, dass, falls es nicht dieses Opfer (Österreich) verspeist, dann das nächste (das Sudetengebiet) und damit wird es zum Grasfresser. Dummköpfe, ja und nur das.

Aber stellen wir uns eine Minute lang vor, dass die Britischen Premierminister und die Außenminister der 1920er und 1930er Jahre von Baldwin mit Austen Chamberlain bis Neville Chamberlain mit Halifax keine klinischen Idioten waren und sie in ihren Handlungen ausschließlich davon ausgingen, dass Britannien keine ewigen Feinde und keine ewigen Freunde hat, sondern nur ewige Interessen.

Bei einer solchen Annahme entpuppt sich „die Politik der Beschwichtigung“ als die folgerichtige, pragmatische Politik der Stärkung des besiegten Deutschlands für die Vernichtung der UdSSR.

Die Losung der englischen Konservativen war: „Damit Britannien lebt, muss der Bolschewismus sterben“.

Keiner außer dem beschwichtigten/gestärkten Deutschland, wünschenswert im Bündnis mit Japan, konnte diese Losung verwirklichen. Danach sollte dann Frankreich, welches die stärkste Armee in Europa besaß, den geschwächten Sieger im sowjetisch-deutschen Krieg zerschlagen (weshalb die

französische Armee im Jahr 1940 nicht gekämpft hat, ist ein besonderes Kapitel).

Der Nichtangriffsvertrag zwischen der UdSSR und Deutschland („Pakt Molotov-Ribbentrop“) wurde zur Abwendung des britischen Szenariums des Zweiten Weltkrieges abgeschlossen.

Der Krieg des Reiches gegen Polen im Jahr 1939 wuchs sich damit nicht zu einem Krieg gegen die UdSSR aus. Als Resultat befanden sich England und Frankreich unerwartet für sich im Kriegszustand mit dem durch sie beschwichtigten Hitler bei sowjetischer Neutralität.

Deshalb ist der anglo-französische Plan der Operationen gegen die UdSSR im Süden und Norden kein Kuriosum. Es ist der verzweifelte Versuch den „seltsamen Krieg“ in einen gesamteuropäischen Kreuzzug gegen den Bolschewismus zu überführen.

Es wurde damit gerechnet, dass Hitler der Versuchung nicht würde widerstehen können, die von den anglo-französischen Schlägen geschwächte UdSSR zu überfallen.

Im Februar 1940 meldete General Gamelin an Daladier: „Die fundamentale Schwäche der russischen Wirtschaft ist ihre Abhängigkeit vom kaukasischen Erdöl...über 90 % der Erdölförderung und 80 % der Erdölverarbeitung sind im Kaukasus konzentriert (hauptsächlich in Baku). Deshalb wird jede wesentliche Unterbrechung der Erdöllieferungen weit gehende Folgen haben und kann sogar zum Kollaps der Kriegsindustrie und des landwirtschaftlichen Systems Russlands führen.“ Nach der oben angeführten Meinung der englischen Strategen hätte ein solcher Kollaps, hervorgerufen durch die massierten Bombardierungen der Erdölgewinnung, durch die UdSSR erst nach neun Monaten überwunden werden können.

Dieses „Fenster der Möglichkeiten“ kann Hitler nicht ungenutzt lassen. Deshalb hat der Kommandierende der Luftstreitkräfte Frankreichs in Syrien im Frühjahr 1940 Grund dazu zu behaupten, dass „der Ausgang des Krieges sich im Kaukasus und nicht an der Westfront entscheidet“.

Aber wie die auf der Ausstellung in Moskau vorgelegten freigegebenen Dokumente zeigen, waren die Pläne von London und Paris und ihre wahren Ziele gut in Moskau bekannt: „die Unterstützung der Weiß-Finnen, die

Schaffung eines Kriegsherdes im Süden der Sowjetunion, die Ausrichtung Deutschlands nach Osten“ (Zusammen gefasste Meldung des Oberkommandos der Roten Armee, Februar 1940).

Als Folge wurde Finnland am 13.03.1940 von der Sowjetunion zum Frieden gezwungen, bevor England und Frankreich ein Expeditionskorps zur Anlandung in Petsamo vorbereiten konnten. Die Aufrufe von London und Paris an Helsinki, noch etwas durchzuhalten, halfen nicht.

Gleichzeitig lief eine gewaltige Aufrüstung der Kräfte der Roten Armee im Kaukasus. Dorthin wurden Truppen verlagert, die an der Finnischen Front frei geworden waren. Am 04. April meldete der Volkskommissar für Verteidigung K. Woroschilow im ZK über die Verstärkung der Fliegerkräfte und Flakartillerie der südlichen Grenzen: zusätzlich wurden 17 Abteilungen des mittleren Kalibers formiert und in die Luftverteidigung von Baku, Tbilissi, Batumi, Tuapse und Noworossijsk eingeführt, zusätzlich 7 Abteilungen kleinkalibriger Artillerie nur für die Verteidigung von Baku.

Die Verstärkung der Luftverteidigung der Roten Armee im Kaukasus zwang die anglo-französische Führung mehrmals, den Beginn der Operation zu verlegen, weil ständig die Stärke der Angriffs-Gruppierung der Luftstreitkräfte in Syrien verstärkt werden musste, um mit ihr die sowjetischen Zentren der Erdölförderung und -verarbeitung garantiert vernichten zu können. Die Bereitschaft wurde bis zum 15. Mai 1940 verschoben, aber am 10. Mai griffen die Deutschen an der Westfront an und am 14. Juni zog die Wehrmacht in Paris ein.

Ergebnis. Dank der effektiven Handlungen der sowjetischen Führung im Frühjahr und Sommer 1940 konnte die UdSSR einem weitaus schrecklicheren Krieg ausweichen, als dem, der am 22.06.1941 begann. Man hätte nicht nur mit dem Hitler-Reich und seinen Satelliten kämpfen müssen, sondern auch mit Frankreich, aber hauptsächlich mit dem Britischen Imperium. Bei dieser Sachlage wären mit hundertprozentiger Wahrscheinlichkeit auch Japan und die Türkei in den Krieg eingetreten. Die feindlichen Kräfte wären um ein Vielfaches angewachsen, aber der Charakter des Krieges - der Krieg zur Vernichtung des Staates und des Volkes wäre der gleiche geblieben.

In dem Artikel werden auch drei Fotografien von freigegebenen Originaldokumenten gezeigt, deren Inhalt folgender ist:

1. Dokument:

Vom Volkskommissar f. Innere Angelegenheiten der UdSSR L. Berija an den Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR Marschall der SU Gen. Woroschilow vom 01.11.1939:

Unser Resident aus Paris teilt mit, dass er aus verschiedenen Quellen Angaben über geheime Versendungen anglo-französischer Truppen nach Osten erhalten hat. In den letzten Tagen haben sie folgende Nachrichten erhalten:

1. Im Persischen Golf werden Truppen zur Verschiffung in Syrische Häfen verladen.
2. Französische Transporter mit Truppen werden nach Beirut geschickt. Unter den Offizieren befinden sich Weiß-Gardisten.
3. In Syrien sind etwa 300.000 Truppen unter dem Kommando von General Weygang konzentriert, dessen Stab sich in Beirut befindet.

Die Angaben werden nochmals überprüft.

2. Dokument:

gleicher Absender und Empfänger wie beim 1. Dokument vom 14.12.1939

Der Resident des NKWD aus Paris übermittelte folgende Agenturdaten:

Die Sortie und das 2. Büro des Französischen Generalstabes sammeln ausführliche Angaben über die Topografie des Geländes, den Zustand der Straßen und natürliche Hindernisse in Georgien, Armenien und Aserbaidshan. Die Französische Aufklärung interessiert sich besonders für diese Daten in Gebieten, die an den Iran angrenzen.

3. Dokument:

gleicher Absender und Empfänger wie beim 1. Dokument vom 22.03.1940

Der Resident des NKWD der UdSSR in Paris übermittelte folgende Agenturdaten:

1. Die Vertreter der städtischen Emigrantenszene CHAKANDOKOW, KLÜTSCH-GIREY und TCHERMOEV wurden in den Generalstab eingeladen, wo ihnen geradezu erklärt wurde, dass, falls sie mit Unterstützung der Regierung rechnen wollen, sie eine Reihe von Aufgaben des zweiten

Büros erfüllen müssen, welche über sie nach „seiner Ansicht“ verfügen wird. Ihnen wurden sieben Leute genannt. Diese Leute sind für Diversionsakte in Transkaukasien vorgesehen.

2. Im Generalstab hat diese Troika erklärt, dass die Führung der städtischen Emigrantenszene immer gegen die russische Monarchie war und sie wegen der nationalen und historischen Gemeinsamkeiten für einen Anschluss Dagestans und Aserbaidschans an die Türkei sind.

3. Eine Gruppe von extrem rechten Senatoren unter der Führung von Lemery strebt durch Druck auf die Regierung an, den Angriff der Armee WEYGANG auf den Kaukasus zu beschleunigen und setzt sich für entschlossene Handlungen im Schwarzen Meer und den Bruch mit der UdSSR ein.

Grover Furr: Stalin deportierte keine deutschen Kommunisten an Hitler! Eine Kritik eines Essays von Alex de Jong im Jacobin-Magazin, August 2021.¹⁸

Vorbemerkung des Übersetzers:

Es gibt viele antikommunistische Vorwürfe und Mythen gegen Stalin und die Sowjetunion. Doch die hartnäckigsten stehen im Zusammenhang mit den Repressionen, insbesondere gegen tatsächliche und angebliche oppositionelle Kommunisten, die in die Mühlen des „Repressionsapparates des NKWD“, also des sowjetischen Geheimdienstes, geraten sind. Eine der vielen hartnäckigsten Legenden ist die, dass Stalin nach dem Nichtangriffsvertrag mit Deutschland im Jahr 1939 deutsche Antifaschisten an Hitler auslieferte. Dieser Vorwurf stammt von Margarete Buber-Neumann in ihrem 1949 erschienen Buch „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“. In einer 1967 erschienen Schrift konkretisierte Buber-Neumann diese Auslieferung:

„Stalin lieferte kommunistische Emigranten, Menschen, die in Lebensgefahr vor Hitler in die Sowjetunion geflüchtet waren, an ebendiesen Hitler aus. 500

¹⁸ Original erschienen: <https://mltoday.com/stalin-did-not-deport-german-communists-to-hitler/> Erschienen am 23.09.2021, Übersetzung: Michael Kubi

*Menschen wurden der Freundschaft zwischen Stalin und Hitler als eine Art Morgengabe geopfert. Mit diesem Akt wollte Stalin Hitler beweisen, wie ernst er es mit seiner Freundschaft meinte; er überließ es großzügig Hitler, mit 500 seiner erbitterten Gegner selbst abzurechnen.*¹⁹

Diese Legende von der „Morgengabe an Hitler“ wurde in einem Artikel der Zeitschrift „Jacobin“ wiederholt. Grover Furr, bekannt für seine fundierten Bücher über die Widerlegung antikommunistischer Legenden, veröffentlichte einen Artikel, welches sich mit den Aussagen in der Zeitschrift „Jacobin“ befasst. Ich habe mir die Freiheit genommen Grover Furr's Artikel ins Deutsche zu übersetzen. Es sollen an dieser Stelle jedoch einige Anmerkungen bzw. Ergänzungen meinerseits folgen.

Während unter „Linken“ der Mythos der stalinistischen Repressionen und Stalins angeblicher Auslieferung deutscher Kommunisten regelmäßig wiederholt wird, scheint die bürgerliche Geschichtsschreibung schon etwas weiter zu sein. Im Jahr 2011 erschien vom antikommunistischen Historiker Wilhelm Mensing eine Analyse über Stalins „Morgengabe“ an Hitler. Er ist zu dem Ergebnis gekommen, dass diese Spekulationen keine historische Grundlage haben. Grover Furr bezieht sich auf die Arbeit von Mensing und fasst sie zusammen.

Hier sollen einige Kernzitate Mensings wiederholt werden. Mensings Arbeit ist online abrufbar.²⁰

„Von jeher ist es Staatenpraxis, Bewohner mit fremder Staatsangehörigkeit auszuweisen, wenn sie dem Staatswohl gefährlich, vielleicht auch nur missliebig erscheinen, vor allem, wenn ihnen gröbere Verstöße gegen die

¹⁹ Margarete Buher-Neumann, Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919-1943, Stuttgart 1967, S. 489.

²⁰ Mensing, Wilhelm: Eine „Morgengabe“? Die sowjetische Auslieferung deutscher Emigranten an das NS-Regime nach Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts (in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 23. Jg. 2011, S. 37-65. https://msuweb.montclair.edu/~furrgr/research/mensing.pdf?fbclid=IwAR1HgpTGj-H946vGNmL7KYAwXaSH_NSHsJPR3pUb9lEM9q4I2vIkm7EgTfc

Gesetze des Wohnsitzlandes vorgeworfen werden. Das hat die Sowjetunion ebenso gehandhabt wie die mittel- und westeuropäischen Staaten.“ (S. 41)

„Die KP-Zugehörigkeit ist nicht als Auswahlkriterium zu erkennen. Einerseits sind, wie schon früher, zahlreiche Nicht-KP-Mitglieder ausgewiesen worden, andererseits sind zahlreiche inhaftierte KP-Mitglieder zurückbehalten worden. Auch der Status des Emigranten kann kein Auswahlkriterium gewesen sein: Die Auswertung einer Stichprobe von 115 willkürlich nach dem Anfangsbuchstaben des Namens aus-gewählter Ausgewiesener zeigt zwar einen beträchtlichen Anteil von über 10 Prozent Politemigranten unter ihnen.⁸³ Aber auch denen steht eine erhebliche Zahl nicht aus-gewiesener Politemigranten, durchaus nicht nur hochrangiger KP-Funktionäre, gegenüber. Das Strafmaß kann keine Rolle bei der Auswahl gespielt haben: Jedes Maß zwischen 5 und 25 Jahren Lager kommt vor. Es scheint allerdings keine unmittelbare Umwandlung eines Todesurteils in Ausweisung vorgekommen zu sein. Das lag wohl daran, dass verhängte Todesurteile entweder alsbald vollstreckt oder nach nicht allzu langer Zeit in zeitliche Strafen umgewandelt worden waren. Es sind auch keine deutlichen Abweichungen von der Charakteristik der früher Aus-gewiesenen zu erkennen: Juden waren vor Herbst 1939 unter den Ausgewiesenen und danach. Emigranten gab es vorher und nachher. Engagierte Kommunisten unter den ausgewiesenen Wirtschaftsemigranten gab es 1938 und 1939/40. Es findet sich kein Hinweis auch nur auf einen Versuch der deutschen Seite, auf die Auswahl der Auszuweisenden positiv Einfluss zu nehmen, nur die bekannten zeitweiligen Bemühungen, bestimmte Personenkreise auszuschließen. So wurde im März 1938 gegen Josef Staudinger aus Essen, der sich in Moskau selbst zu einem Polizistenmord bekannt hatte, vorsorglich das beschleunigte Ausbürgerungsverfahren in Gang gebracht, um einer etwaigen Ausweisung zuvorzukommen. Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD in Berlin machte im März 1941 hinsichtlich einer Anzahl ihm als Kommunisten bekannter Häftlinge in geradezu zynischer Weise deutlich, wie wenig ihm an deren Rückkehr gelegen war: „Soweit die oben aufgeführten die deutsche Reichsangehörigkeit noch besitzen, werden gegen ihre Rückkehr ins Reichsgebiet, falls sie im Zuge der Ausweisungsaktion mit ausgewiesen werden, keine Bedenken erhoben. Es wird nicht für erforderlich gehalten, besondere Schritte zur Abkürzung ihrer Haftzeit zu unternehmen. Juden,

die die Sowjetunion auswies, sollten unter keinen Umständen nach Deutschland hereingelassen werden.“ (s. 59-60)

„Es gibt also, so lässt sich resümieren, keine positive Auswahl (oder entsprechende Versuche) der Auszuweisenden von deutscher Seite. Es gibt eine Auswahl auf sowjetischer Seite, für die nachvollziehbare, durchgehende Kriterien fehlen. Es gibt keine Hinweise auf eine Abstimmung zwischen den beiden Seiten über die Auszuweisenden. Die deutsche Seite wurde mit Passanforderungen mit der Tendenz ‚alle oder keinen‘ konfrontiert. Sie vermochte nicht einmal, alle Auszuweisenden vorab zu identifizieren. Die allein von sowjetischer Seite getroffene Auswahl liefert keinen Hinweis auf die gezielte Ausweisung von ‚Antifaschisten‘. Die erwähnte stichprobenartige Auszählung von etwa 115 Ausgewiesenen liefert zwar Hinweise, dass die seit Dezember 1939 Ausgewiesenen bis etwa zur Hälfte der KPD oder der KPÖ oder anderen kommunistischen oder sozialistischen Organisationen angehört oder nahegestanden hatten. Selbst wenn man bei dieser Auszählung noch eine Fehlerquote von großzügigen zehn Prozent dazurechnet, deutet eine solche Zusammensetzung nicht darauf, dass gezielt ‚Antifaschisten‘ zur Ausweisung ausgewählt worden wären. Denn die Wirtschafts- und Politemigranten, die neben etlichen früheren Kriegsgefangenen und Russlanddeutschen die große Mehrheit der Ausgewiesenen ausmachen, waren - die einen überwiegend, die anderen so gut wie vollständig - sozialistisch orientiert. Als potenzielle Nicht-Sozialisten unter den auszuweisenden Häftlingen blieben überhaupt nur unpolitische oder national orientierte Wirtschaftsemigranten und ein Teil der Russlanddeutschen und der Weltkriegsgefangenen. Bedenkt man dazu, dass ein beträchtlicher Teil verhafteter Kommunisten, auch gerade der herausgehobenen KPD-Funktionäre, zurückgehalten wurde, so kann von gezielter Preisgabe von Kommunisten als ‚Morgengabe‘ Stalins an Hitler bei den Ausweisungen von 1939/41 schwerlich die Rede sein. Es wurden Hitler nicht ‚500 seiner erbitterten Gegner‘ ausgeliefert, wengleich viele der wenig über 300 Ausgelieferten Hitlergegner waren. Hinweise auf ‚formlose‘ Abschiebungen, gar in nicht unerheblicher Zahl, wie Schafranek sie für möglich hielt, finden sich nicht. Und manche verließen die Sowjetunion gar von sich aus Richtung Deutschland, weil sie glaubten, es in der Sowjetunion nicht mehr aushalten zu können. Es gab auch durchaus keine ‚Abrechnung‘ des NS-Regimes mit der Mehrzahl der Ausgewiesenen, obwohl nicht ganz wenige, wie Margarete Buher-Neumann, in Konzentrationslager oder

Gefängnisse eingeliefert wurden. Arnold Klein (Hans Bloch) starb 1942 im Gefängnis Krankenhaus in Düsseldorf; Erich Meier wurde nach drei Jahren Gefängnis ins KZ Sachsenhausen eingewiesen. Allein unter den Ausgelieferten aus dem Ruhrgebiet ist von mindestens zehn Personen sicher bekannt, dass sie nicht bestraft und nicht in ein KZ eingewiesen wurden; drei von diesen waren (frühere) Kommunisten(anhänger), die sehr rasch wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert wurden. Es entsprach auch nicht der Linie der NS-Justiz, Russland-Rückkehrer in möglichst großer Zahl strafrechtlich zu sanktionieren. Selbst die Zugehörigkeit zu einer kommunistischen Organisation in der Sowjetunion und die Teilnahme an politischen Schulungskursen sollte nach übereinstimmender Auffassung von Justiz und Gestapo nicht zu einer Verurteilung wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens führen, wenn der Rückkehrer vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen gehandelt hatte oder beiden Veranstaltungen nicht besonders hervorgetreten war. (...)

Es ist gewiss richtig, dass unter den früher Ausgewiesenen noch ein größerer Anteil von Nicht-Kommunisten gewesen ist, die zum Teil sogar ihre Ausweisung angestrebt hatten, um aus der Sowjetunion herauszukommen. Das bedeutet aber nicht, dass sich die Ausweisungen 1939/41 gezielt gegen Kommunisten gerichtet hätten, sondern ist die notwendige Folge der Zusammensetzung der um diese Zeit noch in der Sowjetunion inhaftierten Deutschen nach ihrer politischen Orientierung. Die Ausweisungsaktion 1939/41 sei ohne jede „Gegenleistung“ erfolgt. Die Sicht der Opfer, sie seien gewissermaßen als ‚Morgengabe‘ zur Besiegelung der deutsch-russischen Allianz dargebracht und der Gestapo in den Rachen geworfen worden, lasse sich insofern ‚negativ bestätigen‘. Das erste ist gewiss richtig. Es gilt aber nicht minder für die früheren Ausweisungen. Der Gesamtverlauf der Ausweisungen seit 1937 lässt aber nicht erkennen, dass sich auf sowjetischer Seite nach dem Paktschluss eine neue Motivation für die Ausweisungen im Sinne eines Entgegenkommens gegenüber Hitler ergeben haben könnte. (...) Es fehlen Hinweise auf eine vertragliche oder vertragsähnliche Abmachung im zeitlichen oder inhaltlichen Zusammenhang mit dem Hitler-Stalin-Pakt zwischen den Paktstaaten Deutschland und Sowjetunion über die Auslieferung (meist) reichsdeutscher Häftlinge an Deutschland 1939/41, ebenso auf eine solche zwischen Gestapo und NKWD in der vorangehenden Zeit seit 1937. Es gibt auch keine Hinweise, dass diese Auslieferungen von der Sowjetunion als

wohlwollen heischender Akt gegenüber dem Paktpartner Deutschland motiviert waren. Es gibt (so gut wie) keine Hinweise auf eine deutsche Beteiligung bei der Auswahl der Auszuweisenden, wohl aber verschiedene Belege für den (ebenfalls weitgehend erfolglosen) Versuch von deutscher Seite, bestimmte Häftlinge (Juden, Kommunisten) von der Auslieferung auszuschließen. Es gibt keine Hinweise, dass auf sowjetischer Seite für die Ausweisung gezielt Kommunisten oder andere, sich als ‚Antifaschisten‘ empfindende Personen ausgewählt worden wären. Es gibt keine Hinweise, dass die 1939/41 von der Sowjetunion nach Deutschlandausgelieferten Häftlinge in Deutschland dort durchgehend verfolgt worden wären; von etlichen, darunter auch früheren Kommunisten, steht im Gegenteil fest, dass sie unbehelligt blieben.“ (S. 61-65)

Die Arbeiten Mensings widerlegen also die Legende, dass Stalin Hitlergegner an Nazi-Deutschland abschob. Zwar waren unter den Ausgewiesenen auch ehemalige KPD-Mitglieder dabei. Diese wurden aber nicht verurteilt/abgeschoben, weil sie Mitglieder der KPD waren, sondern weil sie diverser, politischer wie unpolitischer, Straftaten beschuldigt und verurteilt wurden. Außerdem wurden sie als Oppositionelle aus ihren eigenen Parteien ausgeschlossen. Aus Sicht der sowjetischen Justiz wie auch der KPD waren diese dann keine Kommunisten mehr. Es ist nicht abzustreiten, dass unter den aus der KPD Ausgeschlossenen und während der „Jeschowtschina“ 1937/38 Verhafteten und Hingerichteten viele unschuldige Opfer waren. Grover Furr, nebst anderen, schildert in seinen Arbeiten selbst, dass Jeschow viele unschuldige Menschen ans Messer lieferte. Ein Fehler der kommunistischen Bewegung war, diese Säuberungen in der Komintern nicht offen und nüchtern aufzuarbeiten, was wiederum nur den trotzkistischen, revisionistischen und anderen opportunistischen Strömungen nutzte.

In diesem Zusammenhang ist es daher auch wichtig sich Klarheit über jene Personen zu verschaffen, die die Legende von Stalins Auslieferung von Antifaschisten an Hitler in die Welt gesetzt haben.

Margarete Buber-Neumann und ihr Mann Heinz Neumann waren Mitglieder der KPD, und befanden nach der Machtübernahme der Hitler-Faschisten in der Sowjetunion im Exil. Heinz Neumann war dabei ein führender Vertreter der Komintern. Er wurde 1937 vom NKWD verhaftet und hingerichtet.

Gerhard Schnehen schreibt in seiner im Zambon-Verlag erschienen Biographie zu Stalin, dass Heinz Neumann, der Thälmanns Redenschreiber war und das Vertrauen von Stalin genoss, ein unschuldiges Opfer der Säuberungen, also ein Opfer von Jeschows Intrigen war. Schnehen hält Heinz Neumann für unschuldig und einen engen Vertrauten Thälmanns und Stalins.²¹ Schnehen führt dies jedoch nicht weiter aus, er vermutet lediglich die Unschuld Neumanns, lehnt die Erkenntnisse aus der Untersuchung gegen Neumann als falsch ab, hervorgerufen durch die Intrigen Jeschows und der Komintern-Führung unter Dimitroff.

Es gibt jedoch berechtigte Zweifel an der Darstellung Schnehens, insbesondere was das Verhältnis Neumanns zu Thälmann und Stalin angeht. Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung gibt, basierend auf den biographischen Angaben aus dem Handbuch der Deutschen Kommunisten, Karl Dietz Verlag, eine Biographie von Heinz Neumann wieder.²²

Dort wird zum einen geschildert, dass Neumann zunächst zum „linken“ Flügel der KPD unter Ruth Fischer gehörte, jedoch sich von dieser Position 1923 trennte. Bei der Diskussion des ZK der KPD über die Wittorf-Affäre setzte sich Neumann zwar für Ernst Thälmann ein und war einer der aktivsten Streiter für die Bolschewisierung der KPD und gegen die linke Opposition. Erste Differenzen zu Thälmann und Stalin zeigten sich aber schon 1931 in der Frage, wie der Kampf gegen den Faschismus zu führen sei. Durch Fraktionskampf und Doppelzüngigkeit versuchte Neumann, seine Stellung zu stabilisieren, unterlag aber im April 1932 und wurde im Oktober 1932 von seinen Funktionen entbunden und verlor im November 1932 auch sein Reichstagsmandat. Im Oktober des gleichen Jahres wurde er auf der III. Parteikonferenz der KPD nun auch offiziell verdammt, degradiert und dann zur Komintern-Delegation nach Spanien geschickt. Als ein Brief Neumanns an Hermann Remmele im November 1933 in die Hände der Parteispitze geriet, worin er diesen aufgefordert hatte, den Fraktionskampf fortzuführen,

²¹ Schnehen, Gerd (2019): Stalin – eine marxistische Biographie. Zambon-Verlag, S. 430-431

²² <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/heinz-neumann>

war seine politische Karriere zu Ende. Im Januar 1934 musste er selbstkritisch bekennen: „Der gesamte Fraktionskampf, den ich im Jahre 1932 und bis zum März 1933 gegen das ZK der KPD geführt habe, war von Anfang bis Ende eine Kette von schweren Fehlern und Vergehen gegen die Linie und die Disziplin unserer Partei.“ Seinen Brief vom März 1933, in dem er Remmele bewegen wollte, er solle „Karl Liebknecht sein“ (also gegen die Mehrheit kämpfen), verwarf Neumann nun als einen „parteischädigenden Appell“. Er wurde nach Zürich abgeschoben, dort Ende 1934 von der Schweizer Fremdenpolizei verhaftet. NS-Deutschland verlangte seine Auslieferung, der er nur mit Mühe entgehen konnte. 1935 bot ihm die Sowjetunion Asyl an. Am 27. April 1937 verhaftete ihn das NKWD, und am 26. November 1937 wurde Heinz Neumann vom Militärkollegium des Obersten Gerichts zum Tode verurteilt und erschossen.

Aus diesen Informationen ist zwar nicht unbedingt zu entnehmen, dass die Vorwürfe des NKWD begründet und Neumann eindeutig schuldig war. Aber zum einen liefern die biographischen Anmerkungen, dass es ernste politische Differenzen zwischen Neumann und der KPD gab und zum anderen nennt Grover Furr Hinweise auf Verstrickungen prominenter oppositioneller Komintern-Funktionäre gegen die Komintern-Führung. Wahrscheinlich stehen sie im Zusammenhang mit der Gegnerschaft einiger Funktionäre gegen die Beschlüsse des 7. Weltkongresses der Komintern 1935. Mir sind die Prozessakten und das Untersuchungsmaterial desbezüglich unbekannt, sodass ich hier keine Wertung geben kann. Die Behauptung in Gerd Schnehens Stalin-Biographie, dass Neumann gefoltert wurde und die Prozesse inszeniert seien, sind aber ebenso mit Vorsicht zu genießen. Denn Schnehen selbst liefert keine Beweise dafür, dass Neumann gefoltert wurde, unerwähnt bleibt auch, ob Schnehen die Prozessakten kennt und studiert hat. Schnehen scheint seine Unschuldsvermutung allein darin zu begründen (besser: behaupten), weil er die Komintern-Führung unter Dimitroff und Manuilski als revisionistisch ansieht und jeder Gegner Dimitroffs in der Komintern automatisch richtig liegt und unschuldig sein muss.²³

²³ Schnehen wiederholt die nicht unumstrittenen Thesen des britischen Hoxhaisten Bill Bland, der die Volksfronttaktik ablehnt und in Dimitroff einen Agenten und Werkzeug des Imperialismus sieht. Siehe mehr dazu Vijay Singh: On Dimitrov.

Margarete Buber-Neumann trat 1926 in die KPD ein. Sie wurde am 20. Juni 1938 in Moskau verhaftet und am 19. Januar 1939 als „sozial gefährliches Element“ zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Nach Lagerhaft in Karaganda wurde sie am 5. Februar 1940 aus der Sowjetunion ausgewiesen und in Brest-Litowsk an Deutschland ausgeliefert. Sie gehört zu den wenigen der Ausgelieferten, die tatsächlich in das Frauen-KZ Ravensbrück eingeliefert wurde. Dort wurde sie aber von den kommunistischen Häftlingen verachtet. 1945 flüchtete sie in den Westen.²⁴

Es bleibt darüber zu spekulieren, ob Margarete-Buber-Neumanns persönliches Schicksal dazu beitrug sich vom Kommunismus abzuwenden, doch das macht ihre Legenden-Bildung der „Morgengabe Stalins an Hitler“ nicht glaubwürdiger. Im Westen war sie als offen antikommunistische Publizistin tätig und wirkte bei der Denunzierung von Kommunisten und Antifaschisten aktiv mit. So war sie 1949 u. a. „Kronzeugin“ im Krawtschenko-Prozess gegen „Les Lettres françaises“. Wiktor Andrejewitsch Krawtschenko war ein sowjetischer Ingenieur, der 1944 um Asyl in die USA bat. 1946, mitten im Kalten Krieg, veröffentlichte er das Buch „I chose Freedom“, ein antikommunistisches Propagandawerk, ähnlich im Stil des „Archipel Gulag“ von Alexander Solschenitzyn. Krawtschenkos Buch wurde seitens der kommunistischen Parteien als Lüge entlarvt. Die französische Wochenzeitschrift „Les Lettres françaises“, welche der Kommunistischen Partei Frankreichs nahestand, warf Krawtschenko vor, ein Lügner und Spion zu sein. Daraufhin verklagte Krawtschenko die Zeitschrift und 1949 kam es zu dem besagten Prozess. Eine „Kronzeugin“ seitens Krawtschenkos war Buber-Neumann, die über „unmenschlichen Bedingungen“ des Gulags aussagte. Krawtschenko gewann den Prozess. Les Lettres françaises bezeichnete übrigens auch Alexander Weißberg-Cybulski, Autor des Buches „Hexensabbat“ als Lügner und Fälscher, welches im Jahre 1951 zu einem weiteren Prozess gegen die Zeitschrift führte (hier hatte der politische Aktivist

<http://www.revolutionarydemocracy.org/rdv13n2/dimitrov.htm?fbclid=IwAR1pVDDbtjlwctD5JDLcBbR5ThIGjLytcoJvIF6FO0McCxcVlqrq42AJdB8>.

Ähnlich geht auch Schnehen gegen Ulbricht und Pieck vor.

²⁴ <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/heinz-neumann>

David Rousset „geklagt“). Alexander Weißberg-Cybulski war, wie Margarete Buber-Neumann, 1940 aus der Sowjetunion ausgewiesen worden, wo er sei 1936 in Haft war. Das Vorwort zu Weißberg-Cybulskis „Hexensabbat“ schrieb übrigens Arthur Koestler, der einer der bedeutendsten Renegaten der KPD (die er 1938 verließ) und im Kalten Krieg ein bedeutender „Aktivist“ der antikommunistischen Propaganda und Verfolgung von Kommunisten und Antifaschisten war. Im Jahr 1949 begann Koestler heimlich mit einer britischen Propagandaabteilung des Kalten Krieges zusammenzuarbeiten, die als Information Research Department (IRD) bekannt war, die viele seiner Werke neu herausgeben und verteilen und auch seine Aktivitäten finanzieren sollte.

Buber-Neumann, die später die Ostpolitik von Willi Brandt verurteilte und 1975 in die CDU eintrat, bläst also in dasselbe Horn wie Krawtschenko, Weißberg-Cybulski, Koestler, Orwell, Solschenitzyn, Conquest und Medwedew. Autoren diverser Propaganda-Bücher, Aktivisten der Kommunisten-Verfolgung in Zusammenarbeit mit westlichen Geheimdiensten und die von seriösen, auch antikommunistischen, Historikern, die in den sowjetischen Archiven arbeiten (wie z. B. Arch Getty), nicht als seriöse Arbeiten/Quellen anerkannt werden. Umso interessanter sind die gewonnen Erkenntnisse des Historikers Wilhelm Mensings und umso wichtiger ist der Artikel von Grover Furr, der nun als deutsche Übersetzung folgt.

Michael Kubi

Grover Furr: Stalin deportierte keine deutschen Kommunisten an Hitler! Eine Kritik eines Essays von Alex de Jong im Jacobin Magazin, August 2021.

Im August 2021 veröffentlichte die sozialdemokratische Zeitschrift „Jacobin“ einen Artikel von Alex de Jong mit dem Titel „Stalin übergab Hunderte von

Kommunisten an Hitler“²⁵. Die Behauptung im Titel des Artikels ist falsch. De Jongs Artikel und andere Artikel und Bücher, die diese Behauptung aufstellen, begehen alle die folgenden drei Kardinalfehler:

Rehabilitierungen

Sie gehen davon aus, dass Personen, die von Chruschtschow und Gorbatschow in der ehemaligen UdSSR für „rehabilitiert“ erklärt wurden, tatsächlich an den Verbrechen, für die sie bestraft wurden, unschuldig waren. Viele oder die meisten der zwischen 1937 und 1941 aus der UdSSR nach Deutschland deportierten Deutschen und Österreicher wurden als „rehabilitiert“ erklärt. In Wirklichkeit bedeutet dies jedoch keineswegs, dass sie an den gegen sie erhobenen Vorwürfen unschuldig waren.

Der antikommunistische Forscher Marc Junge stellt fest: „... *Rehabilitierung in der Sowjetunion blieb ein politischer und administrativer Willkürakt, der in erster Linie durch die politische Zweckmäßigkeit der Maßnahmen, nicht aber durch die Korrektheit des Strafrechts bestimmt wurde.*“ (Junge, Bucharins Rehabilitierung, Berlin, 1999, S. 266; Übersetzung aus dem englischen ins deutsche von Michael Kubi)

In Kapitel 11 meines Buches „Chruschtschows Lügen“ von 2011 habe ich die bis 2003 veröffentlichten Rehabilitationsberichte studiert. Ich habe gezeigt, dass keiner von ihnen Beweise für die Unschuld der „Rehabilitierten“ enthält. Es war politisch günstig für Gorbatschow (und früher für Chruschtschow), zu behaupten, dass viele Personen, die während der „Stalinzeit“ wegen schwerer Verbrechen verurteilt wurden, fälschlicherweise verurteilt wurden. Aber Gorbatschows Männer machten die Ermittlungsakten, die die Beweise gegen die Angeklagten enthielten, oder – im Fall der Deutschen und Österreicher – auch die „Rehabilitationsberichte“ nicht öffentlich.

2010 veröffentlichten mein Kollege Vladimir L. Bobrov und ich einen Artikel über die „Rehabilitation“ von Nikolai Bucharin, der wegen Beteiligung an der rechtstrotzkistischen Verschwörung verurteilt und im März 1938 hingerichtet

²⁵ Alex de Jong: Stalin Handed Hundreds of Communists Over to Hitler <https://www.jacobinmag.com/2021/08/hitler-stalin-pact-nazis-communist-deportation-soviet>

worden war. Dort haben wir gezeigt, dass der Oberste Gerichtshof der Sowjetunion 1988 absichtlich ein Dokument gelogen hat, das sie als Beweismittel für die „Rehabilitation“ Bucharins anführten. Dieses Dokument, das schließlich 2006 veröffentlicht wurde, liefert in der Tat weitere Beweise für Bucharins Schuld!²⁶

Bis heute haben wir keine Beweise dafür, dass einer dieser Personen an den Anklagen, für die sie verurteilt wurden, unschuldig war. In den Fällen, in denen wir überhaupt Beweise haben, weist dies auf ihre Schuld hin.

Verschwörungen

Bücher und Artikel, die behaupten, dass die nach Deutschland abgeschobenen Deutschen unschuldig gewesen seien, gehen alle davon aus, dass die Verschwörungen gegen die Sowjetregierung, für die sie schuldig gesprochen waren, falsch seien – diese Verschwörungen also nicht existierten.

Wenn es keine solchen Verschwörungen gab, müssen natürlich die wegen ihrer Beteiligung Verurteilten, einschließlich der Deutschen, unschuldig sein. Dies wurde auch von Chruschtschows und Gorbatschows Männern behauptet. Beweise aus ehemaligen sowjetischen Archiven zeigen jedoch, dass solche Verschwörungen tatsächlich existierten und diese gefährlich und weit verbreitet waren.

Die Ermittlungen und Prozesse des Zeitraums 1936-1938 brachen ernsthafte Verschwörungen von Trotzlisten, Anhängern Grigorij Sinowjews, Militärführern und anderen auf. Das Bild einer „Hexenjagd“ dient den Interessen der Antikommunisten und jenen, die wie Leo Trotzki ihre eigene Verschwörung und Kollaboration mit den Deutschen, Japanern, einheimischen Faschisten gegen Stalin und die Sowjetregierung leugnen.

Das Versäumnis der Verwendung der NKWD-Untersuchungsakten über die Angeklagten der 1930er Jahre.

²⁶ Furr und Bobrov veröffentlichten mehrere Arbeiten zu Bucharin, die teilweise in englischer oder russischer Sprache vorliegen. Einige sollen hier aufgelistet sein: 1. Stephen Cohen's Biography of Bukharin: A Study in the Falsehood of Khrushchev-Era "Revelations"; 2. Nikolai Bukharin's First Statement of Confession in the Lubianka

Diese stehen Forschern seit einigen Jahren zur Verfügung. Diese Akten umfassen normalerweise Verhöre, Geständnisse, persönliche Konfrontationen zwischen Anklägern, den Bericht der Ermittler, die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft und Protokolle des Prozesses.

Keine Behauptungen, ob eine bestimmte Person schuldig oder unschuldig sei, hat Gültigkeit, solange die existierenden Beweise und Indizien untersucht wurden. Weder de Jong noch seine Quellen haben Ermittlungsakten zu einer dieser Personen studiert. Ich habe Ermittlungsakten des NKWD über eine Reihe prominenter Oppositioneller erhalten. Einer von ihnen ist Osip Pyatnitsky, bis 1935 Führer der Komintern, 1937 verhaftet, verurteilt und 1938 hingerichtet. De Jong hätte es auch tun können.

Heinz Neumann war ein Führer der „linken“ – d. h. der antistalinischen, antisowjetischen – Opposition in der KPD gewesen. De Jong behauptet, die Vorwürfe gegen ihn und seine Frau Margarete Buber-Neumann seien „erfunden“. Das ist falsch. Die einzigen Beweise, die wir zu den Anklagen gegen Neumann haben – zum Beispiel in den Geständnissen von Osip Pyatnitsky – weisen auf Neumanns Schuld hin.

Eine der inhaftierten und dann mit Buber-Neumann nach Deutschland abgeschobenen Frauen war Betty Ol'berg. Sie war die Frau von Valentin Ol'berg, der beim Moskauer Prozess 1936 gestand, in die UdSSR gereist zu sein, um auf Anweisung Trotzki's Stalin zu ermorden. Wir haben jetzt viele Beweise aus den sowjetischen Archiven, die das Geständnis von Valentin Ol'berg bestätigen.

Ein Geständnis von Betty Ol'berg wurde 2013 veröffentlicht. Darin gibt sie zu, dass sie und ihr Mann mit Hilfe der Gestapo und Trotzki's Sohn Leon Sedov gefälschte honduranische Pässe gekauft haben. Valentin Ol'berg wurde hingerichtet, seine Frau jedoch nicht – möglicherweise, weil sie mit der Staatsanwaltschaft kooperierte.

Wie ähnliche Artikel behauptet de Jong, dass die deportierten Deutschen und Österreicher (mit wenigen Ausnahmen) Kommunisten waren. Auch dies ist falsch. Die Verurteilung eines schweren Verbrechens führte zum Ausschluss aus der kommunistischen Bewegung. Zudem waren einige der Deportierten als Oppositionelle aus ihren eigenen Parteien ausgeschlossen worden. Für die Sowjets war daher keiner von ihnen Kommunisten, als sie deportiert wurden.

De Jong schreibt:

„Es ist daher schwer zu sagen, wie viele Menschen das gleiche Schicksal erlitten haben wie [Margarete] Buber-Neumann. Eine konservative Schätzung geht davon aus, dass über sechshundert abgeschoben oder ausgewiesen wurden.“

Woher hat de Jong diese Zahl? Er zitiert das 1990 erschienene Buch des antikommunistischen Historikers Hans Schafranek, *„Zwischen NKWD und Gestapo“*. Schafranek kommt zu dem Schluss, dass es nicht mehr als 300 gewesen sein können.

De Jong merkt an, dass Buber-Neumann die Deportationen „Stalins Geschenk an Hitler“ nannte. De Jong erzählt seinen Lesern jedoch nicht, dass eine sorgfältige Studie des antikommunistischen deutschen Sozialisten Wilhelm Mensing zu dem Schluss kam, dass dies nicht der Fall war.

- Es wurden keine „500 erbitterten Hitler-Gegner“ nach Deutschland deportiert. Etwas mehr als 300 Personen wurden abgeschoben. Das Nazi-Regime bestrafte die meisten Deportierten nicht.
- Die Deportationen von 1939-1941 richteten sich nicht gegen Kommunisten
- Es gibt keine Hinweise darauf, dass der Molotow-Ribbentrop-Nichtangriffspakt die Motivation für die Abschiebungen war.
- Es gibt keine Beweise dafür, dass diejenigen, die 1939-1941 aus der UdSSR nach Deutschland deportiert wurden, dort verfolgt wurden. Im Gegenteil, es gibt Hinweise darauf, dass einige von ihnen, darunter ehemalige Kommunisten, nicht belästigt [d. h. repressiert – M. K.] wurden.

Mensing verrät auch, dass viele der Abgeschobenen wegen des einen oder anderen Verbrechens verurteilt wurden.

De Jong spricht über den österreichischen Kommunisten Fritz Koritschoner, kennt aber nicht einmal die Vorwürfe gegen ihn. Schafranek, de Jongs Hauptquelle hier, weiß es auch nicht. Hier wie anderswo geht de Jong einfach davon aus, dass „Rehabilitation“ Unschuld bedeutet – aber das tut sie nicht.

Über den österreichischen Sozialisten Georg Bogner schreibt de Jong:

„Zu einer Gruppe von 25 Deportierten, die im Dezember 1939 überstellt wurden, gehörten 10 Schutzbündler. Einer von ihnen war Georg Bogner. Er hatte während des Februaraufstands 1934 in seiner Heimatstadt Attnang-Puchheim gekämpft, bevor er in die Sowjetunion floh. Die sowjetische Geheimpolizei verhaftete Bogner 1938. Ende Dezember 1939 befand er sich in Warschau in Gewahrsam des deutschen Geheimdienstes Sicherheitsdienst.“

De Jong fügt nicht hinzu, dass Bogner, der am 25. März 1938 festgenommen wurde, erst am 14. Dezember 1939 vor Gericht gestellt wurde – genug Zeit für eine Untersuchung.

Lange bevor die Sowjets ihn festnahmen, zweifelten Bogners österreichische Genossen an ihm. Auf einer antikommunistischen deutschen Seite über Bogner heißt es:

„Das Schutzbundkollektiv merkte an, dass Bogner 1934 einer faschistischen Organisation beigetreten sei...“²⁷

De Jong erwähnt dies nicht.

Über Ernst Fabisch schreibt de Jong:

„Fabisch war mit neunzehn der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) oder KPO beigetreten. Angeführt von Heinrich Brandler und August Thalheimer war die KPO eine kommunistische Strömung, die Teil der sogenannten ‚Rechten Opposition‘ in der Bewegung war, verbunden mit sowjetischen Politikern wie Nikolai Bucharin, Stalins letztem großen Rivalen. Sie lehnte die sektiererische Feindseligkeit der KPD gegenüber Sozialdemokraten und anderen Sozialisten ab und plädierte für Einheit gegen den Faschismus.“

Das ist alles falsch. In den 1930er Jahren war Bucharin kein „Rivale“ von Stalin. Außerdem haben wir viele Beweise für Bucharins Schuld aus den

²⁷ <https://www.doew.at/erinnern/biographien/oesterreichische-stalin-opfer-bis-1945/stalin-opfer-b/bogner-georg>. Die Seite fügt noch den Halbsatz ein: *„obwohl er an den Kämpfen im Februar 1934 auf sozialdemokratischer Seite teilgenommen habe.“* Wahrscheinlich um zu „beweisen“, dass er unschuldig gewesen sein muss, ohne die Hintergründe zu überprüfen.

ehemaligen sowjetischen Archiven. Was die „Einheit gegen den Faschismus“ betrifft, so war dies bereits seit mehr als zwei Jahren die Position der Komintern und der Sowjets, als Fabisch am 29. Juli 1937 vom NKWD verhaftet wurde.

Nach den einzigen Informationen, die ich über ihn finden kann, wurde Fabisch „konterrevolutionäre Aktivität“ und „Mitgliedschaft in einer bewaffneten Gruppe“ angeklagt. Auf der deutschen Wikipedia-Seite heißt es, Fabisch sei wegen „Mitgliedschaft in der Brandler-Gruppe“ verurteilt worden. Diese Gruppe, die 1929 aus der Kommunistischen Partei Deutschlands ausgeschlossen wurde, war Teil der internationalen Rechten Opposition, die die Stalin-Führung der UdSSR angriff.

Am 15. November 1937 (laut Schafranek, S. 136, am 17. November) wurde Fabisch erstmals zu einer Arbeitslagerhaft und am 5. Januar 1938 als unerwünschter Ausländer zur Abschiebung verurteilt.

De Jong schreibt:

„Wie der Historiker Hermann Weber betonte, starben von 43 führenden KPD-Führungskräften mehr im Gewahrsam der sowjetischen Geheimpolizei als von den Nazis getötet wurden.“

Wer waren sie? Warum erwähnt de Jong nicht einmal einen davon? Tatsächlich scheint Weber diese Liste von einer von Gorbatschows Männern am 3. August 1989 herausgegebenen Liste kopiert zu haben, die keine Untersuchung und keine Beweise enthält.

De Jong schreibt: *„Stalin löste 1938 die Polnische Kommunistische Partei auf ...“* Auch das ist falsch.

Am 28. November 1937 schickte der Komintern-Führer Georgi Dimitrov Stalin einen Resolutionsentwurf des Komintern-Exekutivkomitees, in dem er die Auflösung der Polnischen Kommunistischen Partei zusammen mit den dafür notwendigen Gründen vorschlug. Darauf steht in Stalins Handschrift der Vermerk „Diese Auflösung ist etwa zwei Jahre zu spät“.

Auch dann erfolgte die Auflösung erst am 16. August 1938 und nicht auf Anordnung Stalins, sondern durch eine Abstimmung des Exekutivkomitees der Komintern. (Dimitrov und Stalin, 1934-1943, 26-32). Stalin hat es also

nicht befohlen – sonst wäre es zwei bis drei Jahre früher passiert! Mehr Beweise dafür, dass Stalin kein Diktator war – etwas, das die CIA Anfang der 1950er Jahre berichtete.

Weder Buber-Neumann noch einer der anderen, die von den Sowjets nach Deutschland deportiert wurden, waren zum Zeitpunkt ihrer Rückführung nach Deutschland Kommunisten. Alle waren wegen eines schweren, aber nicht kapitalen Verbrechens verurteilt worden. Eine Verurteilung hätte den Ausschluss aus der kommunistischen Partei bedeutet, wenn sie nicht früher ausgetreten oder ausgeschlossen worden wären.

Bei der Erörterung des Falles Hugo Eberlein vergisst de Jong, dass er in einer Zusammenfassung von Untersuchungsmaterialien über Komintern-Personen auftaucht, die das NKWD am 20. April 1938 an Stalin geschickt hatte, in denen einige seiner Geständnisse zusammengefasst sind. Dieses Dokument ist sogar im Internet verfügbar.

Sowjetische Quellen geben an, dass Eberlein am 30. Juli 1941 wegen „Teilnahme an einer antisowjetischen rechts-trotzkistischen Organisation“ verurteilt wurde, wofür er zur Hinrichtung verurteilt wurde. Eberlein war in der Anti-Thälmann-Opposition der KPD tätig gewesen.

De Jong schreibt:

„Buber-Neumann, Fabisch, Bogner, Eberlein und viele andere wurden Opfer einer Hexenverfolgung. Ihr endgültiges Schicksal hing von willkürlichen bürokratischen Entscheidungen ab.“

Dies ist eine absichtliche Fälschung, da de Jong dies nicht wissen konnte. In allen Fällen, in denen ich überhaupt Beweise finden konnte, erhielt der Angeklagte nach umfangreichen Ermittlungen einen Prozess.

Seit einigen Jahren stehen Forschern die Ermittlungsakten des NKWD aus den 1930er Jahren zur Verfügung. Aber de Jong interessiert sich nicht für Beweise! Wenn man sich jedoch nicht für Beweise interessieren, interessieren man sich nicht für die Wahrheit.

De Jong kennt die sowjetische Geschichte dieser Zeit nicht. Er schreibt:

„Der Anstoß hinter den Deportationen war in erster Linie innerhalb des sowjetischen Systems begründet. Stalins Säuberungen hatten als Angriff auf

eine genau definierte Gruppe von Menschen begonnen: Kommunisten, die als potenzielle Unterstützer der Opposition angesehen wurden. Im Laufe der Zeit wurde der Einsatz von Folter und anderen Formen des Drucks, um Verdächtige zur Namensnennung zu zwingen, kombiniert mit einer allgemeinen Atmosphäre von Paranoia und Misstrauen und der bürokratischen Notwendigkeit von Verhaftungsquoten, um die Zahl der Zielvorgaben unaufhaltsam zu erhöhen.“

Auch das ist alles falsch. Die Verhaftungen und Prozesse von Verschwörern waren keine „Angriffe“ auf irgendjemanden. Es handelte sich um Ermittlungen über Verschwörungen gegen Stalin und die sowjetische Führung sowie strafrechtliche Verfolgungen der Verschwörer. Heute haben wir viele Beweise gegen diese Verschwörer aus ehemaligen sowjetischen Archiven.

Nur Personen, die tatsächlich der Verschwörung verdächtigt wurden, nicht „potenzielle Unterstützer der Opposition“, wurden vor Gericht gestellt. Die sowjetische Regierung genehmigte keine „Verhaftungsquoten“, sondern setzte stattdessen „Grenzen“ („limity“) – Höchst-, nicht Mindestzahlen – für Festnahmen fest.

Der verstorbene Stephen Cohen, dessen Arbeit ich an anderer Stelle kritisiert habe, kam 2003 in einem Artikel zu dem Schluss, dass Nikolai Bucharin nicht gefoltert wurde. Tatsächlich wurden jedoch von Nikolai Jeschow, dem Chef (Volkskommissar) des NKWD von August 1936 bis November 1938, Folter und falsche Anklagen angewandt. Jeschow und seine Männer töteten mehr als sechshunderttausend Sowjetbürger, von denen die überwiegende Mehrheit jedes Verbrechens unschuldig gewesen sein muss. Dokumente aus ehemaligen sowjetischen Archiven haben gezeigt, dass Jeschow seine eigene gefährliche Verschwörung gegen den Sowjetstaat hatte. (Siehe Furr, Jeschow gegen Stalin, 2016)

Jeschow wurde im November 1938 zum Rücktritt überredet – offenbar mit einigen Schwierigkeiten, so der Historiker Yuri Schukow – und wurde durch Lawrentii Beria ersetzt. Ab Dezember 1938 wurden die massiven Verbrechen von Jeschow und seinen Männern untersucht und aufgedeckt, die Schuldigen vor Gericht gestellt und verurteilt.

An der Echtheit des Briefes Eberleins an seine Frau Charlotte²⁸ besteht kein Zweifel. Darin beschreibt er seine brutale Behandlung durch Jeschows NKWD-Männer. Mikhail Shreider, ein ehemaliger NKWD-Mann in Haft, schrieb in seinen Memoiren, er habe im Gefängnis Hugo Eberlein getroffen, der schwer geschlagen worden sei.

Später lernte Shreider Lawrentii Beria kennen, der Nikolai Jeschow als Leiter des NKWD abgelöst hatte. Als Beria von Shreider von Eberleins Folter durch Jeschows Männer hörte, drückte er überrascht und ungläubig aus, versprach jedoch eine Untersuchung (NKVD Iznutri 136; 168) Es gibt keinen Grund, warum Shreider eine Geschichte erfinden würde, die Beria gut aussehen ließ.

Der Molotow-Ribbentrop-Pakt

De Jong verzerrt ernsthaft die Natur des Nichtangriffsvertrags zwischen Deutschland und der UdSSR, der oft als Molotow-Ribbentrop-Pakt und von Antikommunisten als „Hitler-Stalin-Pakt“ bezeichnet wird.

Der Pakt teilte das Territorium der baltischen Staaten und Polens nicht zwischen Deutschland und der UdSSR auf. Es bezeichnete Ostpolen als sowjetische „Einflussosphäre“. Dies bedeutete, dass dort ein geschrumpfter polnischer Staat existieren konnte, der Nazi-Deutschland feindlich gegenüberstand und ein Puffer zwischen der deutschen Armee und der sowjetischen Grenze war.

Die UdSSR hat Polen nicht „angegriffen“. Die polnische Regierung war aus dem Land geflohen, ohne eine Exilregierung einzusetzen. Da nach internationalem Recht ein Staat eine Regierung haben muss, teilten die Deutschen den Sowjets mit, dass es keinen Staat Polen mehr gebe. Damit war für die Deutschen das Geheimprotokoll über eine sowjetische „Einflussosphäre“ in Ostpolen nicht mehr gültig. Hätte die Rote Armee Ostpolen nicht besetzt, hätten die deutschen Truppen bis an die sowjetische Grenze vor 1939 heranrollen können.

²⁸ Ruth Stoljarowa, Wladislaw Hedeler: «Deine Liebe zu unserer Sache hat dir wenig Freude und viel Leid gebracht.» Die junge Kommunistin Charlotte Scheckenreuter als Mitarbeiterin und Frau Hugo Eberleins in den 1930er-Jahren, aufgezeichnet nach den Akten in Moskauer Archiven, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, I (2008), 31 ff.

Dieses Gebiet – „Ostpolen“ – war in Wirklichkeit West-Belarus und West-Ukraine. Es war vom imperialistischen Polen im Krieg 1919-1921 von einem geschwächten Sowjetrußland beschlagnahmt worden. Daher gewann die UdSSR 1939 die Gebiete zurück, die sie 1921 verloren hatte.

Die polnische Regierung floh am 17. September 1939 aus Polen nach Rumänien, am selben Tag, an dem die Rote Armee in West-Belarus einmarschierte. Der 17. September ist jetzt ein Feiertag – „Tag der Vereinigung“ – in Belarus.

De Jong behauptet, die Deportation dieser Deutschen und Österreicher durch die UdSSR sei „ein schockierender Verrat“ gewesen und Stalin habe „beschämend das Versprechen“ des „Asylrechts“ gebrochen. Wie wir gezeigt haben, waren die nach Deutschland zurückgeführten Personen wegen schwerer Verbrechen verurteilt worden, wobei diejenigen, die einst Kommunisten waren, es nicht mehr waren.

De Jong behauptet: „*Unser eigenes Verständnis des Sozialismus sollte seine Versprechen halten und die Menschenwürde im Mittelpunkt haben.*“ Ich würde jedoch vorschlagen, dass die Litanei der Unwahrheiten und Auslassungen in de Jongs Essay etwas anderes vermuten lässt.

Sozialisten, Kommunisten und alle, die sich für eine bessere Welt ohne kapitalistische Ausbeutung und Krieg einsetzen, sollten „die Wahrheit anhand von Fakten suchen“ und die Fakten anhand von Beweisen suchen. Hätte de Jong an den seit langer Zeit verfügbaren Beweisen festgehalten – über die deutschen und österreichischen Deportierten, über den Molotow-Ribbentrop-Pakt, über die oppositionellen Verschwörungen gegen die Stalin-Regierung in der UdSSR – hätte er diesen Aufsatz niemals schreiben können.

Anstatt sich auf Beweise zu verlassen, hat de Jong nachweislich betrügerische Behauptungen professioneller Antikommunisten für bare Münze genommen. Das Ergebnis sind noch mehr Unwahrheiten, die den Verstand der Menschen von heute vergiften, die sowohl aus den Erfolgen als auch aus den Misserfolgen der kommunistischen Bewegung der Vergangenheit lernen wollen.

Grover Furr

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/deutsche-emigranten-im-sowjetischen-exil/auslieferung-aus-der-udssr-an-nazi-deutschland>

https://msuweb.montclair.edu/~furrgr/research/mensing.pdf?fbclid=IwAR1HgpTGj-H946vGNmL7KYAwXaSH_NSHsJPR3pUb9IEM9q4I2vIkm7EgTfc

Inflation

Hermann Jacobs: Wie erklären wir: 1. Die permanente Inflation des Kapitalismus, 2. Das Festpreissystem des Sozialismus?

Die Bundesrepublik Deutschland meldet im August für das Jahr 2021 eine Inflationsrate (oder auch Preissteigerungsrate) von 3,9%, die Steigerungsraten in anderen kapitalistischen Ländern liegen auf ähnlichem, wenn nicht noch höherem Niveau. Wir müssen uns intensiver mit der Frage nach den Ursachen der Inflation an sich beschäftigen, es bedarf – in dieser Frage des nominellen Preisanstiegs bzw. der Geldentwertung - eines historisch übergreifenden Wissens, angefangen vom Kapitalismus des 19. Jahrhunderts bis in den Kapitalismus des 20. und 21. Jahrhunderts hinein. Und auch den ersten realen Sozialismus der Geschichte wollen wir nicht aus unserem historisch herausgeforderten Wissen ausklammern – inflationäre Geldentwertung, systematischen nominellen Anstieg der Preise kannte er nicht. Theoretisch können wir in Bezug auf ihn schon mit einem gesellschaftlichen Gegensatz operieren; denn was der Sozialismus hatte, war ebenfalls neu in der Geschichte der Menschheit: nämlich sein System fester Preise, über Jahre und Jahrzehnte hinweg. Und darauf beruhend: ein System *substantiell, d.h. in Sachgütern steigender Löhne!* - Nur wenn wir nach China blicken, haben wir es auch mit permanenter Inflation/Geldentwertung zu tun. China – auch ein Land sozialistischen Anspruchs. Aber mit kapitalistischem Geld-Preissystem? Wie passt das zueinander?

Auf alle Fälle: Was erklärt sie, die ... *permanente* Inflation, was die verschiedenen Preis-Geld-Systeme in der Geschichte der Menschheit?

Zunächst ein Blick in die erste geschichtliche Form von Geldentwertung; sie beruht auf der *Goldentwertung* – denn Gold war das erste Geld in der Geschichte der Menschheit (wenn auch begleitet von Silber und Kupfer). Von der *Entwertung* des Goldes spricht Marx auch in seinem Werk „Das Kapital“. Sie kennzeichnete – gelegentlich – den Kapitalismus zu seiner Zeit. Warum gelegentlich? Nun, wie oft unterliegt die „Produktion“ von Gold denn einer Entwertung? Das ist eben, *weil von größeren Goldfunden in der Natur abhängig*, sehr selten. Aber die andere, zweite Form der Inflation, bzw. auch Geldentwertung, setzte erst nach dem Tode von Marx ein, etwa ab dem Wechsel vom 19. zum 20. Jahrhundert. So richtig allerdings erst nach dem 2. Weltkrieg. Seitdem läuft im Kapitalismus gar nichts mehr ab als ständiger nomineller Anstieg der Preise, die Inflation ist permanent Begleiter des Kapitalismus geworden. Der Marxismus (!) ist herausgefordert. Wie erklärt ... er? (Denn Kapitalisten erklären – bekanntermaßen – gar nichts (über ihr System)).

Frage: Auf welchem Mechanismus – im Verhältnis von Arbeit/Wertbildung, Produktivität, Preis, Geld, wie auch Lohn - beruht die zweite oder auch permanente Form der kapitalistischen Inflation?

Debatten in der DDR

Ich kann hier darauf verweisen, dass sich die DDR-Wissenschaft – im Schulterschluss mit der sowjetischen – sehr intensiv mit dem Gegenstand *Inflation und/im Kapitalismus* auseinandergesetzt hat. Der statistische Nachweis der Entwicklung der beiden ersten kapitalistischen Systeme (1. = mit den Werten sinkender Preise, zugleich „marxsches“ System im „Kapital“, und 2. = inflationäres Preis-System) ist einem Artikel von Jürgen Kuczynski in der DDR-Zeitschrift IPW vom Dezember 1973 zu entnehmen. Was an Erklärungen (der Ursachen) dabei im Vordergrund stand – ich nehme vorweg -, waren 1. der Beginn der Monopole, von diesen ausgehend „monopolistische Preistreiberei“ (z.B. Kuczynski sehr stark), und 2. natürlich der kapitalistische Staat, der – aufgrund des Übergangs vom Gold als Geld zu dem Gold (angeblich) symbolisierenden Papiergeld - sein Monopol auf die Geldemission ausübt und eine immer aktivere Rolle im Geldgeschehen spielt, ohne dabei Rücksicht auf Äquivalenzverhältnisse von Preisvolumen und Geldvolumen zu nehmen. Es sei der Staat, ein zur Ökonomie an sich äußerer Faktor (!), der durch extensive Geldd Bildung die Inflation in die Gesellschaft

hineintreibt. Er gilt als ebenso verantwortlich für die Inflation wie die Monopole.

Das sind aber zur Ökonomie äußere Eingriffe in das Geldgeschehen. Uns interessiert zuerst doch das Verhalten der Ökonomie selbst: Wie steht denn sie zur Inflation? Z.B. wie die Warenökonomie, wie der Kapitalismus als entwickelte Form der Warenökonomie?

Ging es zum Beispiel – in diesen ersten Debatten ihrer Erklärung – auch schon um die Frage, ob nicht die *Permanenz* der Inflation an den Grundfesten der Waren- resp. Wertökonomie rüttelt? Wo bleibt denn noch das „Wesen der Warenproduktion“, die Widerspiegelung *der Werte* im Preis, wenn es nur um den *Wertausdruck* in Mengen Geldes, und hier immer nur aufwärts, aufwärts und weiter aufwärts geht?

Der *Wert/Arbeitsaufwand* ist doch – steigende Produktivkraft der Arbeit vorausgesetzt - der *in die Tiefe gehende* Aspekt der Arbeit. Gewiss: die Arbeitsproduktivität hat zwei Seiten: einen steigenden und einen sinkenden; Ausdruck des steigenden Faktors im Anstieg der Produktivkraft der Arbeit ist der stoffliche Reichtum. Es werden immer mehr Gebrauchsgüter – oder eben Waren – produziert. Aber: Immer größerer stofflicher Reichtum auf der einen Seite wird doch von *immer geringer werdender abstrakter Arbeit/Arbeitszeit* auf der anderen Seite geleistet! Und abstrakte Arbeit steht für den Wert, die Wertbildung. Damit für die Preis- wie Geldbildung. Weil die Werte, müssten da nicht auch die Preise, die deren Ausdruck sein sollen, ... sinken (statt nominell zu steigen?).

Es sieht - rein formell – angesichts permanenter Form der Inflation schon wie Negation der Warenökonomie aus, wenn die Preise ständig steigen. Ist das wirklich nur Ausdruck des Eingreifens der Monopole und des Staates in die Geldzirkulation des Kapitalismus, oder steckt mehr dahinter? Z.B. eine Wende in der Produktionsweise Warenökonomie selbst? Kann sie das ... sich selber negieren? Oder bringt sie sich, wenn sie Preise wie Geld noch und nochmals in die Zirkulation bringt, erst „auf den Punkt“: aber kapitalistischen?

Ja, es gab Versicherungen auch in diese Richtung, dass das „Wertgesetz noch immer gilt“ - ich komme im weiteren Text darauf zu sprechen, aber die Frage, ob sich bereits eine Art Negation der Warenökonomie abzeichnet, ob es im

Preis- wie Geldwesen auch um den Übergang zu einer den *stofflichen Anstieg* der Produktion darstellenden Aneignung in den ökonomischen Verhältnissen gehen kann, und Mengenbewegungen des Geldes diesen Umschwung nur zur Erscheinung bringen, wurde nicht gestellt.

Vielleicht war das auch zu viel verlangt: in einer Inflation im Preis- wie Geldwesen den Übergang zum Gegenteil einer Wertökonomie zu erkennen.

Das sozialistische System von Preis und Geld

Man hätte natürlich Vergleiche mit dem sozialistischen Preis-Geld-System anstellen können – dann wäre man auf eine Offenbarung gestoßen. Was, Festpreis-System? Der Wert ... festgezurr, das geht ... auch? Und das geht – *ganz ohne Inflation!* Was offenbart denn der erste Sozialismus in der Geschichte der Menschheit hier? Wie wirken sich Festpreise in der *Summen-* Bildung der Preise aus? Ist es nicht doch so, dass in der Preissummenbildung - „plötzlich“ - der *stoffliche Anstieg in der Produktion im Allgemeinen* zur Geltung kommt?

Aber diese Frage – oder dieses System der festen Preise - traf auf eine erschreckte Eigen-Kritik kommunistischer Parteien wie auch ihrer Wissenschaftler – und wurde politisch umkämpft.

Jedenfalls: Die Inflation war Gegenstand der Auseinandersetzung, aber so weit zu gehen, dass die *permanente Form der Inflation* schon ab dem Kapitalismus das Element einer stärker von der stofflichen Entwicklung der Arbeit im Allgemeinen geprägten Produktionsweise enthält – und wenn es tausendmal auch um mehr Geld geht, dazu war die sozialistische Wissenschaft nicht bereit. Auch die mildere Form von „nicht“ – „noch nicht“, ist nicht erkennbar.

Diesen Schritt zu gehen, steht uns bevor – natürlich nur, *wenn berechtigt*.

Indem wir ihn aber gehen, bringen wir nicht nur mehr Klarheit hinein in die Frage, was eigentlich Kapitalismus genetisch gesehen bedeutet, sondern endlich auch Klarheit hinein in die nicht enden wollenden Debatten in der Arbeiterbewegung, ob denn das „Ware-Geld-System“ des Sozialismus, das mit Festpreisen arbeitete, noch in eine Entwicklung der Warenökonomie einzuordnen ist, oder bereits in den Übergang zum Kommunismus – einer Produktionsweise (laut Marx) nur noch mit Gebrauchswerten, ohne Ware,

ohne Geld. Und Festpreise bedeuten dann eben den Übergang zu dieser Wende. Sie sind *fest* an den Gebrauchswert gebunden, und die Eigenbewegung des Wertes ist damit doch – erloschen. Gerade diese weitergehende Fragestellung birgt den eigentlichen Reiz dieser Debatte.

Beides, permanent nominell steigende wie permanent unveränderliche Preise passen wohl kaum in die Normalität einer Ökonomie hinein, die den Anspruch erhebt, den Wert/Arbeitsaufwand gegenständlich darzustellen und zum regulierenden Verhältnis der Gesellschaft zu machen. Solche Preise kollidieren auch mit dem Marxschen Hauptwerk, dem „Kapital“. Es liegt auf der Hand, dass sowohl das zweite Inflationssystem des Kapitalismus als auch das erste sozialistische Preissystem Herausforderungen für die von Marx begründete Waren- und Werttheorie sind. Diese ging, als es zum Kapitalismus kam, davon aus, dass der Kapitalismus *Warenproduktion* wurde. Die reale Entwicklung des Kapitalismus aber zwingt zu einer Wende in der Prämisse/Herangehensweise in der Theorie: wie die Warenproduktion *Kapitalismus* wurde.

Und was den Sozialismus betrifft, die erste Periode des Kommunismus – noch „mit Preis und Geld“, so geht es – bei seinem System fester Preise - darum, exakter zu wissen, was real Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus ist. (D.h. warum es z.B. nicht zu den Marxschen Zeitscheinen gekommen ist, sondern es beim Preis und Geld blieb. Aber solchen Preisen, die, einmal festgelegt, nicht permanent bewegen, und einer solchen Geldmenge, die – auf eben dieser Basis von Festpreisen - mit dem sachlichen Güterstrom wächst.

Wann ist es berechtigt ...

... die Frage nach einer Wende im ökonomischen System zu stellen? Beginnen wir mit dem Kapitalismus: Allgemein gesagt: Wenn der *stoffliche Anstieg in der Produktion von Waren beginnt, die Menge des zur Zirkulation der Waren notwendigen Geldes zu bestimmen*. Dieser Anstieg stellt sich zunächst dar als ein bloßer Anstieg in der Summe der Preise, noch nicht als Erhöhung der Preise von Waren im Einzelnen. Diese Erscheinung nehmen Preise erst in einem zweiten Schritt an, wenn zwei Probleme, die mit der Erhöhung der Geldmenge analog dem stofflichen Anstieg auftreten, einer Lösung zugeführt werden müssen – eben über die Form einer formellen Preiserhöhung; darüber im weiteren Text. Aber zunächst: reagiert denn das

Geld in seiner Menge auf einen Anstieg in der Summe der Preise bei den Waren? Und beruht dieser Anstieg auf einer Mehrproduktion an Waren? Was geht voran, was ist Grund des Vorgehens, und was ist die Folge, *das ist die entscheidende Frage*.²⁹

Wir gehen entweder von einer aktiven Rolle des Geldes resp. Entwertung des Geldes (hier also das Gold) und einer nachfolgenden passiven, sich an die Entwertung des Goldes anpassenden Rolle der Preise aus – erstes kapitalistisches System, oder umgekehrt: gehen zu einer aktiven Rolle der Preise bzw. der Summen der Preise und einer nachfolgenden passiven/sich anpassenden Rolle des Geldes über - *sind gezwungen überzugehen*, darum neues kapitalistisches System! Und nun welches. Nur wo Zwang ist, ist Gesetz.

Eine Doppelform der Bewegung liegt zwar immer vor - einmal eine der Preise, andermal eine des Geldes, aber das Verhältnis der beiden Faktoren dreht dann zu Gunsten der Preise um bzw. die Frage ist, ob es sich im zweiten Fall um ein umgedrehtes Verhältnis *auch handelt*. D.h. es ein Preisvolumen auch ist, das ein Geldvolumen herausfordert, und nicht umgekehrt, wie noch im ersten Preis-Geld-System des Kapitalismus (als das Gold voranging – siehe hierzu Kuczynskis Erklärung der 2. Phase von 1840/49 bis 1870/79 im Rahmen der ersten untersuchten Periode 1820 bis 1899 im besagten IPW-Heft von Dezember 1973).

Es bedarf dazu einer einzigen Korrektur bei den Preisen: sie müssen nicht mehr sinken, wenn ihr Wert gesunken (oder steigen, wenn ihr Wert gestiegen), sondern nur konstant, unverändert bleiben. Dann ist klar, dass bei den Preisen ein neues Prinzip der Darstellung einsetzt. Dann bewegen/verändern Preise nicht mehr in ihrer elementaren Form, als Einzelpreise, sondern nur noch als Summe von Preisen – und zwar *in Abhängigkeit von ihrer stofflichen Form der Bewegung bei Entwicklung der Arbeitsproduktivität!* Diese Summe ist dann nicht mehr wertbewegt, sondern stofflich bewegt, nicht mehr eine Summe Wertes, die sich stofflich ausdrückt – in der Stofflichkeit einer anderen Ware, sondern eine Summe Stofflichkeit,

²⁹ Wir erinnern uns: Bei der ersten Inflation im Kapitalismus ging das Gold/Geld - mit einer Entwertung - voran, die Preise waren es, die folgten – mit einer nominellen Preis-Erhöhung.

die sich ... geldlich ausdrückt, erst in der ideellen der Preise, dann der substantiellen des Geldes.

Es darf nicht mehr nur das Verhalten einer besonderen Ware (Gold) sein – den Wert nicht auszudrücken und nur stofflich zu bewegen -, sondern muss Verhalten der Waren im Allgemeinen werden, damit vom Umkippen eines Systems die Rede sein kann bzw. ein neues System beginnt. Der Preis als solcher ist zwar der Austausch in Geld noch nicht, aber kommt es zu einer Summen-Bildung beim Geld (was der Fall ist³⁰), die der neuen Summen-Bildung bei den Preisen entspricht, kann der Austausch der Waren in Geld auch erfolgen. Dann kommt es zu einer quasi doppelt-stofflichen Bewegung: die der stofflichen der Waren in die „stoffliche“ des Geldes. Das Geld vermehrt wie Waren vermehren. Und/Aber bei unterschiedlicher Vermehrung bzw. unterschiedlicher Steigerung der Arbeitsproduktivität – unterschiedlich. Wohlgemerkt: Es sind – zunächst – nur die Summenbewegungen gemeint, vom Preis im Einzelnen ist noch nicht die Rede.

Dass die Bedingung nicht mehr eine wirkliche Ware, in diesem Fall das Gold, erfüllen kann, dürfte einleuchtend sein; d.h. parallel zur Installation eines neuen Preissystems läuft die Installation eines neuen Geldes – Papierformen des Geldes³¹; ohne dass damit gesagt werden kann, dass sich der neue

³⁰ Die Emittierung von Geld liegt in den heutigen kapitalistischen Ökonomien bei einer staatlichen Zentralbank, die Geschäftsbanken übernehmen es in der Form von Kredit zu einem Zentralbank-Zins (Leitzins) und reichen es an Kreditnehmer weiter, mit einem Geschäftsbanken-Zins versehen. Geld wird nicht nur Mehrgeld, sondern nimmt auch die Form Kreditgeld an, muss sie annehmen. Der Anstieg in der Geldmenge wird also über Schuldverhältnisse in die allgemeine Zirkulation getragen.

³¹ Ist, was Eigenschaft des Goldes, auch Eigenschaft des Papiergeldes? Was gar nicht produziert wird, hat auch keinen Gebrauchswert und kann folglich nicht den Wertausdruck von Waren bewegen, ändern. Papiergeld könnte doch dem Zweck, den Wert dem Ausdruck nach *stabil* darzustellen, viel besser gerecht werden als es die Ware Gold jemals konnte. Warum bricht mit dem Papiergeld nicht die Zeit des stabilen Wertausdrucks an, so dass in den dann noch möglichen Bewegungen/Veränderungen der Preise *ausschließlich* die Wertveränderungen *bei den Waren* zum Ausdruck kommen? Oder bricht gerade, weil papiernes Geld nicht mehr produziert zu werden braucht, die hohe Zeit der Geld-Emission an? Gelangen wir aufgrund des Ersetzens einer produzierten Währung durch eine nichtproduzierte

Charakter des Preis-Systems aus der Herausbildung der papiernen Geldformen erklärt. Mit dem Gold als Geld wäre es unmöglich gewesen, zum permanent inflationären Preis-System überzugehen, mit dem Papiergeld ist der Übergang möglich, aber darum noch nicht verursacht, *wenn ja ein Wandel im Verhalten der Warenproduzenten zu den Preisen ihrer Waren vorliegt.*

Noch einmal: Die Rolle des Staates

Dass aber der Übergang zu Papierformen des Geldes eine von der staatlichen Bürokratie zu erfüllende Bedingung der Verwirklichung eines neuen Preissystems ist, Geld also im Verhältnis zum gesellschaftlichen Anstieg des produzierten Warenvolumens gedruckt werden muss, zeigt uns die Möglichkeit, dass der *Druck von Geld* sich auch gegen den stofflichen Bezug der Waren verselbstständigen (versündigen) kann; es kann sein, dass die Geldmenge auch steigt unabhängig vom bzw. entgegen dem Anstieg in der Produktion von Waren, also Waren gegenüber; es zeigt uns, dass es damit neben dem nun von den Preisen ausgehenden Zwang nach mehr Geld *auch einen vom Geld – besser/richtiger noch: einem vom Geldemittenten - ausgehenden Zwang* geben kann, Preise nominell zu bewegen – und so die Dauerform einer Preissteigerung bzw. Geldentwertung zu erzeugen. In der gesellschaftlichen Realität laufen mit Sicherheit immer alle drei Quellen/Ursachen zusammen.

Dass diese Möglichkeit – einer nominellen Erhöhung der Preise im Einzelnen – noch immer auch von einer bewegten Menge des Papiergeldes ausgehen kann – übermäßig bewegen, d.h. nicht im Verhältnis zum Preissummen-Anstieg bewegten Geldmenge -, verleitet dazu, die bekannte Theorie³²

Währung an die Permanenz einer solchen Geldproduktion der Menge nach, dass wir weiter, immer weiter, immer mehr Inflation haben. Ist es also die Möglichkeit, Geld drucken zu können – übermäßig im Verhältnis zu den Warenpreisen/der Summe der Warenpreise, die zur Ursache der Inflation wird? Nein, denn wäre es so, stünde der Inflation immer noch der Preis in seiner alten Fassung gegenüber: er müsste/würde sinken wie die Werte sinken; die Inflation, nur auf dem Geld beruhend, hätte eine andere Dimension – geringere.

³² Gemeint ist damit der Staat, der ja im Kapitalismus für die Herausgabe von Geld verantwortlich zeichnet. Er ist aus vielerlei Gründen verpflichtet, Geld auszugeben, und statt es durch Besteuerung von Kapital und Lohn (direkt oder indirekt (über die

fortlaufen zu lassen und sich nicht dem Neuen im Charakter der kapitalistischen Verhältnisse, d.h. dem anderen Wert-Preis-Verhalten der kapitalistischen Warenproduzenten zuzuwenden, sondern es bei einer bloßen Adaption des Alten (der äußeren Theorien) zu belassen - wie sich bei einer Übersicht der Debatten über die Ursache der entwickelten Form der Inflation im Kapitalismus dann auch zeigt.

Es haben sich in der Tat zwei Erklärungsmuster herausgebildet, wobei das letztere, von der staatlich verursachten Möglichkeit eines Geldüberhangs ausgehende Muster, noch immer überwiegt. Zum Schaden - leider - einer *Revolution* in der Entwicklung der Theorie. So *erweitert* sie nur - um den *Staat*. Das neue, genetische Moment im Kapitalismus aber, das neue Verhältnis *der Warenproduzenten zu den Preisen ihrer Waren*, geht unter resp. wird gar nicht erkannt.

Ich will noch einmal betonen: Fakt ist die Inflation des/im Kapitalismus immer, wir haben uns daran gewöhnt, mit nominell steigenden Preisen zu leben. Rein formell können dafür drei Faktoren in Betracht gezogen werden: Monopole, Staat, Produktion. Ob aber bei der *Erklärung* der Inflation der Faktor Produktion bzw. Bewegung der Preise dem Werte nach nicht mehr so bedacht werden kann wie einst bedacht - und von Marx erklärt - worden, d.h. wir eine neue *ökonomische* Erklärung für sie finden müssen, ist die eigentliche Anforderung an die Theorie. Mal ehrlich: Steigt nicht das BIP (Bruttoinlandsprodukt) unentwegt? Um sich des Wertes/Arbeitszeit überhaupt noch bewusst zu werden, muss man - in der Analyse - doch längst in die naturale Form des Wertes, die Anzahl der produktiv Arbeitenden, Wert also bildenden Arbeiter, deren Arbeitszeit, ausweichen. Erst dann wird einem der abnehmende Faktor in der Arbeit, der Wert-Faktor, bei steigender Produktivkraft in der Arbeit noch bewusst!

Das Geheimnis der permanenten Inflation

Nun zu Einwänden, ich höre einen ersten: Es ist immer nur vom Anstieg in der Menge des Geldes und im Maße des Anstiegs bei den *Summen* der Preise die Rede - das soll Inflation sein? Die Preise steigen doch gar nicht nominell,

Besteuerung der Warenpreise)) anzueignen, eignet er es sich durch Drucken von Geld bzw. auch durch Kreditaufnahme an.

wenn sie konstant bleiben. Wo ist da die Inflation, der höhere (nominelle) *Wertausdruck* für den Wert?

Antwort: Das ist eben die geheime Seite der zweiten resp. heutigen Form der Inflation des Kapitalismus; sie beginnt mit einer inneren Form der Inflation, unsichtbaren Form der Entwertung, weil nicht an Bewegungen der Preise im Einzelnen erschienen, *weil bei konstant bleibenden Preisen nur an Summenbewegungen erscheinbar!* (Und das ist – leider – nicht Gegenstand der Theorie). Der höhere Wertausdruck entsteht bereits, indem der Wert gesunken ist; der konstante, unverändert gebliebene Preis ist bereits der höhere Wertausdruck der Ware, weil er im Verhältnis zu seiner stofflichen Menge nicht mehr den selben Wert verkörpert, sondern einen gesunkenen.

Nächster Einwand: Aber wenn der Preis – trotz gestiegener Produktivkraft der Arbeit - konstant geblieben ist, es aber *keinen stofflichen Anstieg* und folglich auch keinen Summen-Anstieg bei den Preisen geben würde, bliebe doch auch die Geldmenge, in die er umgesetzt werden soll, konstant, gleichbleibend. Eine gleichbleibende Summe an Preisen und eine gleichbleibende Menge an Geld - wäre das dann auch schon Ausdruck für einen gestiegenen Ausdruck des Wertes, also eine inflationäre Entwicklung?

Antwort: So gesehen, also vom Preis je einzelne Ware aus gesehen – ja. Bei gleichgebliebener Menge an Waren würde zwar im konstant gebliebenen Preis der Wert *dem Ausdruck nach* gestiegen sein, weil Ausdruck eines *geringeren* Wertes geworden, aber keine größere Geldmenge erforderlich sein, die Waren abzusetzen. Das ist aber nur die Ausnahme, nicht die Regel. Regel ist, dass bei steigender Arbeitsproduktivität ein Anstieg der Warenmenge erfolgt, und um die Preissumme dieser Mehrwaren muss – Konstantbleiben der Einzelpreise zunächst vorausgesetzt - die Geldmenge steigen. Dieser Effekt – Anstieg der Summe der Preise mit dem Anstieg an Menge der Waren - wäre bei *Preissenkung* analog der Wertsenkung ausgeblieben. Der Preissummen-Anstieg entgegen der Wertsummen-Senkung ist das neue Element in der Waren- resp. Wertökonomie. Sie nimmt statt einer Wert-Ökonomie mehr und mehr das rein äußere Gesicht einer Preis- alias Geldökonomie an, das ist das Neue am Kapitalismus, durch Kapitalismus.

Verstanden: So gesehen beruht diese Inflation 1. aus dem – unsichtbaren - Wertrückzug aus dem Preis im Einzelnen, 2. aus der Erhöhung der Summe

der Preise um die Mehrproduktion bei den Waren. Damit führte der nominelle Anstieg im Wertausdruck aber noch immer zu keiner Erscheinung im formellen Anstieg der Einzelpreise selber. Dieser ist doch aber evident für das Verständnis der Inflation des heutigen Kapitalismus.

Antwort: Richtig, die Inflation im heutigen Kapitalismus weist eben zwei Phasen auf: eine innere und eine äußere; eine unsichtbare und eine sichtbare. Bisher ist nur die innere, unsichtbare Phase behandelt worden. Sie ist deshalb unsichtbar, weil am Einzelpreis pro Ware noch nicht sichtbar geworden, denn – der Wert ist an sich unsichtbar, folglich sein Rückzug aus dem Preis nicht sichtbar.³³ Sichtbar ist nur, was erscheint. Also im Preis im Einzelnen erscheint. (In der Summe erscheint nur die Voraussetzung für die Bewegung der Preise im Einzelnen).

Der Umschlag der unsichtbaren in die sichtbare Phase, also auch als Umschlag in den Preisanstieg im Einzelnen, erklärt sich – ginge es in der Tat nur um den Wertausdruck - aus dem *unterschiedlichen* Anstieg der Produktivkraft in jeweiligen Betrieben/Produktionsstätten bzw. Waren nach. Jeder Anstieg an produktiver Kraft, der nicht mit einer Preissenkung bedacht wird, führt de Fakto zum nominellen Anstieg des Wertausdrucks, zunächst repräsentiert im Preis, dieser dann umgesetzt in Geld, aber nach Waren unterschiedlich. D.h. der Wertausdruck veruneinlicht – hier also noch unsichtbar - in Folge des unterschiedlichen Anstiegs an produktiver Kraft der jeweiligen Warenproduzenten. Ihn wieder zum gleichen Wertausdruck zu vereinheitlichen, dazu dient eine formelle Preiserhöhung der Preise im Einzelnen – die sichtbare Phase der Inflation beginnt.

Frage: Die formelle Preiserhöhung, die im Allgemeinen erst als Inflation empfunden wird, dient dem Ausgleich der uneinheitlich gewordenen Wertausdrücke wieder zu einem einheitlichen, gleichen?

Antwort: Zunächst, d.h. auf dieser Ebene der Erklärung - Ja, die sichtbare Phase der heutigen kapitalistischen Inflation, die nur über die Form *Preiserhöhung* – und nur partiell, nach Waren unterschiedlich - erfolgt, dient nur dem Ausgleich der unterschiedlichen Entwicklung der Inflation in ihrer

³³ Sichtbarkeit des Wertes im Preis wäre immer Sinken - oder überhaupt Bewegen - des Preises mit dem Wert.

ersten Phase. Das ist ihre Wirkung; Preiserhöhungen der formellen Art haben diese Wirkung, den Wertausdruck wieder zu einem allgemein gleichen zu machen. Hierbei müssen Preise, die in einem geringeren Maße im Wertausdruck entwerteten, steigen, um die Grade höherer Entwertung zu erreichen. Umgekehrtes Verhalten, also Sinken der Preise mit höherer Entwertung dem Wertausdruck nach als Weg zurück zum einheitlichen Wertausdruck würde bedeuten, dass der Faktor Preissenkung mit den Werten weiter wirkt, würde bedeuten, dass das genannte Prinzip des Übergangs der Summen-Bildung bei den Preisen aufgrund des Anstiegs in der stofflichen Seite der Arbeit nicht absolut gilt, nur für Produktionen mit unterdurchschnittlicher Steigerung der Produktivkraft gelten würde – ein Widerspruch. Es liegt aber ein einheitliches Verhalten aller – kapitalistischen – Warenproduzenten vor. Es liegt also keine Preissenkung vor (mit der Ausnahme von Preiskämpfen), der einheitliche Wertausdruck kann nur erreicht werden durch formelle/nominelle Preiserhöhung der in einen Rückstand bei der Steigerung der Produktivkraft geratenen Produzenten. Über Preiserhöhungen werden Ansprüche an den Geldumlauf erhoben, das heißt Geld gleichmäßig/gleichmäßiger angeeignet, das über die unterschiedliche Preissummen-Bildung nur unterschiedlich geschöpft worden ist. So wird - über einen gewissen Zeitraum, ausgehend von den Stätten geringerer Steigerung der Produktivität und damit geringerer Entwertung – der Unterschied in der Erhöhung des Wertausdrucks wieder vereinheitlicht, allerdings nur, um stets von Neuem einzusetzen; es ist ein schier endloser (bisher 120jähriger) Prozess bzw. Kreislauf. Es gibt darüber kein Bewusstsein bei den Kapitalisten, was sie da tun, sie tun es einfach – um ... und nun der eigentlich entscheidende Gesichtspunkt: ... in der Profitbildung nicht zurück zu bleiben. Und wenn die Preiserhöhung durchgeht, dann – ist alles gut, ist *ihr* Kapitalismus der richtige, rechte.

Letzte Frage: Drückt nicht der ständige Wechsel von Aufhebung und Wiederherstellung der Einheit dem Wertausdruck nach aus, dass dem Kapitalismus der Wertausdruck eigentlich gleichgültig ist?

Die Rolle der Mehrwertbildung im Wert

Letzte Antwort: Nun, wie man's nimmt; es gibt eine eher beiläufige Bemerkung von Marx dazu, dass den Kapitalisten „der Wert an sich gleichgültig ist“; wichtig ist ihnen der Mehrwert, die Verwertung, also

Vermehrung des Geldes, das sie in der Produktion vorab einsetzen. Die Erhöhung von Einzelpreisen zum Zwecke der Vereinheitlichung des Wertausdrucks als sichtbare Form der Inflation ist daher auch *nicht der eigentliche Grund, warum sie auf die unsichtbare Form, die reine Mengen- oder Summenform der Inflation folgt*. Der eigentliche Grund ist, die *Verungleichung der Raten des Mehrwertes/Profits, die durch unterschiedliche Steigerung der Arbeitsproduktivität entsteht, wieder aufzuheben*. Der Mehrwert/Profit „steigt“ bei Nichtsenkung der Preise mit den Werten, weil der Lohn der Arbeiter *auf mehr Waren verteilt wird*, und zwar unterschiedlich, wenn unterschiedlich mehr Waren produziert werden. Der Lohn selbst bleibt unverändert, sinkt nicht noch steigt er, sondern wird nur in kleineren Raten aufgeteilt, weil auf mehr Waren verteilt. Da der Preis aber konstant bleibt – dies ist zunächst unterstellt, sinkt der Anteil des Lohnes am Preis – der Mehrwert/Profit steigt. Er steigt optisch pro Preis, aber real um den Anstieg an Summe der Preise, denn diese Summenerhöhung an Preisen steht, weil zur *Neubildung* von Geld führend, a priori außerhalb jeder schon praktizierten Form von Aneignung. *Wir haben es auch mit einer neuen Darstellung des Mehrwertes in der Wertbildung der Waren zu tun: Mehrwert wird ein eigener/neuer Teil des Geldes, er wird das mehrproduzierte Geld.* (Siehe PS)

Im Vordergrund des Interesses des Kapitalismus steht also gar nicht die Aufrechterhaltung der Preise einem einheitlichen Ausdruck dem Werte nach, sondern die Ausgleicheung der uneinheitlich erhöhenden Raten des Mehrwertes/Profits zu wieder einheitlich gleichen höheren Raten. Wir dürfen den Kapitalismus nicht schlechthin unter dem Gesichtspunkt der originären Warenproduktion betrachten – ihrer Entwicklung, dann ginge es immer nur um das Ausdrücken des Wertes der Waren, um einen Kampf um den Wertausdruck, sondern müssen die Warenproduktion betrachten unter dem Gesichtspunkt des Kapitalismus – seiner Entwicklung, und da geht es um das der Produktion vorausgesetzte Geld, das über den realen Produktionsprozess zu seiner Form – Geld, zurückfinden will – *vermehrt*. Daran, dass es immer Manipulationen des/am Geld sind, zeigt sich, dass wir es mit Kapitalismus zu tun haben, dass die Vorankündigung des Sozialismus, die man auch aus dem Gehabe des Kapitals herauslesen könnte, reiner Schein ist.

Eine Erkenntnis von Alfred Lemnitz ...

Wir können einen Schlusspunkt setzen: Kapital/Kapitalismus geht vom Geld aus und kehrt zum Geld zurück. Waren sind in diesem Prozess nur Vermittlungsformen, die wieder zum Geld, zu ihrer Voraussetzung zurückführen.

Ist das eine neue Erkenntnis?

Nein, inhaltlich ist alles – von Marx – erkannt. Aber der selbe Inhalt kann historisch betrachtet/erkannt über zwei Formen/Systeme realisiert werden; das ist neu. Wir müssen uns der Frage stellen, was denn das eigentliche Systemische des Kapitals/Kapitalismus ist.

Bevor ich zur möglichen Erklärung einen – eigentlich unzitiert, daher unbekannt gebliebenen - Satz von Marx zitiere, möchte ich die Frage beantworten, ob es nicht doch einen marxistischen Ökonomen gegeben hat, der sich der neuen Problematik in Sachen Inflation bewusst geworden ist. Ja. Es ist Prof. Dr. Alfred Lemmnitz. Das genannte Heft von IPW (12/1973) bringt im Anschluss an den Beitrag von Jürgen Kuczynski einen von Alfred Lemmnitz: „Inflation und Krise des kapitalistischen Währungssystems“; in ihm heißt es:

*„Mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität wächst bei gleichem Arbeitsaufwand in gleicher Zeit (man könnte auch „bei gleichem Wert“ sagen, J.) die Menge der erzeugten Waren. Bei freier Konkurrenz würde der Preis der einzelnen Ware sinken. (Richtig: Erstes System, Marx'sches System, J.) Durch das Monopol wird jedoch die Senkung des Marktpreises verhindert. Die Differenz zwischen dem durch das Monopol fortbestehenden Marktwert (? , nicht Marktpreis?; J.) und dem niedrigeren individuellen Wert wird zum Monopolprofit. (!, J.), und sie wird durch den Monopolpreis realisiert. **Diese durch den Monopolpreis** (nein, durch die gewachsene Menge an erzeugten Waren, wie es eingangs richtig heißt, J.) **erhöhte Preissumme der Waren erfordert eine Erhöhung des Geldumlaufs. Die monopolistische Preisgestaltung wirkt daher als relative Geldentwertung, da die Waren zu Preisen über dem Marktwert verkauft werden**“.* (Hervorhebung A. Lemmnitz) (Ebda. S. 11)

Man erkennt die Identität, und – erkennt auch den Unterschied. Die Identität – zu meiner Erklärung – besteht in dem vom Summen-Anstieg bei den Preisen ausgelösten, aber auf einem Mehr an Waren beruhenden Anstieg im

Geldumlauf; Lemmnitz nennt als Ursache den nicht mit den Werten gesunkenen, d.h. fortbestehenden Preis Monopolpreis, ich ... fortbestehender bzw. konstant bleibender Preis. Jedenfalls: der eigentliche Wechsel der Praxis bzw. dem Verhältnis der beiden Faktoren Wert und Wertausdruck nach – dass die Summe der Preise die Summe des Geldes bestimmt, damit die neue Grundlage der kapitalistisch entwickelten Form der Warenökonomie -, ist von Lemmnitz im Prinzip erkannt und genannt.

Nun die Nichtidentität: Lemmnitz spricht nur von Preisen *der Monopole*, er verallgemeinert damit nicht das Verhalten der Kapitalisten. Nur, wie verhalten sich denn die nichtmonopolistischen Kapitalisten unter der Bedingung, dass sich die monopolistischen Kapitalisten *neu* verhalten? Ist denkbar, dass die Kapitalisten im Verhältnis zu Wert, Preis, Geld spalten in monopolistische und nichtmonopolistische? Wir sollten eher von einem früher oder später erfolgenden gleichen Verhalten Aller ausgehen; alle passen sich der neuen Praxis an – mögen auch die Monopolisten vorangehen, sie die ersten sein, die mit ihr beginnen.

Dann aber noch eine Identität: Die Nichtpreissenkung erzeugt Sonderprofit, richtig; der (auch neue) höhere Profit entsteht nicht, indem Löhne formell gesenkt werden, sondern indem der *unveränderte* Lohn auf *mehr* Preise/Waren verteilt wird. Dadurch sinkt die Lohnkost je Preis, wenn auch nicht je Arbeiter/Wert der Ware Arbeitskraft. Wesen des Profitmachens ist ja, dass die *stoffliche Mehrproduktion* ausschließlich in die Hand des Kapitals/der Kapitalisten fällt, der gegen Lohn Arbeitende soll dabei auf ein minimal bestimmtes Warenpaket gebannt bleiben.

Das ist bei der neuen Ware-Preis-Praxis des Kapitals in einem doppelten Sinn der Fall; der stoffliche Anteil des Arbeiters sinkt pro Ware, und was den Summen-Anstieg bei den Preisen/beim Geld angeht, so ist der Arbeiter a priori aus der Möglichkeit ihn anzueignen ausgeschlossen; Mehrwert ist auch als ein Extra-Geldfonds in der Hand nur des Kapitals/isten entstanden.³⁴ Es ist

³⁴ Kuczynski z.B. erkannte dadurch, dass Lohnkämpfe die Inflation begleiten (müssen!), in ihr auch ein positives Zeichen; sie erzeugt eine aktivere Arbeiterbewegung. Er schreibt (ebda. IPW 12/73, S. 7): „*Das Monopolkapital betrachtet die Inflation als ein Mittel der Lohnsenkung, das weniger 'soziale Unruhe' verschafft als Herabsetzung der Nominallöhne* (also wie im ersten kapitalistischen

aber ein unterschiedlicher Anstieg, weil unterschiedliche Entwicklung der Arbeitsproduktivität vorliegt. Erst der Ausgleich dieser Unterschiede, der über eine partielle Erhöhung von Preisen im Einzelnen führt, senkt, wenn sie Reproduktions-Waren der Menschen trifft, den Lohn unter den Wert – es entsteht momentaner Maximalprofit (!); so dass erst ein Kampf um Lohnerhöhung die Anpassung auch des Lohnes an die Inflation/Geldentwertung bringt, *aber die Lohnerhöhung, übertragen in die Kosten aller Preise, auch als der Weg erst für das Kapital erscheint, den Unterschied in den Raten des Mehrwertes/Profits gesellschaftlich auszugleichen*, wieder zu vereinheitlichen. Und zwar deshalb, weil er nach der Lohnerhöhung (!) nicht mehr auf Kosten der Arbeiterlöhne erfolgt, sondern auf Kosten der Mehrwerte der höher produktiver arbeitenden Kapitalisten! Wie es sich ja auch gehört. Die Arbeiter übernehmen – ungewollt – eine Funktion im Interesse des Kapitals! Und wie man auch sieht: Es ist eigentlich ein Ausgleich dem Mehrwert/Profit nach, der zur Einheitlichkeit auch des Wertausdrucks zurückführt, nicht umgekehrt ein Ausgleich im Wertausdruck, der zur gleichen Verwertung des Kapitals zurückführt.

Verdammte Dialektik, aber so ist Kapitalismus – geworden; ganz so einfach/verständlich, wie noch zu Marx' Zeiten, ist es nicht mehr.

(Und der reale Sozialismus mit seinem Festpreis-System? Er verzichtet dadurch, dass der Summen-Expansion der Preise ... nichts folgt, weder eine

Preissystem sinkender Preise, J.). *Keynes und andere bürgerliche Ideologen haben das offen ausgesprochen. Und gar nicht selten gab ihnen die Realität recht. In den letzten Jahren hat sich die Lage jedoch verändert. Als Mittel zur Reallohnsenkung 'funktioniert' die Inflation nicht mehr recht. Trotz der starken Inflation sind die Reallöhne im allgemeinen weiter gestiegen, da die Arbeiter sich in Streiks gegen die Senkung ihrer Reallöhne durch Inflation erfolgreich wehrten. ... Wohl zum erstenmal in der Geschichte des Kapitalismus erweist sich die Inflation als Klassenkampf-Waffe des Kapitals als relativ stumpf*“. Na, ist Kuczynski da nicht zu optimistisch? Die Form Inflation – ab der 2. Phase steigender Preise - senkt im Grunde die Reallöhne der Arbeiter besser, weil der Nominallohn nicht verändert. Was aber real sinkt, ist die Kaufkraft des Nominallohnes. Lohnkämpfe um die Erhöhung des Nominallohnes führen dazu, dass mit dem Nominallohn die Kaufkraft der Löhne wieder auf das alte Niveau steigt. Erst wenn über diese Stufe hinaus, dann auch real... bis zur nächsten Runde der Inflation.

Korrektur dem Wertausdruck nach noch dem Gewinn in Preisen nach, dass er längst über die beiden Gesetze der Warenproduktion resp. des Kapitalismus, Wertgesetz und Mehrwertgesetz, hinausgegangen ist; er verteilt auch Geld, bei Festpreisen und gestiegenen Preissummen auch mehr Geld, aber nicht mehr über die Korrektur der Preise, sondern über die Bildung von Geldfonds für die produktive und die individuelle Konsumtion, die vom Bedarf auf Güter geleitet sind. Die Aneignung von Geld ist dann immer synonym einer Aneignung von Gebrauchswerten, also bereits – kommunistisch dem Inhalt nach, nur noch nicht ganz kommunistisch der Form nach: weil stillgelegter „Wert“form nach. Das System fester Preise ist das einzige Preis-Geld-System, das mit einer steten substantiellen Lohnerhöhung arbeiten kann.³⁵⁾

... und ein Marxscher Satz, der zum Nachdenken Anlass gibt

Und nun der – nach meiner Meinung in der Theorie nicht genügend beachtete - Satz von Marx:

„Die selbstständigen Formen, die Geldformen, welche der Wert der Waren in der einfachen Zirkulation annimmt, vermitteln nur den Warenaustausch und verschwinden im Endresultat der Bewegung. In der Zirkulation G-W-G funktionieren dagegen beide, Ware und Geld, nur als verschiedene Existenzweisen des Werts selbst, das Geld seine allgemeine, die Ware seine besondere, sozusagen nur verkleidete Existenzweise“ (In: MEW, Bd. I, S. 168.)

Waren und Geld, oder auch umgekehrt: Geld und Waren - nur verschiedene Existenzweisen des ... Wertes. Das Geld seine allgemeine, die Waren ... aber ihre besonderen!

Ehrlich: Wer von den Marx-Lehrenden hat die *Werttheorie neu* schon je so ... gelehrt? Passt Marx' Satz nicht wunderbar in die inflationsgeprägte

³⁵ Im „Kapital“ erkennt Marx eine substantielle Lohnerhöhung, also eine der Kaufkraft Gebrauchswerten nach, dann, wenn der Lohn langsamer sinkt als die Preise (analog den Werten) sinken. Für eine permanente Inflation müsste der Satz dann lauten: dass der Lohn dann Gütern nach steigt, wenn er schneller/stärker steigt als die Rate der Inflation. Nur bei einem System fester Preise, also im Sozialismus, steigt bzw. kann steigen der Lohn im selben Verhältnis wie die Summe der Güter/Preise in der Abteilung II, Konsumtionsmittel steigt.

Landschaft des Kapitalismus? Waren sind jetzt, wenn sie die Bedeutung von Kapital/Kapitalisierung, also Vermehrung des Wertes annehmen, *besondere Existenzweisen des Wertes*. Eine Ware = ein Geld, mehr Waren = mehr Geld (immer der Menge nach). Diese Bedeutung haben sie in der einfachen Zirkulation (einfachen Form der Warenproduktion) nicht. Dort haben sie die Bedeutung von Gebrauchswerten, die ihren Wert darstellen. Aber eben nicht die Bedeutung von besonderen Existenzweisen schon ihres Wertes. Das setzte sie ja ihrem Gebrauchswert, als Umhüllung des Wertes, gleich. Unmöglich... für die einfache, normale Warenproduktion. Ihre sachliche Gegenständlichkeit als Gebrauchswert ist darum keine Existenzweise schon des Wertes. Diese liegt ... außerhalb der Ware. In einer besonderen Ware. Die sie per Austausch erreichen muss.

Hier, im Kapital...ismus, aber haben alle Waren die Bedeutung einer Existenzweise des Wertes – jeweils besondere allerdings, denn es ist Wert unterschiedlicher Verwertung, d.h. es ist Wert unterschiedlichen Mehrwertes, es ist ... Geld (!) unterschiedlichen Mehrgeldes. Die Anhebung nun von Preisen – ein Geldverlangen oder Verwertungsverlangen des Geldes, hat die Funktion, jedes Geld zu einem Geld gleichen Anspruchs auf Mehrgeld/Mehrwert zu erheben. Die kapitalistische 2. Inflation, oder heutige Inflation des Kapitalismus, ist nichts als Umverteilung ungleich vermehrten Mehrgeldes zu wieder gleich vermehrtem Mehrgeld/Mehrwert.

Ist es verwegen, in diesem Marx'schen Satz so etwas wie die Vorankündigung einer kommenden, neuen Form der Geldbildung zu sehen? Einer Geldbildung, die von der Warenbildung ausgeht - allgemeinen?

Marx' Satz ist erst ein theoretischer, ein abstrakt theoretischer Satz; er stellt ein *neues Verhältnis* – nun der Waren – dar, wenn ihre Voraussetzung die Anwendung von Geld ist, wenn Produktion von Waren eigentlich nur die verwandelte Form einer Produktion von Geld ist – gewiss mehr Geld, verwertendes Geld. Geld welches um den Mehrwert/Profit vermehrt ist, aber eben immer im Rahmen der selben Form: Geld.³⁶

³⁶ Summen (Summen von Einzelpreisen) sind die Preise natürlich immer. Aber der Unterschied liegt darin, dass sie einmal auf Basis der abstrakten Seite der Arbeit, andermal auf Basis der konkreten Seite der Arbeit gebildet werden. Quantitativ gesehen erscheint – in besagter Summe der Preise – einmal der zeitliche Aufwand an

Die Herausforderung des permanent inflationären Preis-Geld-Systems des Kapitalismus scheint preistheoretischer Art zu sein, nicht mehr geldtheoretischer Art. Aber...

... aber die eigentliche Herausforderung ist natürlich werttheoretischer Art. Wohin ist denn die Bewegung des Wertes, seine Erscheinung im Geld verschwunden?

Marx „merkwürdiger“ Satz hat – zu seiner Zeit - noch keine Konsequenz einer Form nach. Man muss über diesen Satz nicht weiter denken als Marx über ihn gedacht hat³⁷, aber ... aber wir sind mit einer neuen Form von Inflation im Kapitalismus konfrontiert. Über diese haben sozialistische Wissenschaftler nach den Ursachen geforscht. Was haben sie gefunden? Ich sagte schon, dass es zwei Erklärungsansätze gibt. Es liegt Vermehrung vor in doppelter Form, 1. der der Preissummen und auf deren Basis eine des Geldes, und 2. der des Geldes und auf deren Basis eine der Preise. Die eine Vermehrung ist nicht die andere Vermehrung, jede hat einen anderen

Arbeit, andermal das stoffliche Ergebnis der Arbeit. Dieser erscheint auch als Preis/Summe von Preisen. Das ist dem erklärungsgewöhnten Verstand verwirrend. Sind Preise nicht immer Ausdruck von Wert/Zeit? Nein, eben nicht mehr, wenn Preise konstant bleiben, aber die ... Produktivkraft der Arbeit steigt. Bleibt dann der Preis fest, so bleibt noch der Preis, aber was dann nicht bleibt, ist die Summe der Preise. Deshalb kann man an einem Anstieg der Summe der Preise, wenn der Einzel- bzw. elementare Preis unverändert bleibt, den stofflichen Anstieg der Produktion erkennen, messen. Oder dem erklärungsverwöhnten Verstand mitteilen, dass im Preiswesen der Wechsel von der abstrakten zur konkreten Seite der Arbeit vollzogen ist. Und was ist Kommunismus – in der historisch-gesellschaftlichen kommenden Konsequenz – anderes?

³⁷ *Wenn in der einfachen Zirkulation (Marx hat die so genannte einfache, noch nicht kapitalistische Form der Warenproduktion im Auge, J.) der Wert der Waren ihrem Gebrauchswert gegenüber höchstens die selbständige Form des Geldes erhält, so stellt er sich hier plötzlich dar als eine prozessierende, sich selbst bewegende Substanz, für welche Ware und Geld beide bloße Formen. Aber noch mehr. (!, J.) Statt Warenverhältnisse (!, J.) darzustellen, tritt er jetzt sozusagen in ein Privatverhältnis zu sich selbst.“* - Ich bitte mal, über diesen „geheimnisvollen“ Satz nachzudenken – ob er nicht durch die neue Form der Inflation einen entschlüsselten Sinn erhält, ob er nicht auch ein neues Verständnis der Formen Preis und Geld herausfordert.

Ausgangspunkt. Man kann, um die permanente Form der kapitalistischen Inflation zu erklären, jeden Ansatz der Vermehrung für sich auswählen: den, der von der Produktion/vom Kapital ausgeht, oder den, der von der staatlich organisierten Geld“schwemme“ ausgeht. Die einen wählen die neue Kapital-Praxis der Preise – und beziehen diese auf das Geld, die anderen wählen die neue Staats-Praxis des Geldes – und beziehen diese auf die Preise.³⁸ Oder man kann, um die neue Lage vollständig erklären zu können, beides auswählen. Dies würde dann wohl den – entwickelten Marxisten/Marxismus ausmachen.

Die erste Form (die neue Form der Preissummenbildung) führt zum neuen, zum erweiterten Verständnis des Kapitalismus – über die einfache Form der Warenproduktion hinaus, die zweite Form (die Staatsintervention auf dem Geldmarkt) bleibt im alten, bisherigen Verständnis der Warenproduktion hängen, sie ordnet den Kapitalismus noch immer der Warenökonomie unter. Neu versteht sie im Kapitalismus die Monopole und den Staat, der für die Geldemission die Verantwortung übernommen hat, d.h. sie will den staatskapitalistischen Kapitalismus verstehen, ordnet ihn aber im Grunde als Anarchie erzeugend in den Rahmen der Warenökonomie ein. Statt ihn als eine – gewiss merkwürdige - Übergangsform zum Sozialismus zu begreifen, schimpfen wir auf die Monopole, gerade so, *als würden wir uns zu den klaren Formen der einfachen Warenökonomie zurücksehnen* (um in der Theorie wieder „sauber“ dazustehen).

Man könnte an diesem Punkt mit den Überlegungen zur Inflation Schluss machen, dann machten wir in der Theorie mit dem Kapitalismus Schluss. Aber wir wollen ja weiterblicken, in den Sozialismus hinein. *Wer sehnt sich denn im Sozialismus zur „einfachen“ Warenproduktion zurück? Natürlich der Reformismus - der, der für den Sozialismus gedacht ist.* Wir bestimmen den Platz des in den Sozialismus hineinweisenden Reformismus, indem wir Klarheit in die Entwicklung des Kapitalismus hineinbringen, Klarheit über die zweite Form der Inflation des Kapitalismus schaffen. Umso absurder würde uns dann der Versuch des Reformismus/Revisionismus vorkommen, den Sozialismus der Planwirtschaft anzuklagen, weil er gegen die ... „klaren

³⁸ In der Praxis des realen Kapitalismus laufen sowieso alle drei Quellen ineinander, es kommt ein einheitliches Gemenge heraus.

Verhältnisse der Warenproduktion verstoßen hat“. Nein, der Kapitalismus „verstößt“ bereits.

Wir haben endlich den wirklichen Sozialismus zu begreifen. Und dann öffnet sich uns ein merkwürdiger Zusammenhang, eine so genannte „Übereinstimmung“ - besser wäre: „Übergangsform“ - von entwickeltem Kapitalismus und Sozialismus, oder auch Kommunismus „mit Geld und Preis“.

Beide operieren mit einem neuen Moment bei den Preisen: deren Konstantbleiben bei Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, sinkenden Werten also. Der Sozialismus dauerhaft, er verändert die Preise im Einzelnen (!) nicht mehr (nimmt also auch die Verungleichung der Raten an Gewinn pro Preis hin (!)), der Kapitalismus beginnt nur „dauerhaft“, indem er Preissummen auf Basis der stofflichen Mehrproduktion bildet, um dann aber diese Dauerhaftigkeit wieder zu liquidieren zugunsten einer Umverteilung der produzierten besonderen Mehrwerte/Profite zu allgemein gültigen, wie es dem Kapital zukommt. D.h. es kommt auch in diesem neuen System zur Form der formellen, nomineller Erhöhung von Preisen im Einzelnen, aber erst in einem zweiten Schritt; der nur wie ein erster Schritt empfunden wird, weil er öffentlich, sichtbar ist. Denn der eigentliche, wirklich erste Schritt, der nur im Nachhinein einer Korrektur unterzogen werden muss, blüht ja nur im Verborgenen. Wer registriert nämlich schon ... Preissummen? Preise werden registriert, der eigentliche – neue (!) - Mechanismus, der nur die Summen bewegt, verschwindet – noch – im Nebel.

Nur der Marxismus kann ihn lichten! Und lichten heißt, dass für den Kapitalismus der neue Mechanismus ein rein räumlicher, rein auf das Geld bezogener Aspekt bleibt. Statt *einen* Stoff zum Geld zu erheben – *Gold*, erhebt er jeden Gegenstand zum „Stoff“ für den Wert. Man erkennt das an der räumlichen Behandlung des Stoffs – eben dem inflationären Behandeln des Geldes. Für den Sozialismus aber ist Geld ein Pendant – oder auch ein Analog – direkt des Stoffs, was man daran erkennt, dass das Geld neben dem Stoff, also dem Erscheinen des real als Gebrauchswert dienenden Stoffs, *kein Eigenleben führt, keine Eigenbewegungen per Preis mehr ausführt. Der Unterschied von Kapitalismus zum Sozialismus besteht darin, dass der Kapitalismus noch die Preise bewegt selbstständig, unabhängig vom „Stoff“ bewegt, der Sozialismus nicht mehr. Deshalb ist „Kapitalismus“ eine letzte*

Entwicklung noch der Wert-Geldökonomie, eben Kapitalismus, und „Sozialismus“ eine erste Entwicklung schon des Kommunismus.

(Apropos China: Was ist mit China? Wie haben wir über das Wert-, Preis-, Geld- und auch Lohn-System Chinas zu denken? Nun, zunächst so, wie wir über die ersten beiden Stufen des Systems im heutigen Kapitalismus denken. Es ist inflationär angelegt, d.h. Preise sinken nicht mehr mit den Werten, aber Preissummen steigen mit dem stofflichen Anstieg, auf den nun eine Preiskorrektur angesetzt wird, d.h. ein partieller Preisanstieg, der zur ... gleichen Vermehrung eingesetzten Kapitals führt. Nichts Neues/Anderes zum entwickelten Kapitalismus, nur dass die KP Chinas den Daumen auf diesem Prozess drauf hat, d.h. ihn wohl „mitkontrolliert“. D.h. sie betreibt eine *aktivere Lohnpolitik oder unterstützt diese*, und ist insofern schon gesellschaftlich einen Schritt weiter, über den Kapitalismus hinaus. Dass es stetig zu einer Steigerungsrate der Löhne kommt, die über der Steigerungsrate der Preise liegt, ist ökonomisch der Beweis dafür, ob sich am *Staat* schon etwas grundsätzlich (!) geändert hat.)

Hermann Jacobs

PS: Preis einer Ware sage = 100 Euro, Anteil des Lohnes am Preis = 50 Euro. Mehrwert/Profit = 50 Euro. Arbeitsproduktivität verdoppelt, Preis sinkt nicht um den Wert, sondern bleibt konstant. Da zwei Waren produziert worden Summe der Preise = $2 \times 100 \text{ Euro} = 200 \text{ Euro}$. Mehrwert/Profit auf 200 Euro = 150 Euro, da Lohn = 50 Euro bleibt, und er sich nun auf $2 \times 100 \text{ Euro}$ verteilt. Also = 25 Euro Lohn pro Ware. Mehrwert/Profit pro Ware = $75 \text{ Euro} \times 2 = 150 \text{ Euro}$. Der Mehrwert/Profit steigt real um 100 Euro, d.h. gleich dem Preissummen- resp. Geldsummen-Zuwachs. Stofflich gesehen wären dies $1 \frac{1}{2}$ Waren. - Bei Preissenkung analog der Wertsenkung würde – bei ebenfalls Anstieg der Produktivkraft um das Doppelte – die Summe der Preise unverändert = 100 Euro betragen, aber je Ware auf = 50 Euro sinken. Und wie nun der Mehrwert/Profit steigen? Da der Lohn warenauf auf eine halbe Ware gebannt ist, also jetzt auf = 25 Euro sinken müsste, verteilt auf 2 Waren je Ware auf = 12.50 Euro, stiege der Mehrwert/Profit je Ware auf = 37.50 Euro, mal 2 = 75 Euro. Stofflich gesehen würden 75 Euro = $1 \frac{1}{2}$ Waren

bedeuten.³⁹ Zwei Systeme, ein gleicher Inhalt; die stoffliche Mehrproduktion gerät ausschließlich in die Hand des Kapitals. Das Kapital hat keinen Grund, *nicht* zur Form der permanenten Inflation überzugehen. Das Geld nimmt zwar die Form des Kreditgeldes an, aber da hilft der Staat dem Kapital aus, indem er *staatskapitalistischen* Charakter annimmt, d.h. die Funktion der Geldversorgung für das Kapital übernimmt (nicht ohne Eigeninteresse, aber das verdoppelt nur die Lohnkämpfe der Arbeiter um den Erhalt des Wertes der Ware Arbeitskraft, er muss sich auch gegen die staatskapitalistischen Formen der Kaufkraftsenkung seines Lohnes zur Wehr setzen, nicht nur gegen die direkt kapitalistische Form).

Braucht der Sozialismus die Marktwirtschaft?

Frank Flegel: Über die Diskreditierung der Planwirtschaft

Die Diskussionen um die Planwirtschaft, die eng verbunden sind mit den Diskussionen um die Ursache der Niederlage des Sozialismus in Europa, nehmen kein Ende und werden mit Sicherheit auch keins nehmen, denn diese Diskussionen sind einer der Schauplätze des Kampfes zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus.

Es gibt ein sehr typisches Vorurteil gegen die Planwirtschaft: Sie sei administrativ, starr, ineffizient, unflexibel usw., kurz gesagt: sie funktioniert nicht.

Da die Erfolge der planwirtschaftlich organisierten Sowjetunion, die Industrialisierung sowie der Sieg im Zweiten Weltkrieg, nunmal nicht wegzudiskutieren sind, verorten die Protagonisten dieser Vorwürfe (administrativ, starr, ineffizient, unflexibel usw.) den Zeitpunkt, an dem man

³⁹ Unterschiedliche Entwicklung der Produktivkraft führte jetzt zu unterschiedlichem Anstieg des Mehrwertes/Profits und müsste durch partielle nominelle, kostenwirksame Preiserhöhung ausgeglichen werden.

die Planwirtschaft in der Sowjetunion in Richtung Marktwirtschaft hätte flexibilisieren müssen, etwa zu Beginn bzw. in der Mitte der 1950er Jahre.

Da ich kürzlich wieder über zwei solche Darstellungen gestolpert bin und weil mir dazu die Thesen wieder in den Sinn kamen, die bei der Veranstaltung zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution am 4. November 2017 von dem Referenten Werner Seppmann vorgetragen worden waren und die in die gleiche Richtung gingen, möchte ich mich hier etwas näher mit diesen Vorstellungen beschäftigen.

*

In einem als Beilage zur UZ erschienenen Referat der Leiterin der Internationalen Kommission der DKP („Der kubanische Weg zum Sozialismus“)⁴⁰ findet man einen entscheidenden Baustein der Diskreditierung der Planwirtschaft. Die Leiterin der Internationalen Kommission der DKP, Renate Koppe, schreibt bezogen auf Kuba von der: „...zunehmende(n) Ineffizienz der zentral gelenkten Wirtschaft...“ und ergänzt: „Auch in der VR China war offenbar eine erhebliche Produktivitätssteigerung ... ohne Nutzung von Marktmechanismen, also kapitalistischen Methoden ... nicht erreichbar.“

Bevor Renate Koppe nun näher auf das genannte Problem eingeht, schreibt sie etwas zum neuen Charakter der kubanischen Partei, was ich Euch nicht vorenthalten will, auch wenn es nur indirekt zum Thema passt:

„Obwohl ich mich in dem Referat vor allem auf ökonomische Prozesse konzentriert habe, sollte auch die 2019 in einem Referendum breit bestätigte und zuvor ebenso umfassend diskutierte neue Verfassung erwähnt werden, denn diese macht deutlich, dass für Kuba tatsächlich nicht von einer

⁴⁰ Dokumente der DKP. Zwei Referate zur Positionierung der DKP in den Fragen des Sozialismus und der Sozialistischen Staaten. Patrick Köbele: „Probleme beim Aufbau des Sozialismus nach der proletarischen Revolution“ und Renate Koppe: „Der kubanische Weg zum Sozialismus“. Beilage der UZ, 17.9.2021. Der Text von Renate Koppe: „Der kubanische Weg zum Sozialismus“ steht auf S. 17-22.

Rückkehr zu kapitalistischen Verhältnissen die Rede sein kann. Gleichzeitig sind in der Verfassung auch die neuen Herangehensweisen in der Ökonomie definiert. In der Verfassung ist die führende Rolle der KP als marxistische und leninistische Partei festgehalten sowie der Aufbau des Sozialismus bis hin zu einer kommunistischen Gesellschaft (dies wurde im Zuge der Verfassungsdiskussion in die Verfassung aufgenommen). Die Partei wird nunmehr allerdings als 'organisierte Avantgarde der kubanischen Nation' bezeichnet statt - wie in der alten Verfassung - als 'marxistisch-leninistische Avantgarde der Arbeiterklasse'. (S. 21) Man kann es drehen und wenden wie man will: mit der Formulierung „Avantgarde der kubanischen Nation“ wird die Klassenbindung der Partei aufgegeben, so wie es die chinesische Partei ja schon vor geraumer Zeit getan hat und wie es zur Zeit Chruschtschows über den sozialistischen Staat hieß: er sei nun nicht mehr die „Diktatur des Proletariats“, sondern der „Staat des gesamten Volkes“.

Aber zurück zum eigentlichen Thema der Autorin:

„Interessant ist es nun, die Reformen in Kuba in einen Gesamtzusammenhang zu bringen. Welche Rolle spielen Marktmechanismen und sogar kapitalistische Wirtschaftssektoren bei der Entwicklung eines sozialistischen Systems?“ (S. 21)

Das ist eine gute Frage, nur weicht die Autorin einer konkreten Antwort aus. *„Das lässt sich sicher nicht allgemein beantworten.“* (ebenda) Trotzdem gibt es in ihrem Text aber Hinweise, welche Rolle den Marktmechanismen im Sozialismus von ihr zugewiesen wird (ich hatte sie oben schon einmal zitiert, möchte hier aber nochmal daran erinnern): *„Auch in der VR China war offenbar ein erhebliche Produktivitätssteigerung ... ohne Nutzung von Marktmechanismen, also kapitalistischen Methoden ... nicht erreichbar“* (S. 21) eben wegen der *„Ineffizienz der zentral gelenkten Wirtschaft“* (S. 22).

Das ist das alte Lied von der unproduktiven Planwirtschaft. Die Frage nach der Funktion der „Marktmechanismen in einem sozialistischen System“ wird durch die Hintertür durchaus allgemein beantwortet: Aufhebung des Zentralismus, weg von der Planung, angeblich, um Effizienz- und Produktivkraftsteigerung zu erzeugen. Soweit jedenfalls die Legitimationsrhetorik.

Die Autorin hat allerdings Probleme mit der Redlichkeit ihrer Thesen: sie legt uns keine Wirtschaftszahlen vor, die das beweisen, was sie behauptet, nämlich die Ineffizienz der Planwirtschaft einerseits und dagegen die Fortschritte, die angeblich durch die marktwirtschaftlichen Reformen im Sozialismus erreichbar sein sollen. Alle Wirtschaftszahlen, die mir vorliegen, beweisen das Gegenteil. Das Wachstum der Sowjetunion war beispiellos und übertraf alles, was die entwickelten imperialistischen Staaten je in der Lage gewesen sind zu erreichen – bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Chruschtschow anfang, die Planwirtschaft zu schwächen und die Geltung des Planes abzubauen. Von da an ging es bergab.

Nun zu einer anderen Baustelle:

Die Autorin beschäftigt sich weder mit der Chruschtschow-Zeit noch mit der Gorbatschow-Zeit (in denen ja reichliche Erfahrungen mit den marktwirtschaftlichen Mechanismen gesammelt werden konnten: Rückgang des Wirtschaftswachstums, Versorgungsprobleme, Schwarzmarkt) und erst recht nicht mit den Ursachen der Konterrevolution. Sie geht allerdings immer wieder auf die NÖP Lenins ein als eine Legitimation für die Einführung der marktwirtschaftlichen Reformen. Ich vermute, weil die NÖP nicht zur Katastrophe führte, was daran lag, dass diese nicht als Zukunftsprojekt für den Sozialismus, sondern als zeitlich begrenzter Notnagel nach Krieg und Bürgerkrieg eingeführt wurde. Diesen Unterschied sieht sie allerdings nicht (oder will ihn nicht sehen).

*

Werner Seppmann formulierte vor vier Jahren bei einer KPD-Veranstaltung – vollkommen unabgesprochen und vorbei an dem Thema, das er eigentlich behandeln sollte - bezogen auf die Sowjetunion Folgendes: „...*hatten sich die sozio-ökonomischen Bedingungen spätestens seit der ersten Hälfte der 50er Jahre tiefgreifend verändert. Es hätte spätestens seit der ersten Hälfte der 50er Jahre zu flexibleren Methoden bei der Organisation der ökonomischen Prozesse gegriffen werden müssen.*“ Er illustrierte, wie er sich das für die DDR vorstellt und landete beim Kleinbauern: „*Wenn man dieses Modell der Genossenschaften gewählt hätte, hätte man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen können: Genauso, wie der kleine Bauer seinen kleinen Acker sehr,*

sehr intensiv bewirtschaftet, hätten dann die Leute ihre Wohnungen instand gesetzt. ⁴¹

Für Seppmann ist die Planwirtschaft also unflexibel. Und mehr Flexibilität wäre durch ein Genossenschaftswesen, das auch eine kleinbäuerliche Landwirtschaft mit einbezieht, zu erreichen gewesen, legt uns Werner Seppmann nahe.

Halten wir kurz fest: Werner Seppmann und Renate Koppe behaupten, die Planwirtschaft funktioniere nicht, weil sie a) unproduktiv sei, bzw. weil sie b) unflexibel sei. Wenn wir nun den dritten Referenten, der sich kürzlich mit dem Thema beschäftigt hat, zu Wort kommen lassen, werden wir sehen, dass er eine weitere, also dritte Begründungsthese liefert für das angeblich unzureichende Funktionieren der Planwirtschaft.

*

Bei einem Sommerlager im August dieses Jahres vertrat der Referent Peter B. unter anderem Folgendes: *„In dieser Zeit (gemeint ist die Zeit nach dem Erreichen des Vorkriegsniveaus, also etwa ab 1948; F.F.) können wir aber auch sehen, ich habe hier auf dem Merkblatt geschrieben: zunehmender Widerspruch zwischen den entwickelten Produktivkräften und den unterentwickelten Produktionsverhältnissen. Was nämlich passiert ist: Es ist sehr, sehr viel kollektiviert worden, es gab eine sehr starke Zentralisierung der Produktion in der Sowjetunion, und die Planungs- und Leitungsmethoden sind aber dann vor allem bei dem Übergang – es wird oft gesagt – vom extensiven Wachstum zum intensiven Wachstum nicht mehr adäquat gewesen. Was heißt das genau? Früher war das eben so mehr Pi mal Daumen, als so genannte ‘Tonnenideologie’ wird das auch oft eher negativ bezeichnet, es wurde gesagt, wir setzen jetzt riesige Kräfteressourcen einfach ein, ..., riesige Arbeitskraftressourcen und riesige Materialressourcen, was in der Phase einer wenig ausdifferenzierten Ökonomie, während der Phase der Industrialisierung sehr gut funktioniert hat.*

⁴¹ „Der Zukunft wegen“, Protokollband der gleichnamigen Konferenz zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution, Schriftenreihe der KPD, S. 87 und S. 99

In der Phase, über die wir hier jetzt sprechen, wo man schon die Weltraumforschung betrieben hat und die Sowjetunion kurz davor stand, die ersten Menschen in den Weltraum zu schicken, hat eine extreme Produktivkraftentwicklung stattgefunden, aber die Planungsmethoden sind nicht weit genug mitgegangen. ...

Spätere Frage eines Teilnehmers: „Du hast dieses Ding vom intensiven und extensiven Wachstum gebracht. Das scheint Dir sehr wichtig zu sein, weil Du daran Phasen unterscheidest. Mir ist nicht so recht klar, was das eigentlich bedeutet und warum man das eine machen kann mit Planwirtschaft und das andere nicht.“

Antwort des Referenten: „Der Übergang vom extensiven zum intensiven Wachstum kann so verstanden werden bzw. wird auch oft begrifflich ersetzt durch den Übergang vom quantitativen zum qualitativen Wachstum. Was damit gemeint ist, ist: Am Anfang ging es um eine Industrialisierung, diese relativ grob und im Großen voranzutreiben, die Schwerindustrie zu entwickeln, da hat man Traktorenwerke hingebaut und tausende von Traktoren produziert, in unglaublich großer Menge gab es dann diesen einen Traktor, der in unglaublich großer Menge produziert wurde und alle zehn Jahre einen neuen Traktor. Den hat dann jeder Bauer bekommen, damit er schneller sein Feld bewirtschaften kann und so eine höhere Produktivkraft erreicht wird. Also keine wirklich ausdifferenzierte Wirtschaft. Die Quantität an verschiedenen Gütern war noch nicht weit entwickelt, es ging darum, die Produktionsmittelproduktion zu entwickeln. Aber wenn es um eine Konsumtionsmittelproduktion geht, eine Warenvielfalt herzustellen, zum Beispiel Fernseher, also Produkte, die eine viel, viel größere Ausdifferenzierung brauchen, stellen sich einfach andere Ansprüche an die Planung, weil es viel, viel mehr Zwischenprodukte und Zwischenschritte gibt. Und eine größere Diversität ergibt viel mehr verschiedene Übergänge von Waren. Es ist ja nicht immer nur der eine Traktor, der an den Bauern geht, sondern es sind x Millionen Bürger, die verschiedene Bedürfnisse haben, was unglaubliche große planerische Herausforderungen sind, die dann damit einher gehen.“⁴²

⁴² Quelle: Abschrift des Audiomitschnitts der Veranstaltung

Damit bezeichnet der Referent zunächst das Nicht-Bewältigen der Produktivkraftsteigerung⁴³ und in der Folge die nicht gelingende „Ausdifferenzierung“ als das wesentlichste Problem der Planwirtschaft und definiert diese als den Unterschied zwischen extensivem Wachstum (wenig ausdifferenziert) und intensivem Wachstum (stark ausdifferenziert).

Schauen wir genauer hin. Es gibt in der Volkswirtschaftslehre nach meiner Kenntnis zwei unterschiedliche Definitionen zu den Begriffen „extensives Wachstum“ und „intensives Wachstum“. Sie unterscheiden sich sehr von der hier durch den Referenten vorgelegten Version.

In der frühen BRD und in der DDR galt: Extensives Wirtschaftswachstum wird als Wirtschaftswachstum durch Ausweitung der Produktion bei gleichbleibendem Niveau der Produktivkraft verstanden, intensives Wachstum als Ausweitung der Produktion mittels Erhöhung der Produktivkraft. Landwirtschaftliches Beispiel: Erhöhung der Getreideproduktion durch Neulandgewinnung bei Beibehaltung des technischen Niveaus der Landwirtschaft (z.B. Pferdefuhrwerk) = extensives Wachstum. Erhöhung der Getreideproduktion durch Verbesserung der Anbaubedingungen, also Maschinen und Traktoren, Düngung, Schädlings- und Krankheitsbekämpfung = intensives Wachstum. Analog bei jedem anderen Produkt. „Verstand man unter einem extensiven Wirtschaftswachstum die Ausdehnung der bisherigen Produktionsweise, so zeichnete sich ein intensives Wirtschaftswachstum durch eine qualitative Rationalisierung der Produktionsweise und Steigerung der Produktivität aus.“⁴⁴

Die BRD verwendet heute eine andere Definition dieser Begriffe, in die das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung mit eingeht: „Extensives Wachstum bezeichnet eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts eines Staates, aber nicht notwendigerweise eine Verbesserung der Güterversorgung pro Kopf der

⁴³ Hier unterscheidet er sich von Renate Koppe, die ja davon ausgeht, dass die Planwirtschaft die notwendige Steigerung der Produktivkraft nicht nur nicht bewältigen, sondern gar nicht erst leisten und deshalb, wie China, „...ohne Nutzung von Marktmechanismen, also kapitalistischen Methoden...“ nicht auskommen könne.

⁴⁴ Florian Kreutzer: Die Institutionenordnung der DDR, Wiesbaden 2001, S. 93

Bevölkerung. ... Intensives Wachstum liegt vor, wenn das Pro-Kopf-Einkommen steigt, also die Wachstumsrate des BIP jene der Bevölkerung übersteigt.“⁴⁵ (wikipedia)

Woher nimmt der Referent seine Definitionen von extensivem Wachstum als Produktion, die „mit riesigen Kräfteressourcen“, „in unglaublicher Menge“, „ohne große Warenvielfalt“ und ohne „größere Ausdifferenzierung“ daherkommt, und wovon leitet er die Definition des intensiven Wachstums ab, das seiner Ansicht nach als Vergrößerung der „Warenvielfalt“ und der „viel, viel größeren Ausdifferenzierung“ (ausgerechnet auch noch im Konsumgütersektor) verstanden werden soll?

Wir wissen es nicht, können aber feststellen: hiermit liegt eine dritte Begründungsthese für das angeblich unzureichende Funktionieren der Planwirtschaft vor.

Unproduktiv, ineffizient, nicht zur Ausdifferenzierung fähig, das sind die hier vorliegenden unterschiedlichen Angaben zu den Gründen. Leider werden sie ohne Wirtschaftsdaten, Quelle bzw. empirisch belegten Begründungszusammenhang vorgetragen. Bekannt kommen sie uns allen sicherlich trotzdem vor, denn sie ähneln wie ein Ei dem anderen den Vorurteilen, Verdrehungen und Verleumdungen, die über die Planwirtschaft von bürgerlicher Seite in die Welt gesetzt werden.

*

Kommen wir zur nächsten Frage: Gab es in den sozialistischen Ländern keine Auseinandersetzungen um das Implementieren marktwirtschaftlicher Elemente? Es sind doch Berichte überliefert über heftige Auseinandersetzungen innerhalb der Parteien um genau diesen Richtungsstreit. Einige, an Personen festgemachte Beispiele: Boleslaw Bierut – Wladislaw Gomulka in Polen, Matyas Rakosi – Imre Nagy in Ungarn, Antonin Novodny – Alexander Dubcek in der CSSR, Mao Zedong – Deng Xiaoping in China. Und nach der erfolgreichen Konterrevolution in Europa gab z.B. Ota Sik (CSSR) zu Protokoll, dass sein Ziel immer die „vollständige Wiederherstellung der Marktwirtschaft“ war und Gorbatschow formulierte

⁴⁵ wikipedia

Ähnliches, als er sagte, dass sein Ziel „die vollständige Zerstörung des Kommunismus“ gewesen sei. Wieso wird das nicht in die Debatte einbezogen, sondern entweder gänzlich verschwiegen oder verniedlicht dargestellt? Schauen wir näher hin.

Werner Seppmann äußert sich nicht zu Kämpfen oder Auseinandersetzungen, Renate Koppe äußert sich immerhin zu den Kossygin-Reformen und Peter B. formuliert einige recht allgemeine Aussagen. Schauen wir näher hin.

Renate Koppe: *„Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass es bis Anfang der 60er Jahre in der Sowjetunion (wo so gut wie alle Produktionsmittel mit Ausnahme von landwirtschaftlichen Genossenschaften, in denen aber auch der Boden staatlich blieb, in staatlicher Hand waren) eine bereits sehr konkrete Diskussion gab, die zunehmende Ineffizienz der zentral gelenkten Wirtschaft durch Methoden der Datenverarbeitung (wo die Sowjetunion damals noch führend war) zu beseitigen. ... Mit den Kossygin'schen Reformen wurde dieses Projekt zu Gunsten von marktwirtschaftlichen Mechanismen ... aufgegeben. Zumindest unter den gegebenen Bedingungen war dies nicht erfolgreich.“ (S. 22)*

Peter B. hat das Gleiche in ähnlicher Weise reflektiert: *„Deshalb entwickelte sich die Frage (in der Sowjetunion etwa Mitte der 1950er Jahre, F.F.): Wie machen wir nun weiter? Es gab unterschiedliche Vorschläge. Ein Kreis von Personen wollte die Planwirtschaft verbessern, da gab es dann schon die Anfänge von Kybernetik-Diskussionen, wie so etwas berechnet werden könnte. Dieser Flügel hat leider sehr wenig Beachtung bekommen in dieser Zeit und es hat sich eben ein Flügel durchgesetzt, der diesen Widersprüchen mit Marktformen begegnen wollte.“⁴⁶*

Wie ist das abgelaufen, dieses „Durchsetzen eines Flügels“, dieses „Aufgeben eines Projektes“? Renate Koppe und auch Peter B. skizzieren hier ja zwei grundsätzlich entgegengesetzte Herangehensweisen: Wer die elektronische Datenverarbeitung und/oder Kybernetik als neue Technik in die Planwirtschaft integrieren will, der hält die Planung für sinnvoll und will sie mittels moderner Technik verbessern (= Stärkung des Sozialismus), wer hingegen marktwirtschaftliche Mechanismen einschleust, der hält die Planung

⁴⁶ Quelle: Abschrift des Audiomitschnitts der Veranstaltung

nicht für sinnvoll und will sie durch den Markt „ergänzen“, was perspektivisch heißt: ersetzen (= Schwächung des Sozialismus).

Den Begriff Klassenkampf im Sozialismus scheinen die Referenten nicht zu kennen. Nach ihrer Lesart kamen „*Reformwellen*“, und „*erfassten das ganze sozialistische Lager*“. Man wollte, so Peter B., „*eine effektivere Planwirtschaft – wie auch immer – aufbauen*“.⁴⁷ Die Frage, wo das alles denn herkam, wie die Auseinandersetzungen abliefen und wie die Konzepte im Lichte des Marxismus-Leninismus einzuschätzen sind, wird leider nicht gestellt. Sollen wir das alles etwa als eine wertfreie Entwicklung und solidarische Diskussion verstehen? Imre Nagy, Alexander Dubcek, Ota Sik, Michail Gorbatschow, um nur einige zu nennen, wollten keine „*effektivere Planwirtschaft – wie auch immer – aufbauen*“, nein, die und ihre Anhänger wollten die Planwirtschaft und damit den Sozialismus zerstören, d.h. sie waren Klassenfeinde.

Der Sozialismus war, schon bevor er überhaupt gesellschaftlich-staatliche Realität wurde, härtesten Angriffen des Klassenfeindes ausgesetzt. Siehe Erosion der sozialdemokratischen Parteien ab Ende des 19. Jahrhunderts. Nach der ersten siegreichen sozialistischen Revolution wurde der Kampf noch wesentlich erbitterter – und das auf allen Ebenen. Militärisch, ideologisch, konspirativ, es gab kein Mittel, was ausgelassen wurde. Die Sowjetunion konnte sich als sozialistischer Staat nur konsolidieren im härtesten Klassenkampf nach außen, aber auch im Innern, und damit meine ich nicht nur die Kulaken, sondern vor allem auch die innerparteilichen Auseinandersetzungen: Z.B. waren Trotzki und Bucharin Marktwirtschaftsvertreter. Diese Art der Angriffe gegen die Planwirtschaft gab es immer wieder (siehe die berühmte Stelle in Stalin: „*Ökonomische Probleme...*, wo es um die Frage geht, ob man die MTS an die Kollektivwirtschaften verkaufen sollte, was Stalin verneinte und Chruschtschow, als er erster Sekretär war, natürlich umsetzte), die „*Reformwellen*“ kamen nicht einfach so, nein, die Reformen sowohl in der Sowjetunion als auch in Polen, Ungarn und der CSSR wurden mit härtesten Mitteln durchgesetzt – bis dahin, dass Imre Nagy Ungarns Mitgliedschaft im Warschauer Pakt kündigte, Ungarn für „neutral“ erklärte und den Westen

⁴⁷ ebenda

aufrief, die Neutralität Ungarns zu garantieren. Das war selbstverständlich begleitet von heftigen Kämpfen auch innerhalb der Partei, da schreckte man auch vor Morden nicht zurück.

*

Ich schreibe diese Kritik um zu verdeutlichen, dass wir uns über die Tragweite der Vorwürfe im Klaren sein müssen: Egal, welche These nun welchem Referenten/in am liebsten ist, ob also die Planwirtschaft nach Aussage von Renate Koppe keine ausreichende Produktivkraftsteigerung hervorbringen kann oder nach Aussage von Peter B. eine ausreichende Produktivkraftsteigerung zwar hervorbringen, aber nicht bewältigen kann und an der Diversifizierung der Wirtschaft scheitert oder nach Aussage von Werner Seppmann zu unflexibel ist, so dass ein Kleinbauer das besser hinbekommen würde, eins ist immer dasselbe: es steht die Behauptung im Raum, dass die Planwirtschaft nicht funktioniere. Man brauche „marktwirtschaftliche Mechanismen“.

Man will uns also tatsächlich weißmachen, dass es eine geplante Wirtschaft, die nicht vom Wertgesetz, sondern von den beteiligten Menschen bestimmt wird, die keine Krisen kennt und keine Kriege braucht, in der es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gibt und deshalb keinen protzenden Reichtum neben himmelschreiender Armut, - dass eine solche Wirtschaft nicht funktionieren und es sie deshalb nicht geben könne.

Was hieße das, falls es stimmen sollte? Das hieße, dass die Arbeiterklasse und mit ihr die gesamte Menschheit keine Alternative zum Kapitalismus hätte, und damit keine Zukunft. Sie würde, wenn das so wäre, noch ein paar Jahrhunderte lang in immer neue Kriege taumeln, die überwältigende Mehrheit der Menschheit in immer größerer Armut und fürchterlichem Elend leben, bis das Ganze dann in der Barbarei unterginge. Und ich wiederhole: Es gäbe keine Alternative, denn eine andere Wirtschaftsform als entweder den Kapitalismus oder einen „Sozialismus“, der sich die kapitalistische Barbarei, also Marktwirtschaft, Warenproduktion, Wertgesetz, Betriebsgewinn als wesentliche Kennziffern seiner Ökonomie selbst einpflanzt und damit unweigerlich zum Kapitalismus zurückkehren muss, kann es nach den Aussagen dieser Leute nicht geben.

Für uns Kommunisten bliebe der Müllplatz der Geschichte. Wir hätten das Falsche gewollt, die Planwirtschaft. Da die aber als nicht funktionierend entlarvt wäre, könnten wir unsere Organisationen auflösen, unsere Theorie beerdigen, uns dem Suff oder dem Selbstmord ergeben und die Welt dem kapitalistischen Selbstlauf und damit dem Untergang überlassen.

Das wäre die Konsequenz der Thesen, die uns hier vorgesetzt werden. Um nicht weniger als das geht es.

Die Geschichte der Sowjetunion hat das Gegenteil bewiesen. Allerdings nicht zu Zeiten Chruschtschows, Gorbatschows oder mittels der Kossygin-Reformen, sondern vorher. Man wird bei einer redlichen Untersuchung an der Stalin-Zeit nicht vorbeikommen können.

Ich glaube, dass wir eine propagandistische Offensive für die Planwirtschaft brauchen, die einerseits flankiert ist von einer akribischen Nachzeichnung der Wirtschaftsgeschichte der Sowjetunion seit Anfang der 1930er Jahre mindestens bis in die 1960er Jahre, am besten bis zum bitteren Ende und die andererseits flankiert ist von einer genauen Nachzeichnung der innerparteilichen Klassenkämpfe.

Die Zeitschrift offen-siv wird versuchen, Beiträge dazu zu leisten.

Beitrag zur aktuellen Imperialismusanalyse

TKP: Thesen zum Imperialismus entlang der Achse von Russland und China⁴⁸

1.) Der Imperialismus ist die höchste und letzte Stufe des Kapitalismus. Der Imperialismus ist nicht eine gelegentliche Politik, eine vorübergehende Periode oder ein reversibler Fehler des Kapitalismus; er ist der Kapitalismus selbst in einer Form, die zum Untergang reif ist. Der Kapitalismus wird keine weitere Transformation durchmachen; er wird nicht zu einem weiteren Stadium übergehen. Der Kapitalismus wird entweder mit einer sozialistischen

⁴⁸ Dieser Text der Türkischen Kommunistischen Partei stammt von 2017, liegt aber erst seit kurzem in deutscher Übersetzung vor.

Revolution beseitigt werden oder er wird die Menschheit weiterhin in seinem imperialistischen Stadium gefangen halten. Die Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus in unserem Zeitalter sollte auf diese Weise begriffen werden. Das Zeitalter des Imperialismus ist das Zeitalter der sozialistischen Revolutionen.

2.) Der Kampf gegen den Imperialismus kann nicht unabhängig vom Kampf gegen den Kapitalismus sein. Imperialismus und Kapitalismus können nicht voneinander getrennt werden. Der Imperialismus ist die konkrete, historische Form des Kapitalismus. Ein antiimperialistischer Kampf, der nicht antikapitalistisch ist, dient nicht den Interessen der Arbeiterklasse.

3.) Der Imperialismus ist ein hierarchisches Weltsystem. Alle kapitalistischen Länder sind ein Teil dieser Hierarchie. Zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt ist die Position bestimmter Länder in der imperialistischen Hierarchie relativ. Die Hierarchie bedeutet vor allem ein Verhältnis von Vorherrschaft und Dominanz. Die Elemente innerhalb der Hierarchie können nicht gleich entscheidend für das gesamte System sein, noch müssen die Widersprüche zwischen ihnen das gleiche Gewicht für das Funktionieren der aktuellen Hierarchie oder die Bildung einer anderen haben. Deshalb ist die Identifizierung des kritischen Gliedes in einer gegebenen imperialistischen Hierarchie von großer Bedeutung für die Klärung der Richtung des Kampfes. Da die Länder an der Spitze der Struktur entscheidend für das Funktionieren der imperialistischen Hierarchie sind, ist es von strategischer Bedeutung für den revolutionären Kampf, diese Hierarchie zu analysieren. Die Identifizierung der Länder an der Spitze der Hierarchie bedeutet nicht, andere Komponenten des Systems auszuschließen und den Imperialismus als ausschließlich aus den Ländern bestehend zu sehen, die in der Lage sind, das System zu führen und zu beherrschen. Die Identifizierung der Länder, die an der Spitze des imperialistischen Systems stehen und in diesem Sinne die Bezeichnung imperialistisch verdienen, bedeutet nicht, das System auf diese Länder zu reduzieren. Die Analyse des Systems, in dem diese Länder im Fokus oder an der Spitze stehen, hilft nicht nur zu verstehen, welche Beziehungen zwischen den Ländern bestehen, die verschiedene Positionen in der Hierarchie einnehmen, und wie andere Länder in das System eingebunden sind, sondern ermöglicht es auch klare und konkrete Ziele für den politischen Kampf der Arbeiterklasse in jedem Land und auf Weltebene zu setzen.

4.) Die Konzeptualisierung des Imperialismus als hierarchisches Weltsystem ist einer der wertvollsten Beiträge Lenins zur marxistischen Theorie. Lange Zeit wurde der Begriff in einem engen Sinne verwendet, um das "imperialistische Verhalten" der Großmächte zu definieren. Mit der Tatsache, dass die Monopolisierung zu einem dominanten Charakter des Kapitalismus wurde, erregte die Verbindung zwischen dem Phänomen des Imperialismus und der kapitalistischen Entwicklung die Aufmerksamkeit einiger Autoren; aber es war Lenin, der einen robusten ganzheitlichen Ansatz aufbaute und ihn mit dem Kampf der Arbeiterklasse für die Revolution verband.

5.) Wie Lenin vor fast 100 Jahren zeigte, ist der Imperialismus eine hierarchische Ordnung, in der der Weltmarkt ständig geteilt und wieder neu aufgeteilt wird. Die konkreten und historischen Erscheinungsformen der Hierarchie haben sich verändert, seit Lenin die Theorie des Imperialismus vorgelegt hat, und sie können sich auch in Zukunft verändern. Das liegt daran, dass die konkreten und historischen Hierarchien des Imperialismus und die relativen Positionen der Länder innerhalb solcher Hierarchien eine sehr dynamische Struktur aufweisen. Das bedeutet jedoch nicht, dass der Kapitalismus selbst eine andere Transformation als den Imperialismus durchlaufen kann. Der Kapitalismus wird keinen anderen Charakter als den des Imperialismus annehmen.

6.) Lenins Beiträge beleuchteten die Verwandlung des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium in eine reaktionäre Struktur als Ganzes und in irreversibler Weise; die Wurzeln der Arbeiteraristokratie, die die Arbeiterbewegung in den herrschenden kapitalistischen Ländern befällt; die politischen Ergebnisse der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus; den Zusammenhang zwischen der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Ländern und den Kriegen; die Möglichkeiten, die sich aus den inneren Widersprüchen der imperialistischen Welt für die Arbeiterbewegung ergeben; die Bedeutung und die Grenzen der gegen den Imperialismus entwickelten nationalen Befreiungsbewegungen für den weltrevolutionären Prozess.

7.) Die Tatsache, dass der Imperialismus ein Weltsystem ist, das ausnahmslos alle Länder einschließt, bedeutet nicht, dass der Begriff "imperialistisches Land" für alle Elemente des Systems verwendet werden kann. Ein imperialistisches Land ist ein Land, das in einem hierarchischen Weltsystem im Endstadium der kapitalistischen Entwicklung die Fähigkeit hat, die

ökonomische, politische, militärische, ideologische und kulturelle Dynamik anderer konstituierender Länder der Struktur zu beeinflussen und zu steuern. Die Tendenz, solche Beziehungen herzustellen, ist nicht gleichzusetzen mit der Fähigkeit, solche Beziehungen konkret herzustellen. Es ist immer das zweite Kriterium, das für die Definition eines imperialistischen Landes gilt. Deshalb sollte die Frage, ob ein bestimmtes Land imperialistisch ist oder nicht, am Ende einer konkreten Analyse immer mit einer politischen Perspektive beantwortet werden.

8.) Der Imperialismus ist keine Tatsache, die nur auf der wirtschaftlichen Ebene beobachtet wird, sondern ein mehrdimensionales Weltsystem, das politische, ideologische, militärische und kulturelle Aspekte hat. Daher sollte die imperialistische Vorherrschaft und Dominanz nicht nur auf der ökonomischen Ebene analysiert werden, sondern auch unter Berücksichtigung ihrer politischen, ideologischen, militärischen und kulturellen Dimensionen. Um sich an die Spitze der imperialistischen Hierarchie zu setzen, reicht es nicht aus, gelegentliche Vorherrschaftsverhältnisse in einem oder mehreren dieser Bereiche zu etablieren. Auch das Potenzial, in all diesen Sphären ein Herrschaftsverhältnis zu etablieren, entscheidet nicht über die Hierarchie. Das liegt daran, dass die Materialisierung eines solchen Potenzials nicht nur Klassenkämpfe im Allgemeinen, sondern auch innere Widersprüche des Imperialismus beinhaltet und es für ein Land ein sehr komplexer und mehrdimensionaler Prozess ist, einen solchen Charakter in allen Sphären zu entwickeln. Um eine imperialistische Vorherrschaft zu erkennen, sollte in all diesen Sphären ein konkretes Verhältnis erkennbar sein. Ein solches Gebot schließt die Existenz von Beziehungen wechselseitiger Abhängigkeit und Vorherrschaft in verschiedenen Sphären und auf verschiedenen Ebenen zwischen den Ländern des Systems nicht aus. Solche Beziehungen machen ein Land nicht per se imperialistisch; aber sie sind dem Imperialismus als Weltsystem inhärent und stellen eine strukturelle Art der Artikulation zum System dar.

9.) Um die Funktionsweise des Imperialismus zu verstehen, ist es unerlässlich, die Beziehung zwischen den verschiedenen Ebenen zu analysieren. Das naturgemäß hohe Gewicht der ökonomischen Ebene sollte nicht dazu führen, dass man die dynamische Beziehung zwischen der ökonomischen Ebene und der politischen, ideologischen, militärischen und

kulturellen Ebene zerreißt. Das Problem entsteht in der Regel nicht durch das Weglassen einer Ebene, sondern durch das Versäumnis, korrekte Verbindungen zwischen den Ebenen herzustellen. Solange die ökonomische Ebene einer ausschließlich ökonomischen Analyse, die politische Ebene einer ausschließlich politischen Analyse oder die militärische Ebene einer ausschließlich militärischen Analyse unterworfen wird, ist es unvermeidlich, dass jede Sphäre zu einer anderen Interpretation des Imperialismus führt. Wesentlich ist hingegen, die Funktionsweise des Imperialismus auf all diesen Ebenen vollständig und integriert zu begreifen. Nur so ist es möglich, die Dynamik der imperialistischen Hierarchie zu analysieren.

10.) Unter Imperialismus versteht man die Tatsache, dass selbst die am weitesten entwickelten kapitalistischen Regionen Teilungs- und Neuaufteilungskmpfen unterworfen sind, und dass sie einer äußerst dynamischen Entwicklungslinie folgen, die von Klassenkämpfen bestimmt sind, aber auch von den politischen Aktionen der Staaten abhängen. Der Imperialismus kann nicht als Vorherrschaft der entwickelten kapitalistischen Länder über die unterentwickelten Länder aufgefasst werden. Außerdem kann der Imperialismus keineswegs als alleinige Beziehung oder Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie oder zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern betrachtet werden. Genauso wie an der Peripherie oder in den unterentwickelten Ländern hat der Imperialismus auch im Zentrum oder in den entwickelten Ländern eine transformierende Wirkung, und auch in diesen Ländern sind Klassenkämpfe ausschlaggebend für das Handeln. Der Imperialismus ist kein eindimensionaler, einseitiger wirtschaftlicher Prozess, der nur auf internationaler Ebene definiert und betrachtet werden kann, sondern eine mehrdimensionale Tatsache mit ideologischen, politischen und militärischen Aspekten, die das innere Gleichgewicht eines jeden Landes beeinflusst. Darüber hinaus wirkt sich jede Veränderung des inneren Gleichgewichts eines jeden Landes auf die Entwicklungen auf internationaler Ebene aus.

11.) Im Funktionieren des imperialistischen Systems hat die Konkurrenz zwischen den Ländern an der Spitze der Hierarchie eine entscheidende Bedeutung. Jene Analysen, die die Konflikte zwischen den Imperialisten vernachlässigen und annehmen, dass diese Länder als homogene Einheit um gemeinsame Interessen handeln, sind weit davon entfernt, die Verwerfungen

zu analysieren, die das System erlebt. Wenn man versucht, das System im Sinne von bilateralen Beziehungen zwischen dem Zentrum, welches die Umwälzungen durchführt und denjenigen Ländern, die sich dem Zentrum widersetzen, zu verstehen – wobei die Länder an der Spitze des imperialistischen Systems versuchen, die Ressourcen der Länder an der Basis zu beherrschen -, werden nicht nur die Widersprüche innerhalb der Länder im sogenannten Zentrum unterschätzt, sondern auch die Positionen der anderen Länder, die als Objekte betrachtet werden, im kapitalistischen Weltsystem ent-subjektiviert.

12.) Einseitige Abhängigkeitstheorien vereinfachen die inneren Hierarchien des imperialistischen Systems zu stark und führen zu falschen politischen Schlussfolgerungen, wie man an vielen Beispielen in der Vergangenheit und Gegenwart der kommunistischen Weltbewegung sieht. In einer Beziehung zwischen einem Land an der Spitze der imperialistischen Hierarchie und einem schwächeren Land ist der Nettotransfer von Geldern wahrscheinlich einseitig, und wir können von einer militärisch-politischen Vorherrschaft zugunsten des imperialistischen Landes sprechen; doch das macht weder die Bourgeoisie des schwächeren kapitalistischen Landes zu einem Opfer, noch macht es dieselbe Klasse zu einem potentiellen Verbündeten der Arbeiterklasse auf irgendeiner Ebene.

13.) Aus den Positionen in der imperialistischen Hierarchie lassen sich keine direkten Rückschlüsse auf die historischen Rollen der Länder ableiten. Die Tatsache, dass die Länder, die nicht an der Spitze der Hierarchie stehen, begrenzte Auswirkungen auf das System im Allgemeinen haben, macht ihre internationalen Aktionen nicht fortschrittlich. Was zählt, sind die Interessen der Arbeiterklasse, nicht die der Länder. Die Interessen eines Landes gewinnen nur dann an Bedeutung und Wichtigkeit, wenn sie mit den Interessen der Arbeiterklasse übereinstimmen.

14.) Die Hierarchie des Imperialismus ist von Natur aus eine dynamische Struktur, die dazu neigt, sich zu verändern. Eine Transformation in der Hierarchie führt nicht in allen Fällen zur Ablösung des hegemonialen Elements des Systems. Auch wenn eine Transformation in der Hierarchie, die so radikal ist, dass sie zum Erscheinen eines neuen hegemonialen Elements führt, zur Akkumulation revolutionärer Energie vor allem in den schwächeren Gliedern des Systems führen kann, deckt sich eine solche Transformation

nicht unbedingt mit den Interessen der Arbeiterklasse. Der Übergang von einer imperialistischen Hierarchie auf der Grundlage der britischen Hegemonie zur imperialistischen Hierarchie auf der Grundlage der US-Hegemonie ist ein Beispiel für eine solche Dichotomie.

15.) Die USA, der Anführer des Systems, führt den Imperialismus seit langem an; das bedeutet jedoch nicht, dass ihre Position dauerhaft ist. Theoretisch haben die Konkurrenz und die Widersprüche innerhalb des Systems das Potenzial, Transformationen in allen Instanzen der Hierarchie zu erzeugen, einschließlich an der Spitze. Die Funktionsweise des Systems lässt nicht zu, dass solche Transformationen spontan eine progressive Rolle einnehmen. Die Dynamik, die die US-Hegemonie erschüttert, löst nicht notwendigerweise eine Entwicklung zu Gunsten der globalen Interessen der Arbeiterklasse aus.

16.) Die Existenz bestimmter Länder, die die imperialistische Hierarchie herausfordern und Störungen im System erzeugen, führt nicht in allen Fällen zu günstigen Konsequenzen für den Kampf der Arbeiterklasse. Der kapitalistische Charakter dieser Länder, die im Rahmen des Systems handeln, sollte niemals vergessen werden. Der Fokus sollte auf die störenden Auswirkungen der Konflikte gelegt werden, die sich aus der Natur des Systems ergeben, und auf die Krisendynamik, die sich aus den Herausforderungen an die Hierarchie und ihren Auswirkungen auf die Klassenkämpfe ergibt. Das ist es, was die Geschichte voranbringen wird.

17.) Die Tendenz, in der imperialistischen Hierarchie aufzusteigen und damit zu einer imperialistischen Macht zu werden, ist dem System inhärent. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und, damit verbunden, die politische und militärische Dynamik zwingen theoretisch jedes Land, sich in der Hierarchie zu bewegen. Die Tendenz, eine imperialistische Macht zu werden, ist eine der Quellen der Dynamik von Widersprüchen und Krisen im System. Als konkretes Ergebnis einer solchen Tendenz nehmen auch Länder, die nicht an der Spitze der Hierarchie stehen, regionale oder konjunkturelle imperialistische Rollen innerhalb des Systems ein. Man sollte nie vergessen, dass solche Rollen, die manchmal zu Spannungen und Reibungen in der imperialistischen Hierarchie führen, als Werkzeug fungieren können, um den Weg für imperialistische Ziele zu ebnen, und dass eben dieselben Ziele verschiedene Länder ermutigen können, solche Rollen zu übernehmen.

18.) Man ist gut beraten, Analysen zu vermeiden, die zwar die Charakteristika des Imperialismus als ein die ganze Welt durchdringendes System und die von jedem Land in einer bestimmten Phase des Kapitalismus übernommenen imperialistischen Rollen betonen, aber die imperialistische Hierarchie selbst trivialisieren. Das Phänomen der imperialistischen Hegemonie als grundlegendes Element der imperialistischen Hierarchie sollte nicht unterbewertet und die Verflechtung zwischen antiimperialistischen Kämpfen und sozialistischer Revolution nicht geschwächt werden.

19.) Die Umwandlung des Kapitalismus in den Imperialismus bedeutet, dass er eine fortgeschrittene Form erreicht hat, zusammen mit all seinen internen Konflikten und Krisendynamiken. Es ist klar, dass es eine nicht-lineare Beziehung zwischen den Transformationsprozessen innerhalb der imperialistischen Hierarchie und den kapitalistischen Krisen gibt, die immer komplizierter und internationalisierter werden. Das entscheidende Bindeglied, das den kapitalistischen Krisen eine kompliziertere und internationalere Dimension verleiht, ist die Entstehung der Kapitalisierung und Internationalisierung, die mit dem Imperialismus ihren Höhepunkt erreicht hat. Fiktives Kapital ist nicht einzigartig für den Imperialismus, aber das massenhafte Fiktivwerden von Kapital ist einzigartig für den Imperialismus. Fiktives Kapital ist nicht einzigartig für den Imperialismus; jedoch ist die massenhafte Kapitalfiktion einzigartig für den Imperialismus. Im Stadium des Imperialismus ist die Finanzierung nicht einfach die Verwaltung des Systems mit einer Vielzahl von Finanzinstrumenten; viel entscheidender ist die Fähigkeit des Monopolkapitals, den Reichtum zu verwalten, der nicht in seinem eigenen Besitz ist. So wird nicht nur die Hierarchie des Kapitalakkumulationsprozesses verfestigt und brachliegendes Vermögen in den Akkumulationsprozess einbezogen, sondern auch die Kontrolle über den gesellschaftlichen Reichtum durch eine Vielzahl von Finanzinstrumenten sichergestellt. Im Stadium des Imperialismus geht die Vertiefung des Kapitalismus immer mit der Zunahme der Fragilität einher. Die Linie der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder, die später in das System eingegliedert werden, oder der Länder, die im System allmählich erstarken, folgt ebenfalls einem parallelen Verlauf. Unser Zeitalter ist ein Zeitalter der großen Krisen und auch ein Zeitalter der komplizierten und mehrdimensionalen Werkzeuge, die zur Überwindung solcher Krisen entwickelt werden. Der Reifegrad des Kapitalismus sollte nicht zu der

Vorstellung führen, dass der Kapitalismus frei von Krisen ist oder dass er eine Struktur erreicht hat, die in der Lage ist, alle diese Krisen zu überwinden. Nichtsdestotrotz wird der Kapitalismus nicht durch Krisen zerstört, sondern durch die Arbeiterklasse, die unter der Führung ihrer Partei die Krisen ausnutzen und dem System den finalen Schlag versetzen wird.

20.) Eine notwendige Folge der krisenerzeugenden Struktur des Imperialismus, der sich nie von den Krisenzyklen befreien kann, ist eine permanente Kriegsgefahr. Das Ausmaß bzw. die Intensität der Kriege hängt mit dem Niveau der Widersprüche innerhalb des imperialistischen Systems zusammen. Krieg ist nicht der einzige Weg zur Vernichtung des entwerteten Kapitals und nicht jede Krise innerhalb des imperialistischen Systems führt notwendigerweise zu einem Krieg. Im gegenwärtigen Stadium des Kapitalismus verschwindet die Kriegsgefahr jedoch nie; der Imperialismus schließt die Option eines dauerhaften Friedens strukturell aus.

21.) Im imperialistischen System bilden die wirtschaftlichen Interessen und die politischen und militärischen Interessen eines Landes eine Totalität. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass die Verbindungen zwischen diesen Interessen schwach sind; es ist aber auch ein Irrtum zu behaupten, dass eines dieser Interessen die anderen auf unmittelbare und direkte Weise bestimmt. Zum Beispiel können Kriege oder Konflikte nicht als unabhängig von den wirtschaftlichen Interessen der Länder betrachtet werden; sie sind aber auch nicht unmittelbare Ergebnisse derselben wirtschaftlichen Interessen. Die Verbindung zwischen dem Politischen, dem Militärischen und dem Ökonomischen sollte in Übereinstimmung mit der Logik der allgemeinen Funktionsweise des Kapitalismus gefasst werden. Der Imperialismus ist keine Arena des Kampfes zwischen Staaten, die durch systeminterne Konflikte und Konkurrenz bestimmt wird. Das Ausbeutungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit auf nationaler und internationaler Ebene sollte niemals ignoriert werden. Daher sollte die Klassenidentität und -zugehörigkeit des betreffenden Staates in den Mittelpunkt der Analyse gestellt werden.

22.) Der Imperialismus funktioniert heute immer noch durch ein Modell, in dem die Nationalstaaten in einer hierarchischen Struktur miteinander verflochten sind. Die Änderung der Formen der Einbindung der Nationalstaaten in das System, die Beschneidung oder Schwächung der internen Entscheidungsprozesse der Länder zugunsten der Interessen des

internationalen Kapitals und sogar die Abschaffung solcher Mechanismen in bestimmten Fällen in Folge der Auflösung der Sowjetunion bedeuten nicht, dass der Imperialismus keine Nationalstaaten braucht. Es besteht eine unauflösbare Spannung zwischen den Tatsachen, dass das Kapital einerseits die Nationalstaaten für seine eigenen Interessen braucht und andererseits seine internationalen Interessen im Widerspruch zu den nationalstaatlichen Mechanismen stehen. Diese Spannung ist ein Indikator für die politische Krise des Imperialismus. Der schnelle Verlauf der Europäischen Union als Integrationsprojekt in Richtung ihres Scheiterns ist eines der besten Beispiele für diese Tatsache.

23.) Im Zeitalter des Imperialismus ist der Klassenkampf die Hauptdynamik, die die Geschichte vorantreibt. Die Verengung dieses Kampfes auf einen zwischenstaatlichen Konflikt oder Wettbewerb verschleiert den grundlegenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, den Widerspruch, dessen Lösung das Schicksal der Menschheit verändern wird. Eine solche Modellierung des Kampfes maskiert den Faktor Arbeiterklasse mit einer Art Kategorie der "Unterdrückten", die ein Bild von Nation oder Volk voraussetzt. Außerdem ist es falsch zu behaupten, dass Monopole und kapitalistische Klassen keine nationalen Identitäten besäßen. Nationalstaaten, die den Interessen der großen Monopole dienen, übernehmen die Rolle, die Hindernisse für das Kapital im nationalen und internationalen Maßstab aus dem Weg zu räumen, was in der Funktionslogik des Imperialismus liegt. Anstelle einer einzigen globalen Einheit brauchen die herrschenden Klassen eine geteilte Welt; so können sie mit Hilfe dieses oder jenes Staates gegen die Errungenschaften des Proletariats konkurrieren und die Kapitalakkumulation sichern. Die Annahme, das Kapital sei völlig multinational geworden, ist ein versteckter Versuch, den Imperialismus als System zu verschleiern.

24.) Die Krise des Imperialismus, die ökonomische, ideologische und politische Aspekte hat, erfordert eine Veränderung seiner gegenwärtigen Struktur und seines Mechanismus. Jede Krise des Kapitalismus bietet dem System eine Chance zur Umstrukturierung. Ob die sich immer weiter vertiefende Krise des Imperialismus zu einer Umstrukturierung führen wird, die das System für eine Weile entlastet, oder zu einem Aufbruch, der die Krise weiter vertieft, hängt nicht nur von den Positionen der Akteure des Systems und den Strategien des internationalen Kapitals ab, sondern auch von den

Interventionen der Arbeiterklasse und der kommunistischen Bewegung von außerhalb des Systems.

25.) Die Wirtschaftskrise des imperialistisch-kapitalistischen Systems erreichte in der Krise von 2007-2008 ihren Höhepunkt und wurde sichtbar. Diese Krise war nicht zufällig oder eine Folge von Fehlentscheidungen einiger der Akteure des Systems. Das System selbst generiert solche Krisen von Natur aus. Der Kapitalismus kann niemals radikale Lösungen für die Probleme der Überproduktion, des Rückgangs der Profitrate und der Schrumpfung des Kapitalakkumulationsprozesses finden.

26.) Die ideologische Krise des Imperialismus zeigt sich darin, dass er keine Ideen liefert, die die Massen für einige Zeit motivieren und inspirieren. Der Kapitalismus besiegte den Sozialismus vor allem auf dem Gebiet des ideologischen Kampfes und erklärte das Ende der Geschichte, die mit den Mitteln des Klassenkampfes geschrieben wurde. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus behauptete der Kapitalismus seine Dominanz über Begriffe wie Freiheit und Demokratie und konnte die Menschen mit Diskursen über Globalisierung und Integration lenken. Und doch hat der Kapitalismus auf dem Gebiet des ideologischen Kampfes an Boden verloren.

27.) Im Zusammenhang mit den ökonomischen und ideologischen Problemen hat der Imperialismus ein ernsthaftes politisches Regierungsproblem bekommen. Der Mechanismus, in dem die USA als ultimativer Entscheidungsträger agieren, funktionierte in mehreren Fällen nicht. Obwohl sich die Position der USA in der imperialistischen Hierarchie nicht geändert hat, wird die Existenz von bedrohlichen Akteuren in der gegebenen Phase von allen anerkannt. Was die Position der USA vorerst sichert, ist die Unfähigkeit anderer Akteure wie der Volksrepublik China und Russlands, auf wirtschaftlichem, politischem, militärischem und kulturellem Gebiet ganzheitlich und konsequent selbstbewusst aufzutreten. Allerdings sind die USA in all diesen Bereichen teilweise bedroht. Darüber hinaus geraten die USA in eine sich vertiefende Konkurrenz zu anderen europäischen Staaten in ihrem Bündnissystem, wie z.B. Deutschland.

28.) Die Ereignisse vor und nach den US-Präsidentenwahlen müssen als Indikator und Ergebnis der tiefen Krise, die das kapitalistische Weltssystem durchläuft, und als Entwicklungen, die die Krise vertiefen, betrachtet werden.

Die mangelnde Fähigkeit des US-Kapitalismus, unterschiedliche ökonomische Tendenzen auf nationaler und internationaler Ebene als geschlossener Block zu lösen, und die durch unterschiedliche Tendenzen des Kapitals verursachte Depression verursachen politische Konsequenzen. Darüber hinaus ist der Niedergang der US-Hegemonie über die Mechanismen der Ideologiebildung des Kapitalismus sowohl in der US-Innenpolitik als auch in der internationalen Politik zu beobachten. So sind die militärische Überlegenheit der USA und ihr traditionelles politisches Gewicht in der imperialistischen Hierarchie unzureichend, um die tiefe Krise zu bewältigen, die das politische System der USA durchmacht.

29.) Der Rückgang der ordnenden und manipulierenden Rolle der USA innerhalb der imperialistisch-kapitalistischen Hierarchie hat die strukturellen Probleme der Europäischen Union verschärft. Auch die sich verstärkenden Eingriffe der Russischen Föderation und der Volksrepublik China in das System hatten erhebliche Auswirkungen auf die europäische Ebene und beschleunigten den Auflösungsprozess der Europäischen Union. In diesem Auflösungsprozess nimmt mit dem Zerfall Großbritanniens, das von Anfang an eine Sonderstellung im Integrationsschema hatte, das Gewicht Deutschlands auf dem alten Kontinent unweigerlich zu. Diese Gewichtszunahme verschärft die Konflikte zwischen den imperialistischen Mächten und führt zu einer Umstrukturierung der Abhängigkeitsverhältnisse auf europäischer Ebene und für die Länder, die sich im Einflussbereich Europas befinden. Dieser Prozess, der die Reibungen und Spannungen zwischen den zentralen Nationen Europas und insbesondere zwischen den USA und Deutschland verstärkt, wird durch die Interventionen der Russischen Föderation weiter ausdifferenziert. Die Krise in Europa, die ein historisches Moment im Verlauf des Klassenkampfes ist, ist der Vorbote, der zeigt, dass sich das bestehende Gleichgewicht ändern muss und ändern wird.

30.) Die Probleme aufgrund von Akteuren, vor allem Russland und der Volksrepublik China, die das Manövriertfeld der USA innerhalb des internationalen Systems einengen, hängen mit der multidimensionalen Krise des Imperialismus zusammen. Das Integrationsmodell und der hierarchische Mechanismus, die nach dem Zusammenbruch des Sozialismus entwickelt wurden, haben sich zwar in relativ kleineren Ländern bewährt, sind aber unzureichend für die Sicherung der Positionen Russlands, das als Erbe des

zentralen Landes des Realsozialismus gilt, und der Volksrepublik China, die zu einer großen Wirtschaftsmacht geworden ist, innerhalb des Systems. Verbunden mit dem systematischen Streben Russlands und der Volksrepublik China auf dem internationalen Parkett versagten die bestehenden Mechanismen des Imperialismus und das Gleichgewicht wurde durcheinander gebracht.

31.) Wenngleich die Frage, ob Russland und die Volksrepublik China als imperialistische Länder betrachtet werden müssen, von einer ganzheitlichen Analyse wirtschaftlicher, militärischer und kultureller Zusammenhänge abhängt, so ist sie doch letztlich eine politische Frage. Die Position, die beide Länder innerhalb des imperialistischen Systems einnehmen, macht es schwierig, diese Länder bei der Definition der imperialistischen Länder außen vor zu lassen. Außerdem ändern die Instabilitäten der russischen Wirtschaft und die Schwächen in der Finanzstruktur Russlands und Chinas nichts am imperialistischen Charakter beider Länder. Entscheidend ist die Tatsache, dass der Imperialismus eine hierarchische Weltordnung ist und jeder Akteur innerhalb dieses Systems nicht ohne Berücksichtigung der grundlegenden Merkmale des Systems betrachtet werden kann. Obwohl die Russische Föderation und die Volksrepublik China im Vergleich zu den dominierenden imperialistischen Ländern erhebliche Schwächen aufweisen, sind beide imperialistische Länder, deren Interventionskapazitäten mit ihrem beträchtlichen Wirtschaftspotenzial, mächtigen Monopolen, fortgeschrittenen militärischen Potenzialen und langjährigen politischen und diplomatischen Traditionen immer größer werden. Die störende oder ausgleichende Position beider Länder gegenüber den internationalen Interventionen der dominierenden imperialistischen Länder, hauptsächlich der USA, hat ihren Ursprung in dieser Tatsache. Abgesehen davon verschafft eine solche Position der internationalistischen Arbeiterbewegung etwas Zeit, um sich um eine unabhängige Kampfrichtung herum zu organisieren. Ob Russland und China in der gegenwärtigen Situation als imperialistische Länder betrachtet werden können, hängt von den politischen Bedürfnissen und Aufgaben der Kommunisten ab. Die bisherige terminologische Präzision, mit der die Kommunistische Partei der Türkei (TKP) den Begriff "imperialistisches Land" für die USA und die prominenten EU-Länder, die immer noch die gefährlichsten und aggressivsten sind, verwendet, lässt sich nicht unbegrenzt halten.

32.) Russland ist Teil des imperialistisch-kapitalistischen Systems. Daher sollten die Probleme, Rivalitäten und Konflikte zwischen Russland und den übrigen Ländern innerhalb dieses Systems als interne Probleme und Widersprüche des Systems analysiert werden. Die störende Position, die Russland gegenwärtig innerhalb des Systems einnimmt, rührt nicht daher, dass Russland zu einem Akteur des Widerstands gegen das imperialistische System geworden ist, sondern von den Problemen und neuen Widersprüchen her, mit denen Russland bei seiner Integration in die Weltordnung in der postsowjetischen Ära konfrontiert ist.

33.) Unter den Faktoren, die die Position Russlands innerhalb des Systems bestimmen, überwiegen die politischen, militärischen und kulturellen Faktoren gegenüber den wirtschaftlichen, und Russland scheint in Bezug auf die wirtschaftlichen Indikatoren immer noch schwächer zu sein, um an der Spitze der imperialistischen Hierarchie zu stehen. Russland hat jedoch enorme Möglichkeiten für politische und militärische Manöver, um das interne Gleichgewicht des imperialistischen Systems zu untergraben, basierend auf Faktoren wie seiner geographischen Ausdehnung, seiner physischen Infrastruktur, insbesondere seiner industriellen Produktion, seinen reichen natürlichen Ressourcen und seinen ausgebildeten Arbeitskräften. Außerdem wirken sich die politischen, militärischen und ideologischen Vorteile Russlands positiv auf seine wirtschaftlichen Bedingungen aus. Die historisch gewachsene politische und kulturelle Position Russlands in den Augen der Nachbarländer erleichtert die imperialistische Vision Russlands. Putins Russland zögert nicht, das Erbe Sowjetrusslands zu missbrauchen, indem es dieses vom Sozialismus trennt, um das gleiche Ziel zu erreichen.

34.) Die Wirtschaft Russlands zeigt charakteristische Merkmale einer verspäteten Verflechtung mit dem kapitalistischen Weltsystem. Eine mächtige kapitalistische Klasse entstand in Russland durch die Ausplünderung des Reichtums, der während der gesamten sozialistischen Periode für die gesellschaftlichen Bedürfnisse geschaffen worden war, mittels eines Modells wie der ursprünglichen Kapitalakkumulation. Nach dieser immensen Privatisierungswelle bedeutete die Vermehrung des Staatseigentums durch Verstaatlichung niemals eine Zurückdrängung oder Einschränkung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Es sollte kein Zweifel an den kapitalistischen Eigenschaften der russischen Wirtschaft bestehen. Die

Zunahme der Rolle des Staates in der Wirtschaft mit der Herrschaft Putins in den 2000er Jahren resultierte nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern ermöglichte auch eine Umstrukturierung des Kapitals aus politischen und ideologischen Gründen im Einklang mit dem neuen nationalen und internationalen Weg Russlands. Während die Rolle des Staatseigentums zunahm, wurden einige Fraktionen der Oligarchen entmachtet und andere um Putins Herrschaft konsolidiert. Die Ressourcen, die durch den unkontrollierten und schwer vorhersehbaren Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise zusammenkamen, stärkten Putins Herrschaft. Hinzu kommt, dass das Staatseigentum vor allem im Energiesektor in Russland von den internationalen Monopolen bevorzugt wurde, da sie es im Vergleich zur instabilen Struktur Russlands in den 1990er Jahren als sichernden und regulierenden Faktor schätzten.

35.) Die russische Wirtschaft hat die Fähigkeit zum Durchbruch, sofern sie ihre Beschränkungen der Kapitalakkumulation überwindet, mit ihrer aus der Sowjetunion übernommenen industriellen Infrastruktur, ihrem Selbstversorgungsgrad in Bezug auf ihre Grundindustrien zusammen mit ihrem Reichtum an natürlichen Ressourcen sowie ihrer führenden Position im Export von Petrochemie und ihrer vorteilhaften Position in den Hochtechnologiesektoren in Bezug auf ihre fortschrittliche Industrie in den Bereichen Verteidigung, Luftfahrt und Raumfahrt. Daher kann die russische Wirtschaft nicht mit einem vereinfachten Wirtschaftsmodell erfasst werden, das auf dem Export natürlicher Ressourcen und insbesondere auf dem Export von Energie basiert.

36.) Mit seiner strategischen Position inmitten der wichtigsten Energieressourcen der Weltwirtschaft, seinem natürlichen Reichtum und seiner Wirtschaftsstruktur hat Russland das Potenzial, seinen regionalen Einfluss in eine globale wirtschaftliche und politische Macht zu verwandeln. Dieses Potenzial Russlands macht es notwendig, den störenden Einfluss Russlands auf das bestehende Gleichgewicht innerhalb des imperialistischen Systems nicht als eine zeitliche, sondern als eine strukturelle Tatsache zu betrachten.

37.) Es gibt eine schwache Arbeiterbewegung in Russland, trotz der entwickelten industriellen Infrastruktur und der gut ausgebildeten und urbanisierten Arbeiterklasse des Landes. Die Liquidation von organisierten

Gewerkschaften aus der Sowjetunion im Zuge der Restauration des Kapitalismus hat die Bewegung der Arbeiterklasse nachhaltig geschädigt. Putins Herrschaft schafft auch systematisch politische, rechtliche und wirtschaftliche Hindernisse gegen die Organisation der Arbeiterklasse, so dass der allgemeine Organisationsgrad in der Arbeiterklasse weiter sinkt und Organisationen, die eine Alternative zu den staatlich kontrollierten Gewerkschaften darstellen, sich nur langsam entwickeln. Die generelle Krise der Gewerkschaftsbewegung lässt sich in Russland deutlich beobachten. Die Arbeiterklasse in Russland, die auf die wirtschaftlichen Entwicklungen reagierte und in einigen Fällen Gewinne erzielte, ist nicht so mächtig, um sich als politische Klasse zu behaupten. Außerdem ist der Teil der Arbeiterschaft außerhalb der Industriearbeiter eher inaktiv und unorganisiert.

38.) Die politische Arena in Russland steht unter dem Einfluss des Phänomens, das als Putinismus bekannt wurde. Die bürgerliche Opposition in Russland wird zu einem großen Teil von Putin selbst bestimmt. Wenn der allgemeine Konsens in Russland über Putins Außenpolitik mit Putins Geschick, diesen Einfluss in der Innenpolitik zu nutzen, gekoppelt wird, wird das Manövrierfeld der bürgerlichen Opposition in Russland enger. Die liberale und pro-westliche Opposition, die Putins außenpolitische Schritte aus einer pro-imperialistischen Perspektive heraus ablehnt, hat weder gesellschaftliche Unterstützung noch politischen Einfluss. Der Liberalismus hat keine Chance, eine Kongruenz mit den Industriearbeitern herzustellen, die in Russland eine große Autorität haben. Putins Partei "Einiges Russland" konsolidiert ein gewisses Maß an Unterstützung und sogar organisiertes Handeln unter der Arbeiterklasse, insbesondere in Bezug auf die Außenpolitik. Die Tatsache, dass das Eigentum in Russland, wo die Dominanz des staatlichen Sektors für eine beträchtliche Zeit fortbestehen wird, nicht den Besitzer wechseln wird, bietet die objektiven Bedingungen für die Kontinuität dieser Unterstützung. Die Arbeiterbevölkerung ist einem eklektischen Diskurs aus Nationalismus, religiöser Politik, Liberalismus und Konsumismus ausgesetzt. Putins Herrschaft nimmt sogar gezielt Bezug auf die 74 Jahre Geschichte, ohne die sozialistische Vergangenheit zu erwähnen. Man bedient sich bewusst und systematisch eines Bildes der vom Sozialismus gereinigten Sowjetunion und nutzt es, um das Erbe des Sozialismus auszulöschen.

39.) Russland hat eine einmalige außenpolitische Tradition geerbt, die in der sozialistischen Periode begründet wurde, das mächtige und siegreiche Erbe der Roten Armee, die fortschrittliche Infrastruktur der Sowjetunion und gut ausgebildete Arbeitskräfte, die in der sozialistischen Periode geschult wurden; und es ist ein Land mit immensen geographischen Gegebenheiten, Energieressourcen und wirtschaftlichem Potential. Obwohl Russland nach der Auflösung des Sozialismus den kapitalistischen Weg einschlug, wurde es nicht in ein Land verwandelt, das sich vollständig den Spielregeln und dem vom dominierenden imperialistischen Land USA bestimmten Paradigma unterordnete und sich bedingungslos an die bestehende Hierarchie des internationalen kapitalistischen Systems hielt. Dieser Integrationsplan war in Russland nicht anwendbar, und das war einer der Gründe, warum die unterwürfige Politik der Jelzin-Periode aufgrund von Wirtschafts- und Verwaltungskrisen in eine Sackgasse geriet. Während der Auflösung der UdSSR hat ein objektiver Widerspruch, der sich durch das historische Erbe des Sozialismus und der sozialen Struktur geltend gemacht hat und das liberale Ausplünderungsprogramm bis zu einem gewissen Grad behindert, obwohl sich die Politiker dieses Landes ihm auf eine ziemlich unehrenhafte Weise unterworfen haben. Es sollte jedoch daran erinnert werden, dass der unveränderliche Wunsch Russlands während der Zeit der kapitalistischen Restauration die Integration in das imperialistische System war und es seit 1991 keine Unterbrechung und keinen Bruch gab. Auch wenn es Zwischenspiele gab, als die Restauration in Schwierigkeiten geriet und politische Entscheidungen revidiert werden mussten, strebte die russische Administration prinzipiell immer nach Integration. Russland verlangt eine Position innerhalb des Systems, die seinen Bedingungen entspricht.

40.) Wie in den Fällen Ukraine und Georgien zu sehen ist, handelt Russland mit fester Entschlossenheit, um auf soziale, politische und wirtschaftliche Veränderungsversuche und Provokationen in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu reagieren, wobei die baltischen Länder, die seine eigenen Interessen bedrohen können, außen vor bleiben. Während Russland in die von den USA gewünschte Integration dieser Länder in das imperialistische System eingreift, zeigen Putin und die russische Bourgeoisie den festen Willen, Russlands militärische Teilerfolge sowohl in der Ukraine als auch in Georgien zum Teil auch auf dem Gebiet der Diplomatie zu stärken.

41.) Die militärische Intervention Russlands in Syrien erfolgte unter Ausnutzung des Zustands, den die USA in Syrien nie durchbrechen konnten und zwar des ISIS-Faktors, des Widerstands in Syrien und der Aufrechterhaltung der Herrschaft von Assad. Russland unternahm den Schritt, der seinen internationalen Einfluss durch eine militärische Intervention in einem Land erhöhen würde, das nicht an Russland grenzt, in dem es keine russischstämmigen Volksgruppen gibt und das dennoch ein alter Verbündeter aus der Sowjetzeit ist. Russland, das zum ersten Mal nach der UdSSR-Zeit eine so aktive Rolle in der Region des Nahen Ostens übernahm, vertiefte die internen Konflikte der imperialistischen Welt, indem es die absolute Kontrolle der USA in einem Land verhinderte und Russland die einzige Militärbasis im Nahen Osten besitzt.

42.) Die russische Intervention in Syrien sollte im Rahmen einer zweidimensionalen Analyse bewertet werden. Die Konflikte in Syrien begannen als die letzte Phase der umfassenden Intervention der USA und ihrer Verbündeten in der Region. Diese Intervention kann als eine universelle Verschwörung der wichtigen regionalen Akteure Saudi-Arabien, Türkei und Israel sowie anderer reaktionärer arabischer Regime betrachtet werden. Da die Verschwörerparteien nach bestimmten strategischen Plänen und ihren gegenseitigen Interessen handelten, geriet die Operation in Syrien nicht nur in eine Sackgasse, sondern die verheerende Wirkung der Operation verstärkte sich in vollem Umfang. In dieser Hinsicht verwandelte sich die Operation in Syrien, die als Teil des Versuchs der USA und ihrer Verbündeten betrachtet werden kann mit dem Ziel, einige Länder zu zerstören oder zu spalten, die durch die Merkmale der Sowjetzeit eine relative Autonomie und Handlungsfreiheit erlangt haben – in ein Gebiet des Konflikts und der Rivalität, sobald die Operation begann. Obwohl diese beiden Dynamiken nicht voneinander zu trennen sind, sind sie nicht ein und dieselbe Sache. Jugoslawien war das erste und typischste Beispiel für die Integration einiger Länder in das System und die Befreiung der Kapitalströme mit einem fortgeschritteneren Artikulationsmodell durch die Hand des internationalen Kapitals. Obwohl die Intervention in Jugoslawien eine heftige Rivalität zwischen Deutschland und den USA auslöste und den Aspekt der Belagerung Russlands hatte, das noch an der Schwelle zur kapitalistischen Transformation stand, sollte sie im Wesentlichen als kollektive Eroberungsoperation der internationalen Monopole betrachtet werden.

43.) Die Mobilisierung der reaktionären fundamentalistischen Banden der Region in Syrien hat einen konterrevolutionären Charakter. Die Intensität der ethnischen und konfessionellen Massaker sollte nicht über das Ziel der Operationen hinwegtäuschen, alles fortschrittliche Erbe und die öffentliche Kultur zu beseitigen und alle Errungenschaften der Arbeiterklassen zu vernichten. Die Kommunisten der Region befanden sich unter diesen schwierigen Umständen in einer komplizierten Situation. Eine der Parteien, die de facto während des Krieges entstanden ist, ist eindeutig ein Feind der Kommunisten, nicht nur, weil sie darauf abzielte, Syrien zu spalten und es zu einem Ziel der imperialistischen Ausplünderung zu machen, sondern auch, weil sie darauf abzielte, dem bereits geschwächten progressiven Erbe einen tödlichen Schlag zu versetzen. Obwohl es keinen Zweifel an der Klassenposition des Assad-Regimes gibt, können Kommunisten niemals auf gleicher Distanz zu den kriegführenden Fraktionen in Syrien stehen. Was in Syrien geschah, war eine völlig imperialistische und reaktionäre Intervention, und von den Kommunisten kann niemals eine andere Strategie erwartet werden, als eine Initiative zu ergreifen, um diese Intervention zurückzuschlagen und diesen Prozess in einen Vorteil für die Stärkung der unabhängigen Richtung der Arbeiterklasse zu verwandeln und das System der Ausbeutung zu stürzen. In Anbetracht der bestehenden Kräfteverhältnisse wird die Beendigung dieser Intervention definitiv ein Gewinn für den weltrevolutionären Prozess und die Arbeiterklasse der Region sein. Dies als dauerhafte Position aufrechtzuerhalten, hängt von der revolutionären Positionierung der kommunistischen Bewegung ab.

44.) Bei seiner Intervention im Syrien-Krieg bediente sich Russland der Legitimation, auf eine imperialistische Intervention und die Massaker konterrevolutionärer und islamistischer Banden "zu antworten". Diese Motive Russlands haben jedoch keine andere Bedeutung als die Wahrung der wirtschaftlichen und politischen Vorteile Moskaus bei seiner Intervention in Syrien. Die ideologischen und klassenbedingten Merkmale von Putins Herrschaft sind in keiner Weise mit dem Schutz des Wohlergehens der Völker Syriens oder einem ethischen Verhalten in der internationalen Politik kompatibel. Daher kann man sagen, dass Russland eine rationale Entscheidung getroffen hat, um seine eigenen Interessen zu schützen und eine neue Position in dem sich verschärfenden Konflikt mit dem von den USA angeführten imperialistischen Block zu erlangen.

45.) Russland zeigt bei seiner Intervention in Syrien eindeutig imperialistische Motive. Putins Herrschaft folgt einer fein abgestimmten Politik, um Syrien sowohl auf militärischem als auch auf diplomatischem Gebiet an Russland zu binden, und setzt Assad in einigen Fragen unter Druck. Besonders auffällig ist, dass einige Verfassungsänderungen bezüglich der Liberalisierung der Wirtschaft des Landes zu diesen Zumutungen gehören. Schließlich nutzt Russland Syrien als Mittel, um eine gewisse Übereinkunft mit den USA zu erzielen. In dieser Hinsicht sollte die Syrien-Politik Russlands nicht nur als Hegemoniekampf zwischen Russland und den USA betrachtet werden, sondern auch als Zeichen dafür, dass Russland sich keiner wirtschaftlichen und politischen Belagerung durch die USA und andere imperialistische Länder, die sich gegen Russland richten, unterwerfen wird. Diese vorsichtige Haltung Russlands ist jedoch den aktuellen Bedingungen angemessen.

46.) Ein weiteres Feld, auf dem Russland seine politischen Ansprüche verwirklichen kann, ist Lateinamerika, eine Geografie, in der Russland sehr nahe an die USA heranrücken konnte und seinen Rivalen beweisen konnte, dass es nach wie vor eine effektive interkontinentale Einflusspolitik betreiben kann. Der Einfluss Russlands in Lateinamerika ist durch die intensiven diplomatischen Bemühungen der letzten zwei Jahre weitgehend konkret geworden. Allerdings ist Russland nicht in der Lage, mit der Volksrepublik China in Lateinamerika in Bezug auf wirtschaftliche Investitionen zu konkurrieren. Obwohl Russland einige Märkte an die Volksrepublik China verloren hat, verkauft Russland in erster Linie Kriegstechnologie an die lateinamerikanischen Länder, vor allem an Venezuela, Peru, Nicaragua, Kuba und Brasilien. Russland ist auch bestrebt, mit den lateinamerikanischen Ländern Abkommen über Militärbasen zu schließen. Es ist aber auch zu erwarten, dass die jüngsten politischen Entwicklungen und die Verschärfung der rechtsgerichteten Ideologie auf dem lateinamerikanischen Kontinent Auswirkungen auf den Einfluss Russlands auf dem Kontinent haben werden. Die Reaktion der lateinamerikanischen Bevölkerung auf diese Verschärfung der rechten Ideologie wird entscheidend sein, trotz aller Bemühungen Russlands und der Volksrepublik China. Sollten die von den USA unterstützten Provokationen und rechtsgerichteten Kräfte auf dem Kontinent weiterhin Erfolge erzielen, würden die USA wieder wichtige Positionen erlangen, obwohl sie nicht in der Lage wären, zu alten Zeiten zurückzukehren.

47.) Die Russische Föderation hat ihre Fähigkeit, sich in die inneren Gleichgewichte der USA einzumischen, bei den letzten US-Präsidentschaftswahlen bewiesen, indem sie einen der beiden Kandidaten offen unterstützte und bei der Wahl eines von ihnen half. Diese Intervention, die ein Produkt der imperialistischen Rivalität ist, verdient Aufmerksamkeit, da sie den Platz Russlands innerhalb der imperialistischen Hierarchie demonstriert.

48.) Unter den Bedingungen der politischen Krise, in der das internationale kapitalistische System nicht in der Lage ist, ein neues Regierungssystem für das 21. Jahrhundert zu konzipieren, und das alte dysfunktional geworden ist, nutzt Russland die Lücken der Krise, um seine Einflusszone zu erweitern. Allerdings ist Russland nicht in der Lage, eine imperialistische Rolle wie die der USA zu übernehmen. Die Tatsache, dass Russland keine imperialistische Rolle übernimmt und sich auf das prinzipielle, rationale, konsequente und friedliche außenpolitische Erbe der Sowjetunion beruft, schafft die Illusion eines dritten Weges in einer Welt ohne sozialistisches Lager. Die strategischen Schachzüge Russlands verengen in einigen Fällen das Manöverfeld des Imperialismus, was die oben erwähnte Illusion verstärkt und die Popularität von Putins Russland unter der kommunistischen Weltbewegung und der Weltlinken erhöht. Als ein Akteur innerhalb des Systems, der eine unbestreitbare kapitalistische Qualität hat, hat Russland weder die Glaubwürdigkeit, die Arbeiterklasse in irgendeinem Teil der Welt zu vertreten, noch ein Verbündeter von ihr zu sein.

49.) Russland ist aufgrund seiner Konkurrenz zu den USA verpflichtet, sich an die unterdrückten Völker der Welt zu wenden. Russland, das danach strebt, die Stimme der Unterdrückten gegen die Werte zu sein, die von den USA als dem Land an der Spitze der imperialistischen Hierarchie vertreten werden, kann aufgrund seiner Stellung innerhalb des imperialistischen Systems keine ideologische Konsistenz haben. Russland nimmt im Laufe der Zeit taktische Positionen ein. Obwohl Russland keine ideologische Konsistenz in seinem Diskurs grundsätzlich gegen die USA hat, verstärkt ein solcher Diskurs die Verwirrung der Weltlinken und der progressiven öffentlichen Meinung über Russland. Die Kommunisten können sich nicht auf gleicher Distanz positionieren.

50.) Besonders wenn es um Russland geht, sind die progressive öffentliche Meinung und die kommunistische Bewegung in der Welt nicht imstande, die zwischen dem Fehlen einer politischen Richtung und der Festigung des unabhängigen Weges der Arbeiterklasse bestehende Spannung zu lösen. Sie neigen dazu, Russland als Verbündeten der Unterdrückten wahrzunehmen. So wie es unmöglich ist, eine revolutionäre Position einzunehmen, indem man in gleicher Distanz zu den Spannungen des Weltsystems steht, so unmöglich ist es auch, eine revolutionäre Mission zu übernehmen, indem man irgendeinen der politischen Akteure unterstützt. Die Aufgabe der kommunistischen Bewegung ist es, die von Russland und ähnlichen Akteuren verursachten Lücken innerhalb des Systems zum Vorteil der Arbeiterklasse und der sozialistischen Revolution mit einer politischen Perspektive zu nutzen, die auf eine unabhängige sozialistische Richtung ausgerichtet ist.

51.) Ein wichtiger Parameter für die Zukunft des internationalen kapitalistischen Systems und die Stellung Russlands innerhalb dieses Systems ist der Verlauf der Beziehungen Russlands zur Volksrepublik China, die innerhalb des Systems in gewisser Weise wie Russland agiert. Die Bedeutung des Verlaufs dieser Beziehung wird deutlicher, wenn man erkennt, dass die enorme Wirtschaftsleistung der Volksrepublik China die Hauptbedrohung für die instabile Position der USA innerhalb des imperialistischen Systems darstellt.

52.) Der 1978 begonnene Prozess der De-Kollektivierung und Markteinführung verwandelte China in ein Land, das die inneren Gleichgewichte der imperialistischen Welt beeinflussen und erschüttern kann. Das chinesische Modell resultiert aus der Umsiedlung von Hunderten Millionen von Bauern in freie Industriezonen entlang der Küsten und Flussufer als billige und irreguläre Arbeitskräfte und der Anziehungskraft des internationalen Kapitals auf die hohen Ausbeutungsraten. Die direkten ausländischen Investitionen, die sich in den 1990er Jahren beschleunigten, trieben auch die rasante kapitalistische Entwicklung der Volksrepublik China an. Das exportorientierte Wachstum der Volksrepublik China und die offensichtliche Verlagerung des Produktionssektors mit niedriger und mittlerer Technologie aus den USA und Europa in die Volksrepublik China ist ein Produkt des Rollenwechsels innerhalb der imperialistisch-kapitalistischen Arbeitsteilung. Obwohl die Rolle des Staates in der Wirtschaft hoch ist, gibt

es in China mehr private Sektoren und damit ausländische Investitionen als allgemein angenommen.

53.) Mit einer hohen Wachstumsrate seit 30 Jahren hat die Volksrepublik China im Jahr 2015 die USA beim Bruttosozialprodukt und dem Anteil an der Weltproduktion überholt. Die chinesische Wirtschaft verbraucht 20 Prozent des gesamten Erdöls und 40 Prozent der Minen der Welt. Unter diesen Umständen ist China gefordert, seinen Anteil am Weltmarkt zu sichern und den Rohstofffluss zu kontrollieren und damit seine Position in der imperialistischen Konkurrenz zu stärken.

54.) Drei Viertel der Kapazitäten der verarbeitenden Industrie Chinas sind exportorientiert. Die chinesische Wirtschaft steht vor einem großen Risiko der Abhängigkeit, wenn man bedenkt, dass die Hauptabsatzmärkte der Volksrepublik China in den entwickelten kapitalistischen Ländern wie den USA, Europa und Japan liegen. Der größte Vorteil Chinas ist gleichzeitig sein größter Nachteil. So hat das auf dem Binnenmarkt basierende Wachstumsmodell, das den Versuch suggeriert, die sinkenden Wachstumsraten aufgrund der verlangsamten Nachfrage aus den entwickelten kapitalistischen Ländern zu stabilisieren, eine Reihe von Nachteilen. China hat nach 2008 versucht, die Auswirkungen der sinkenden Auslandsnachfrage mit großen Infrastrukturinvestitionen zu kompensieren, doch die hohen Schulden, die dieser Schritt mit sich brachte, wurden zu einer großen Gefahr für die chinesische Wirtschaft. Wenn die Auslandsnachfrage schwächer wird, hat die Umstellung einer Wirtschaft, deren primäre Aufgabe es ist, mittels Auslandsinvestitionen einen günstigen Konsumgüterstrom in die entwickelten kapitalistischen Länder zu liefern, auf ein Wachstumsmodell, das auf der Inlandsnachfrage basiert und natürlich für steigende Löhne sorgen würde, große Schwierigkeiten.

55.) Alle Schritte, die die Volksrepublik China in den letzten Jahren unternommen hat, gingen zu Lasten der chinesischen Arbeiterklasse und zu Gunsten der erstarkten chinesischen Bourgeoisie. Reformen, die zum Nachteil der Arbeiterklasse sind, wie z. B. die Erhöhung der Arbeitszeit, haben wichtige soziale und politische Folgen. Der Anstieg der Nachfrage nach Arbeitskräften aufgrund der hohen Investitionsraten verursacht große Migrationswellen vom Land in die Städte. Der schnelle Proletarisierungsprozess, zusammen mit der Prekarität, verschärft die

Klassenunterschiede und die Kommunistische Partei Chinas übernimmt die Verantwortung, die politische und soziale Dynamik dieses Prozesses zu moderieren. Aufgrund des Gewichts der arbeitsintensiven Sektoren in der Wirtschaft und der niedrigen Lohn-/Hochausbeutungsraten sind die Konsumraten der Haushalte im Allgemeinen auf einem niedrigeren Niveau und der Binnenkonsum steigt mit Hilfe der raschen Entwicklung der hohen und mittleren bürgerlichen Schichten.

56.) Die Volksrepublik China strebt nach einer neuen Position für sich selbst innerhalb des kapitalistischen Weltsystems mit ihrer wachsenden wirtschaftlichen Kapazität und ihren sich entwickelnden militärischen und politischen Fähigkeiten. Die wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre wie das schnelle Wachstum, der Kapitalexport, die Expansion und die Handelsabkommen haben das Potenzial, Konsequenzen zu erzeugen, die mittelfristig das Gleichgewicht stören werden. Die expansionistische Politik Chinas, sein Kapitalexport, die Vertiefung der Ausbeutungsverhältnisse und die Qualität seiner wirtschaftlichen Beziehungen zu den Entwicklungsländern zeigen das entscheidende Potential Chinas innerhalb des imperialistischen Systems. Allerdings geht China seine Konkurrenz mit den dominierenden imperialistischen Ländern mit pragmatischer Taktik an und vermeidet gezielt offene Konflikte.

57.) Indem die Volksrepublik China die bestehende Hierarchie unter Druck setzt und nach einer neuen Position für sich selbst strebt, verursacht sie Probleme im gegenwärtigen Funktionieren des Systems. Als ein Land, das scheinbar vorsichtige Schritte zur Machtakkumulation unternimmt, hält sich China bei seiner Suche nach einem dominanten Platz in der Welthierarchie und dem Einstieg in die Märkte an die Regeln der bestehenden Hierarchie und demonstriert so bei jeder Gelegenheit, dass es kein systemfeindliches Zentrum ist. Alle Schritte Chinas sollten im Zusammenhang mit dem imperialistischen System betrachtet werden; die politische und militärische Position Chinas gegenüber unterentwickelten Ländern sowie seine Konkurrenz mit den Ländern an der Spitze der imperialistischen Hierarchie sollten in diesem Rahmen analysiert werden. Auch wenn China eine Lücke innerhalb des Systems schafft, indem es dessen Mechanismen ins Wanken bringt, sollte nicht vergessen werden, dass dies aus der internen Krisendynamik des Systems resultiert.

58.) Obwohl China von einer direkten Konfrontation mit den USA absieht, außer in einigen strategischen Fragen wie dem Südchinesischen Meer, hat es in den letzten Jahren aggressive Schritte unternommen, um seinen Einfluss im Nahen Osten, in Lateinamerika und vor allem in Afrika zu stärken. Es ist offensichtlich, dass der Wettbewerb in diesen Regionen, insbesondere in Afrika, scharf geworden ist und noch schärfer werden wird.

59.) Trotz aller Unterschiede erzeugen sowohl Russland als auch die Volksrepublik China mit ihrer bestehenden Führung und kapitalistischen Struktur eine Dynamik von unlösbaren Problemen und Krisen in den bestehenden Gleichgewichten des internationalen kapitalistischen Systems. Die Zukunft der beiden Länder innerhalb des Systems kann nicht verstanden werden, ohne dass die Zukunft des internationalen kapitalistischen Systems als Ganzes analysiert wird. In einer Welt, in der das sozialistische Lager aus der Gleichung herausfiel, bestimmte die unipolare Aggressivität der USA die ersten Jahre in den 2000ern und geriet danach doch in eine Krise. Dieses unipolare System, geprägt von neoliberaler Politik und Angriffskriegen, das in der Bush-Zeit sein Endstadium erreichte, kann als Weltsystem nicht aufrechterhalten werden. Es ist in der Krise von 2008 zu Ende gegangen, und eine neue und stabile Struktur konnte sich aufgrund der sich vertiefenden politischen und ideologischen Krise des Imperialismus nicht bilden. Der Platz, den Russland und die Volksrepublik China in der internationalen Arena eingenommen haben, wird durch die Objektivität der Krise und der Sackgasse aufrechterhalten und stellt folglich keine dauerhafte und stabile Position dar.

60.) Es gibt keinen objektiven Grund für die Annahme eines antiimperialistischen Lagers Russlands und Chinas unter den heutigen Umständen, indem man auf die frühere politische Polarisierung schaut, als der Imperialismus mit dem Sozialismus koexistierte. Die Koexistenz von Sozialismus und Kapitalismus als zwei Lager ergab sich aus dem unüberbrückbaren Widerspruch der beiden Systeme. Dieser Widerspruch wurde mit der Zerschlagung eines der beiden Systeme aufgelöst. Im Fall von Russland und der Volksrepublik China gibt es keinen solchen unversöhnlichen Widerspruch. Das bedeutet jedoch nicht, dass Russland und China mit dem bestehenden imperialistischen Status quo zufrieden wären. Das imperialistische System enthält von Natur aus in sich selbst Rivalitäten und Widersprüche des Systems. Die von Russland und der Volksrepublik China

verursachten Probleme resultieren aus Rivalitäten innerhalb des Systems und ihren Herausforderungen gegen die Hierarchie des Systems. Es sollte nicht vergessen werden, dass in einem Weltsystem, das keine gegensätzlichen Klassenpositionen enthält, es immer zu Veränderungen in den Bündnissystemen kommen kann und sich immer andere Zusammensetzungen als die bestehenden bilden können.

61.) Heute, da das Kräftegleichgewicht in der Welt neu strukturiert wird, entwickelt sich dieser Prozess in einem Rahmen, der durch die innere Dynamik des Systems bestimmt wird, was sich von den früheren Perioden unterscheidet, in denen der Sozialismus als Pol ein Gewicht hatte. Es ist der Arbeiterklasse auf der ganzen Welt nicht möglich, wirksam auf diesen Prozess einzuwirken. Keiner der Akteure in diesem Prozess repräsentiert die Arbeiterklasse. Unter diesen Umständen ist die Ungewissheit über die Zukunft des imperialistischen Systems eine Folge der inneren Dynamik des Systems und der Präferenzen der Bourgeoisie. Es ist nicht zu erwarten, dass sich diese Ungewissheit von selbst auf Dauer gegen die Gunst der Bourgeoisie vertieft. Die Fähigkeit, die Chancen zu nutzen, die durch diese Unsicherheit aufgrund der tiefen Krise des imperialistischen Systems entstehen, liegt in den Händen der kommunistischen Weltbewegung. Die Arbeiterklasse ist die einzige Kraft, die eine Alternative zum imperialistischen System schaffen kann.

Corona

Mitteilung der Kommunistischen Partei Deutschlands: Standpunkt der KPD zur Impfpflicht

Seit über 18 Monaten werden durch die Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie, hervorgerufen durch das Coronavirus SARS-CoV-2, das gesellschaftliche Leben, die persönlichen Freiheiten, Wohlbefinden und Gesundheit der Einwohner der BRD massiv beeinträchtigt. Medizinische Hintergründe werden der Bevölkerung in den Medien ebenso wenig gemäß

dem Bildungsstand der Mehrheit erläutert wie die ständig wechselnden und kleinstaatlerisch desorganisierten Infektionsschutzmaßnahmen.

Die Impfstoffentwicklung wurde nicht zentral entsprechend epidemiologischer Erfordernisse vorangetrieben, sondern erfolgte als profitorientierter Wettlauf vieler Unternehmen mit dem Ergebnis verschiedener, unterschiedlich wirksamer Impfstoffe. Über Wirkungsweise, Nutzen und Risiken der Impfungen wurde die Bevölkerung wiederum unzureichend aufgeklärt. All dies war ein idealer Nährboden für wilde Spekulationen, Desinformations- und Hetzkampagnen, welche große Teile der Bevölkerung zusätzlich verunsicherten oder gegen sinnvolle und notwendige Maßnahmen aufbrachten.

Nach über einem dreiviertel Jahr Impfungen stagniert der Anteil vollständig Immunisierter bei etwas über 60%, während die Infektionszahlen gegenüber den entspannteren Sommermonaten wieder anstiegen. Dies zeigt deutlich eine noch unzureichende Immunität der Bevölkerung. Diese Neuinfektionen bergen die ständige Gefahr der Entstehung neuer Virusvarianten, welche noch ansteckender sind, mehr schwere Verläufe verursachen und / oder gegen welche die bisherigen Impfungen nicht ausreichend immunisieren. Das würde alle bisherigen Bemühungen zunichte machen und eine weitere Fortsetzung und Verschärfung der Infektionsschutzmaßnahmen einschließlich weiterer Impfungen nach sich ziehen.

Ein Ende der Pandemie kann nur durch eine möglichst schnelle ausreichende Immunität der Bevölkerung erreicht werden. Mehrere Probleme sprechen dagegen, das durch Erkrankungen zu erreichen. Erstens wurde das Gesundheitswesen in den vergangenen Jahrzehnten in einem Maße kaputt gekürzt und in die Hände privater Geschäftemacher übertragen, welches keine großen COVID-19-Fallzahlen verkraftet. Zweitens werden durch die Erkrankung genau die schweren bis tödlichen Verläufe erzeugt, welche durch die Impfung vermieden werden. Drittens entstehen durch Infektionen immer neue und auch gefährlichere Mutationen.

Diese Gefahren rechtfertigen die Anwendung des Infektionsschutzgesetzes der BRD, §20 Absatz 6 und 7, zur Einführung einer Impfpflicht, die auch in der BRD schon bestand. Zusätzlich ist eine breite und qualifizierte gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung erforderlich.

Weiterhin müssen die BRD und andere wirtschaftlich führende Staaten ärmere Staaten bei der Immunisierung unterstützen, da die genannten Probleme sonst dort fortbestehen und sich gefährlichere Virusvarianten dann auch wieder hierher ausbreiten werden.

Eine Nötigung zur Impfung durch die Hintertür, Ungeimpften ihre Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe einzuschränken oder ihnen im Quarantänefall die Existenzmittel zu entziehen, ist nicht nur rechtlich fragwürdig, sondern wird, worauf der DGB und andere Organisationen bereits hinwiesen, Ungeimpfte zur Umgehung der Infektionsschutzmaßnahmen motivieren.

Jede Impfung hat Nebenwirkungen und führt zu Komplikationen bis hin zu Todesfällen. Nur viel weniger als die Erkrankung. Selbstverständlich muss eine Impfpflicht die großzügige Handhabung von Schäden und Haftung der Impfstoffhersteller für Fahrlässigkeit bei Entwicklung und Produktion der Impfstoffe beinhalten.

Die Motive der Entscheidungsträger in einem kapitalistischen Staat sind nicht unsere. Aber bei Problemen, welche Arbeiter, die gesund und am Leben bleiben wollen, und ihre Ausbeuter, die gesund bleiben wollen und gesunde Arbeiter brauchen, gemeinsam haben, überschneidet sich unser Interesse mit dem unserer Feinde und unterscheidet uns gemeinsam von den irrationalen Impffeinden. Nur eine schnell durchgesetzte Pflichtimpfung gegen COVID-19 kann die Endlosschleife der Einschränkungen und Lockerungen sicher beenden, auch wenn die erforderlichen Maßnahmen selbstverständlich im Interesse des Kapitals getroffen werden.

Buchbesprechungen

„Wir sind afrikanische Affen“

Ausbeutung und Unterdrückung: Michael Kubis Kritik an Geschichte und Gegenwart des »wissenschaftlichen Rassismus«

Buchbesprechung von Gerd Bedszent

Die affirmative Verwendung des Begriffes »Rasse« ist seit einiger Zeit weithin tabuisiert. Nicht zuletzt, weil die Behauptung der Existenz »höherer« und »minderwertiger Rassen« ein fester Bestandteil der Naziideologie gewesen ist. Die Nazis, das ist immer noch viel zu wenig bekannt, hatten diese Vorstellungen allerdings nicht erfunden, sondern aus dem bürgerlichen Diskurs des 19. und frühen 20. Jahrhunderts übernommen, um sie dann auf die mörderische Spitze zu treiben. Ungeachtet seiner fast flächendeckenden Ächtung im Politikbetrieb und in den großen Medien erlebt der Rassismus in modifizierter Form derzeit durchaus ein Comeback. Ein Grund mehr, sich ernsthaft mit dem Thema zu beschäftigen.

Wie der Biologe Michael Kubi gleich zu Beginn seines Buches »Eva kam aus Afrika ... und Adam auch« schreibt, ist die Einteilung der Menschheit in verschiedene »Rassen« spätestens seit dem Siegeszug der Genetik wissenschaftlich widerlegt und unhaltbar – die Spezies Mensch ist biologisch nicht in verschiedene Gruppen einteilbar. Erste Versuche einer solchen Untergliederung stammen aus dem 18. Jahrhundert, also mitten aus der Ära des europäischen Kolonialismus. Das jeweilige Konstrukt – es gab davon viele, die miteinander konkurrierten – diente stets zur Rechtfertigung von Unterdrückung, Ausbeutung und Diskriminierung, von Verfolgung und Ermordung nichteuropäischer Ethnien. Auch heute noch spiegelt sich, wie Kubi mit Recht betont, in rassistischen Diskursen immer ein gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis wider, niemals aber ein gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisstand. Jener besage nämlich, dass alle Menschen 99,9 Prozent ihres Genoms teilen, Unterschiede zwischen ihnen seien minimal.

Wie Kubi weiter schreibt, sind es allerdings nicht nur politisch-ideologische Strömungen, die diese Erkenntnisse generell leugnen. Auch eine Minderheit von Akteuren im Wissenschaftsbetrieb, die vor allem in den USA (»Scientific Racism«) über erheblichen akademischen und publizistischen Einfluss verfügt, verweigere sich diesen Einsichten und halte an der Behauptung der Existenz von »Rassen« fest. Sie macht vererbare Unterschiede zwischen Menschengruppen unter anderem dafür verantwortlich, dass Menschen europäischer Herkunft »überdurchschnittlich intelligent«, Afrikaner »überdurchschnittlich gewalttätig« und Chinesen »geborene Geschäftemacher« seien. Soziale, kulturelle und historische Einflüsse auf das

tatsächlich oder vermeintlich »typische« Verhalten von Menschengruppen werden von diesen Leuten entweder geleugnet oder aber kleingeredet.

Kubi liefert in seiner Arbeit nicht nur eine gründliche Darstellung des gegenwärtigen wissenschaftlichen Erkenntnisstandes. Der Leser wird auch in die Entwicklung der Naturwissenschaften seit dem 19. Jahrhundert eingeführt, einschließlich ihrer Irrtümer und Abgründe. Nicht wenige Urväter der biologischen Wissenschaft hingen Vorstellungen an, über die heute nur noch mit dem Kopf geschüttelt werden kann. Kubi vermag so zu veranschaulichen, wie sich die deutschen Faschisten bei der Entwicklung ihrer monströsen Vorstellungen von der »Rassenhygiene« und der »Ausmerzungen« angeblich »minderwertiger« Menschengruppen bedienen konnten.

Ein Kapitel schildert detailliert die Entstehung und biologische Entwicklung des Homo sapiens, auch wie er sich vor Hunderttausenden Jahren von anderen Hominiden abspaltete. Die Ursprünge des modernen Menschen liegen eindeutig in Afrika. »Selbst der genetisch reinste«, auf seine »inzestuöse Familiengeschichte« stolze Rassist müsse einsehen: »Wir sind nicht nur Affen, wir sind afrikanische Affen.«

Als eine wesentliche Ursache für das Überleben und den Siegeszug der Spezies Mensch hebt Kubi die Entwicklung des Sozialverhaltens, der Kommunikation und Kooperation zwischen Gruppenmitgliedern hervor. Die in der Mitte des 20. Jahrhunderts populäre Hypothese von gewalttätigen »Killeraffen«, die sich durch ihre Aggressivität einen Vorteil gegenüber anderen Hominiden verschafft haben, verweist Kubi in das Reich der Spekulationen. Es gebe auch keine Belege dafür, dass andere Gruppen hochentwickelter Hominiden – zum Beispiel der Homo neandertalensis – vom Homo sapiens verdrängt oder ausgerottet wurden. Für das Aussterben dieser Arten seien mit hoher Wahrscheinlichkeit Klimaveränderungen ausschlaggebend gewesen.

Michael Kubi schreibt im Vorwort, dass sein Buch rassistisch verblendete Fanatiker wahrscheinlich nicht überzeugen werde – solche Leute sind wissenschaftlichen Fakten gegenüber unzugänglich. Das Buch kann in Debatten aber eine wichtige argumentative Hilfe sein und vielfach zum Nachdenken anregen. Der Autor hat eine Fülle von Fakten zusammengetragen und viele weiterführende Lektüeranregungen geliefert. Dem Papyrossa-Verlag

sei für die Herausgabe dieses verständlich geschriebenen Buches an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.⁴⁹

Michael Kubi: „Eva kam aus Afrika ... und Adam auch.“ Papyrossa-Verlag, ISBN: 978-3-89438-757-0, 326 Seiten, Paperback, Preis: 24,- €.

Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung

Buchbesprechung von Stefan Bürscher zum Buch von Mark Staskiewics: „Die zunehmende Diskrepanz zwischen Marx‘ theoretischen Erkenntnissen und der tagespolitisch tätigen Arbeiterbewegung“

Unterteilt ist das neue Buch von Mark Staskiewicz in drei Teile.

Teil A: Historische Untersuchung der zunehmenden Diskrepanz zwischen Marx‘ theoretischen Erkenntnissen und der primär tagespolitisch tätigen Arbeiterbewegung

Im Vorwort heißt es: *„Wie sind die theoretischen Erkenntnisse von Marx in der Arbeiterbewegung eigentlich aufgenommen worden? Wurden die marxschen Schriften von den FührerInnen der Arbeiterbewegung studiert und angewendet? Oder warum gab es eine zunehmende Diskrepanz? Was sind die Folgen einer solchen Diskrepanz?“*

In diesem ersten Teil beschreibt der Autor die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich. Gerade die Auseinandersetzung in Deutschland, die sich zunächst zwischen Lassalleanern und Eisenachern (SDAP) entfachte und später in ihrer Vereinigung endete, ist exemplarisch für die Entstehungsgeschichte diverser Parteien in Europa. Anhand vieler Quellen und Originalzitate beschreibt Mark Staskiewicz wie sich die vorwiegend praktische Arbeiterbewegung verhalten hat und wie wenig sie sich mit der Theorie von Marx beschäftigte. Durch den enormen zeitlichen Einsatz in der politischen Praxis fehlte ihnen die Zeit und wohl

⁴⁹ Quelle der Buchbesprechung: Tageszeitung „junge Welt“, 30.8.2021, wir danken dem Autor für die Freigabe.

auch die Motivation sich mit der Theorie und Wissenschaft zu beschäftigen. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass die Programme der Arbeiterparteien, ob es nun das Eisenacher, das Gothaer oder das Hainfelder war, hinter den Erkenntnissen von Marx zurückblieben. Sehr interessant ist die beschriebene Entwicklung der Vereinigung von Lassalleanern und Eisenachern. Vielen dürfte die Rolle von Wilhelm Liebknecht und August Bebel diesbezüglich nicht sehr bewusst sein. Der Autor zeigt, wie Marx intervenierte und was letztendlich auch von den Führern der Bewegung, die sich auf Marx positiv bezogen, real gemacht bzw. nicht gemacht wurde.

Vieles in diesem Teil war mir so nicht benannt und einiges hat mich überrascht. Überträgt man die Erkenntnisse aus diesem ersten Teil auf die heutige Bewegung, so zeigt dies, wie wichtig ein Klärungsprozess über die Bedeutung der Theorie ist.

Teil B: Ohne revolutionäre Theorie, keine revolutionäre Bewegung

Letztlich geht es in diesem Teil um die Dialektik von Theorie und Praxis bei der Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts.

Mark Staskiewicz wendet sich gegen den Praktizismus und kritisiert ihn vom Standpunkt des gesellschaftlichen Fortschritts. Der Autor zeigt auf, dass der Sozialismus eine Wissenschaft ist und es die Theorie zur Überwindung des Kapitalismus braucht. Schließlich ist der Sozialismus die erste bewusst geschaffene ökonomische Gesellschaftsformation.

U.a. entwickelt der Autor die These, dass es ein wissenschaftliches Startmodell des Sozialismus braucht und dass die Erarbeitung von diesem die derzeitige Hauptaufgabe sei. Sicherlich wird von Teilen der Bewegung schnell entgegnet, ob der Autor dann nicht eine sektiererische Position habe und die Praxis ablehnen würde. Doch dagegen hat der Autor vorgebaut in dem er eben die Dialektik von Theorie und Praxis beschreibt. Letztlich ist die Praxis das Entscheidende, so auch der Autor. Die Frage die er sich stellt ist aber, was derzeit die Hauptaufgabe ist?

Mark Staskiewicz will motivieren sich (auch) der theoretischen Arbeit zu widmen. Im Buch heißt es, dass es primär darum geht: *„eine theoretische Klarheit darüber zu bekommen, was der Sozialismus ist und wie er funktioniert. Dazu gehört es auch, seine ökonomischen Gesetze zu*

bestimmen. Wir müssen nachweisen, wie der Sozialismus funktionieren und produktiver als der Kapitalismus sein kann.“

Teil C: Muss der Sozialismus produktiver als der Kapitalismus sein?

Der dritte Teil des Buches macht Schluss mit den heute üblichen Thesen des Verzichts oder des Stoppens der Produktivkraftentwicklung. Anhand der Geschichte des Übergangs von ökonomischen Gesellschaftsformationen zeigt er die Bedeutung der Produktivkraftentwicklung für den gesellschaftlichen Fortschritt auf. Wer dem auf abstrakter Ebene nicht „glauben schenken“ will, der wird mit Beispielen konfrontiert, die zeigen, dass der Sozialismus gar produktiver als der Kapitalismus sein muss.

Insgesamt ein sehr lesenswertes Buch. Die 728 Seiten sollte man unbedingt diskutieren. Denn schließlich darf der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte sein. Das Buch ist mit vielen Quellen ausgestattet und es werden Werke zitiert, die bei einer Vertiefung der zu klärenden theoretischen Fragen hilfreich sind. Sehr praktisch ist auch das Personenregister, da nicht jedem alle erwähnten historischen Persönlichkeiten bekannt sein werden.

Erschienen bei we-progress e.U., Liebenauer Hauptstr. 166g/8, 8041 Graz, Österreich. mail@we-progress.at

ISBN: 978-3-200-07209-1, 712 Seiten, gebunden, Preis: 25 € + Porto (eBookversion = 20 €)

Aus der Leser/innen-Post

Joachim Becker: Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren

Werter E. Rasmus, Sie meinen, dass wir heute den Sozialismus als sofortiges Ziel nicht auf die Tagesordnung setzen können. Angesichts der täglichen imperialistischen Barbarei, der täglichen gnadenlosen Ausbeutung von Mensch und Natur, dem Elend, der Krisen und Kriege, müssen der Sozialismus/Kommunismus als sofortiges Ziel auf die Tagesordnung gesetzt werden. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren.

MkG , Joachim B.

Karl-Peter Füßlein: Die Grenzsicherung der DDR

Liebe Anna, lieber Frank, ganz besonders interessierte mich im letzten Heft „offen-siv 7-2021“ das Thema „Die Grenzsicherung der DDR“.

Von 1971 bis 1973 befand ich mich in vorderster Linie beim Kampf gegen die Bonner Ultras im Grenzregiment 15, Sonneberg, GK Rückerswind – zuletzt als Hundestaffelführer.

Einheiten von Bundesgrenzschutz, Zollgrenzdienst und Bayerischer Grenzpolizei machten uns das Leben schwer. Besonders Erstere (Schlipssoldaten) warfen oftmals Feuerwerkskörper und Imitationshandgranaten in die Grenzsicherungsanlagen und freuten sich diebisch, als wir die Lage überprüften. Die Stoppuhr in der Hand tönnten sie: „Ihr seid auch schon viel schneller gewesen!“ Zigaretten und Hefte mit dem Titel „Wie verlasse ich die DDR?“ wurden über den Zaun geworfen und von uns in der Kompanie abgegeben. An einem grenznahen Badeteich räkelteten sich barbusige Mädchen und forderten uns kichernd auf, rüber zu kommen.

Helikopter des Bundesgrenzschutzes überflogen mehrmals unsere Staatsgrenze – die Piloten machten uns lange Nasen (wir durften keine Schusswaffen anwenden). Apropos Schusswaffen! Gegen Kinder war die Anwendung bewaffneter Gewalt verboten. Überhaupt galt das als letzte Möglichkeit feindlicher Abwehr.

Als Postenfürer hatte ich eine sehr hohe Verantwortung, die ich stets nach Abwägung wahrnahm. Zwei Festnahmen unter Einsatz meines Diensthundes zeugen davon. Für vorbildlichen Grenzdienst erhielt ich viele Auszeichnungen. Gern erwähne ich die erstklassige Kameradschaft aller Dienstgrade! Die auf Westseite stehenden verhetzten Gegner waren unsere erbitterten Feinde...

Nach der Annektion der DDR kam die Stunde der Verräter. Für Geld uns einträgliche Posten verleumdete Funktionäre von SED und MfS usw. ehrliche Menschen, die für ihren Staat einstanden. Wer auf der Parteischule gewesen war, von dem erwartete man, dass er auch nach der Niederlage weiterkämpfen würde. Gerade solche Typen erniedrigten sich aber zu Spitzeln

und Lumpenpack, die uns Grenzer als „Mauermörder“ verunglimpften. Ich bin stolz, auf dem Grenzertreffen in Bestensee in diesem Jahr mein 50. „Grünes Jubiläum“ zu feiern. Grün bitte als Waffenfarbe verstanden, keinesfalls als Parte!

Mit sozialistischem Grenzergruß, Karl-Peter Füßlein

Ludwig Bodemann: Immer wieder Blödsinn in diesen Heften

Das Anschreiben:

Hallo! Leider hatte ich erst jetzt Zugang zu diesem „Heft“. Ja Herr Flegel, sie können eben nicht über Ihren Schatten springen und bringen immer wieder Blödsinn in diesen Heften! Ja, diesmal werde ich bewusst persönlich, was sonst nie meine Art ist! In der Anlage erhalten sie meine Bemerkungen zu den Ausführungen eines gewissen Herrn Hermann Jacobs. Im Gegensatz zu diesem Herrn weiß ich, wovon ich schreibe!

Ludwig Bodemann: Hermann Jacobs-Geschreibsel

Der Leserbrief selbst:

Da maßt sich einer an, etwas über die VR China und den Vergleich zum NÖS der DDR zu schreiben! Wo ist er aufgewachsen? Ich vermute in der BRD vor 1990! Oder? Immer wieder diese Besserwisseri, dieses Schauen über den Grenzzaun in ein Land, das er vielleicht höchstens als Verwandtenbesuch oder als Tourist mal besucht hat? Noch schlimmer wäre es, wenn er ein gewandelter ehemaliger DDR-Bewohner ist.

Ich werde mich nur ein paar wenigen Aussagen von ihm widmen!

* >Die KP China hat ihren Kurs selbständig bestimmt< im Prinzip ja, aber natürlich hat sie sehr genau auch auf die Entwicklung der sozialistischen Länder in Osteuropa geschaut und sich eine Meinung gebildet. Gerade weil sie die Methoden des Aufbaues in den jeweiligen Ländern nicht 1:1 kopierte, waren ja die Beziehungen nicht unproblematisch. Aber das, was in der DDR

geschah, war besonders wichtig für China. Die DDR war das einzige Land auf der damaligen Welt, in dem in einem relativ hochentwickelten kapitalistischen Staat der Übergang zum Sozialismus praktiziert wurde. Nicht zu vergleichen mit den Verhältnissen in Russland 1917 oder 1948 in China! Diesen Entwicklungsstand erreichte die VR China erst in den 1980/1990 Jahren.

* Das NÖS der DDR war kein Wirtschaftssystem für den Sozialismus? Ach Gott nein, ist dieser Mensch weit ab von den Realitäten damals in der DDR! Hat er jemals in einem VEB mit Arbeitern Maschinen montiert, hat er jemals mit den Arbeitern (DDR!) geredet, ihre Meinung kennengelernt? Hat er jemals mit den „Denkern“ des NÖS geredet, oder das entsprechende Buch gelesen? Ich kann es mir nicht vorstellen!

*>noch als eigenständige Gesellschaftsformation< (als erste Etappe zum Kommunismus...) Gerade das war ja die entscheidende Erkenntnis, dass man eben nicht in einem Schritt sofort zum Kommunismus gelangen kann! Der entscheidende Punkt war die Erkenntnis, dass das Wertgesetz im Sozialismus noch lange Zeit wirkt; die materielle Interessiertheit, die ökonomischen Hebel also. Wenn er annimmt, dass die Arbeit im Sozialismus für diese Gesellschaft mit Hurrarufen von den Menschen getätigt wurde, irrt er sich gewaltig. Es ging in erster Linie um die ganz privaten Lebensverhältnisse jedes einzelnen! Und diese Bedürfnisse konnten nur mit Geld erkaufte werden. Daraus ergab sich ja auch die Überlegung, wer gutes für die Gesellschaft tut, muß das auch selbst spüren; eben mehr Geld in der Tasche haben!

* > eine Aufhebung des plangelenkten Systems der DDR< Gerade das durfte nicht geschehen! Aber wenn der Plan, der vom Ministerrat bestätigt wurde, bestimmt, wieviel Schrauben im VEB Schrauben am 23.12 produziert werden müssen, dann ist er falsch und schränkt die Flexibilität des VEB ein! Das wurde verändert. Die Selbständigkeit der VEBs wesentlich vergrößert, aber innerhalb des Volkswirtschaftsplanes! Das geschah in der späten UdSSR nicht mehr. Der Volkswirtschaftsplan verlor dort immer mehr an Bedeutung; immer mehr Marktelemente, wohlgernekt kapitalistische, flossen in diese Gesellschaft ein. Kein Wunder, dass das zum Zerfall der UdSSR wesentlich beigetragen hat! In der VR China ist das anders. Der Volkswirtschaftsplan gewinnt immer mehr an Bedeutung. Das ist auch ein Garant für den Erfolg der VR China.

* Was sind > warenökonomische Verhältnisse des Kapitalismus< Eine erfundene Kategorie eines Herrn Jacobs! Ich möchte diesen Herrn bitten, sich doch das Kapital – Band 1 eines Herrn Karl Marx mal vorzunehmen! Vielleicht kapiert er dann, was das Wertgesetz bedeutet?

Und was hat das alles mit der VR China zu tun? Wenn wir, leider muß ich heute schreiben, wir, in der westlichen Welt, in der Demokratismus über den Klee gelobt wird, die Entwicklung in der VR China nicht verstehen und uns nur an den Erscheinungen orientieren, werden wir niemals den Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft vollziehen können! Er muß eine Machtübernahme und damit eine Entmachtung des Kapitals bewirken und wir müssen Wege finden dies zu realisieren, auch mit Blick nach China, was wird danach. Die VR China zeigt schon jetzt die Zukunft der Menschheit, miteinander statt in Kongruenz (*der Autor meint wahrscheinlich: Konkurrenz, d. Red.*) gegeneinander, ohne kriegerische Auseinandersetzungen zum Wohle der Menschen in dieser Gesellschaft, auf unserer Welt.

Ludwig Bodemann, Diplom Ökonom - DDR

Hermann Jacobs: Weniger Bekenntnisse ablegen, mehr begründen, wirklich erklären. Tun Sie das!

Ich möchte Herrn Bodemann beruhigen – ich habe eine DDR-Assoziation (mehr dazu im Anhang), in einem gewissen Sinne noch immer. Also schreibe ich zu Fragen des Sozialismus, weil ich ihn erlebt habe - „in den Farben der DDR“. Außerdem hatte ich keine andere Wahl. Wo man „sein Brot isst“, da denkt man auch.

Im Übrigen ist das aber keine unbedingte Bedingung, um über den Sozialismus schreiben zu können. Marx war auch kein DDR-Bürger, als er über den Kommunismus schrieb. D.h. das Abstrakte, oder Allgemeine, kann dem Konkreten, oder Besonderen, vorangehen. Die eigentliche Grundlage, um über den Kommunismus schreiben zu können – stimmen Sie mir zu, Herr Bodemann? -, ist der Beginn eines Gesellschaftlichwerdens im Charakter der Arbeit. Also die Ablösung resp. Aufhebung ihres privaten Charakters. Wobei ein gesellschaftlicher Charakter der Arbeit allein noch keinen kommunistischen Charakter der Gesellschaft ergibt. Erst wenn dieser Entwicklung der Arbeit auch gesellschaftliche – besser noch:

gemeinschaftliche – Verhältnisse der Aneignung hinzugefügt werden, ist es berechtigt, von Kommunismus als gesellschaftlicher Ordnung zu sprechen.

Wo hatten/haben wir das auf der Welt schon erreicht? Nirgendwo. Weder in der UdSSR, noch der DDR, noch ... in China haben wir das erreicht. Aber *begonnen* wurde – in diesen Ländern – schon. In der UdSSR, DDR usw. auch anderen Ländern Osteuropas vielleicht klarer, in neuen Verhältnissen bewusster als in China. In China steht noch immer erst das Subjekt, also die KP Chinas, für diese Entwicklung, bei „uns“, also sagen wir auch der DDR, kam das schon sichtbarer auch in Verhältnissen der Aneignung zum Ausdruck.

Ich habe nirgendwo gesagt, dass man „in einem Schritt sofort zum Kommunismus gelangen kann“, wie Sie mir (im Punkt 3 Ihrer Replik) unterstellen, aber doch in einem ersten Schritt resp. sogar in ersten *Schritten*. Dass „der entscheidende Punkt“ aber die „Erkenntnis gewesen sein soll“, „dass das Wertgesetz noch lange Zeit wirkt“, wie Sie schreiben, ist eben der Irrtum. Und ist gerade *nicht* mit dem *realen Preis-, Geld-Lohn-System der UdSSR, DDR usw. belegbar*. Es war ein historisch neues System. Die Preise änderten eben nicht, wenn jedoch Arbeitszeiten, also „Werte“, änderten. Aber sich bewegende Preise im Verhältnis zu sich bewegenden Werten sind der einzige (!) Nachweis resp. Beweis, dass tatsächlich die Ökonomie eine der Warenökonomie ist resp. dem Gesetz der Werte unterliegt. Indirekt muss das ja auch Ihre Erkenntnis sein, wenn Sie vom NÖS der DDR bzw. ihres Schöpfers Walter Ulbricht erwarteten, dass in ihm das Wertgesetz wieder zu seinem Recht kommen sollte.

Erkennen Sie bitte das Wesen des Festpreissystems. Dieses System fester Preise als einziges erlaubt steigende Löhne mit dem Anstieg der *stofflichen* Seite der Arbeit, Denn mehr „Waren“ bedeuten mehr Preise und ergo auch – wenn es sich um Preissummenanstieg in der Abteilung II/Konsumtionsmittel handelt – höhere Löhne. Woran sonst, wenn nicht an diese Abteilung der Produktion, soll denn das *Prinzip der Materiellen Interessiertheit für Arbeiter* gebunden sein. Der Mehrwert kann es doch nicht sein (denn der wandelt in Wert für die Mehrarbeit/Mehrarbeiter, also die Expansion des Wertes um).

Der Erhalt noch von Preis und Geld für den Lohn sieht nur *formell* noch wie Warenproduktion aus, ist vom Inhalt/Wesen her aber ein *erster Schritt des*

Übergangs zu einer höheren Stufe bereits des ... Kommunismus (!), wenn nämlich die Aneignung ohne die Preis- wie Geldform erfolgt, erfolgen soll (siehe Karl Marx Vision des Kommunismus), und dann offen hervortritt, was angeeignet wird: Gebrauchswerte.

G in Gw, Geld verwandelt in Gebrauchswerte, ist der Beginn/erste Schritt in diese Umwandlung ... in den Kommunismus. D.h. W in G, Ware in Geld, was die Wertform ja ist, ist verschwunden und gibt es – im realen Sozialismus der Festpreise – nicht mehr. (Im Lohn im Kapitalismus ist das übrigens schon gegeben, denn Geld, das Lohn ist, verwandelt nur in Gebrauchswerte!). Man muss lernen, in ersten Veränderungen in *Formen der Warenökonomie* den/die ersten Schritte des Übergangs zu einer Nichtwarenökonomie zu erkennen.

Sie aber wollen immer nur noch „das Wertgesetz“ erkennen.

Sie fallen auf Formen herein.

Aber das sehe ich bei Ihnen nicht an sich als ein Problem an. Denn dieselben Unsicherheiten, die Sie kennzeichnen – in der Beurteilung der realen Lage –, hatte ja die offizielle Wissenschaft des Sozialismus auch. Sie sprechen die Unsicherheiten nur noch immer aus. Da tun Sie im Grunde gut daran, denn wo Sie glauben (dass es so ist), da können Sie auch immer noch zum Wissen gelangen. Weniger Bekenntnisse ablegen, mehr begründen, wirklich erklären. Tun Sie das!

Was im bisherigen Sozialismus, weder in der UdSSR noch der DDR (von China spreche ich hier erst gar nicht) wirklich gelöst wurde, war das Lohnproblem als solches. Marx hatte schon erkannt, dass die „individuelle Aneignung im Kommunismus“ als ein „Anteil an der gesellschaftlichen Arbeit/Abt. II, Konsumtionsmittel“ bestimmt werden muss. Das hätte die Herauslösung des Lohnes (bei Beibehalt der Geldform des Lohnes) aus der so genannten Wertformel $C+V+V$ erfordert! D.h. diese wäre erloschen. Löhne hätten an sich, als eine besondere Geldform (Geldmenge) nebenher zu den Preisen existieren müssen. Ist aber nicht geschehen. *Das* wurde zum Problem, weil „Widerspruch“. Denn dass Löhne, die ständig steigen, weiter Inkrement der Preise blieben, war die Ursache für all die Irritationen in der Theorie der Ökonomie des Sozialismus – der Übergangsperiode (Marx) zum entwickelten Kommunismus, d.h. wurde zum formellen Problem für diese Theorie. Wie sich auch bei Ihnen zeigt. Was, Löhne können über Werte wachsen? Das ist

doch Verrat – oder Verstoß ... gegen die Ökonomie. Also zurück zum Wert. Zurück zum ... NÖS.

Ja, aber, so Walter Ulbricht: Gerade die Löhne sollten aus dem Wertgesetz herausgenommen werden/bleiben. Sie, Herr Bodemann, müssen sich mehr – oder überhaupt – mit dem inneren Widerspruch des NÖS, den zwei Preisformen des NÖS befassen!

Wie bin ich zu meinen Erkenntnissen gekommen?

Anhang: Kurz ein Einblick in meinen Lebenslauf:

Geboren 1929 in Berlin. Acht Klassen Schulbesuch in Berlin-Wittenau. Nach dem Krieg erst einige Gelegenheitsarbeiten; dann – 1946 – Volontär beim „Neuen Deutschland“, dem Zentralorgan des ZK der SED. 1947 zum Redakteur ernannt. Zunächst Nachrichtenabteilung, dann Wirtschaftsabteilung (diese Abteilung dann hauptsächlich), aber auch Innenpolitik, Berlin-Lokalredaktion, später Abt. Gesamtdeutsche Fragen. 1952 vom damaligen Chefredakteur Rudolf Herrnstadt mit der Leitung der Bezirksredaktion des ND für die Mark Brandenburg betraut. Dadurch näher mit der Praxis verbunden worden. 1955 aus dem ND ausgeschieden, Beginn einer Tätigkeit in einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG), danach Redakteur der Zeitung der MTS Radensleben. 1957 direkt in die Produktion gegangen – alles Berliner VEB-Betriebe; erst Fräser, dann Dreher, schließlich Schweißer und zuletzt Stahlbauer. Hier auch Lehre, also gelernter Stahlbauer. Ab der Mitte der 70er Jahre Extern-Studium an der Humboldt-Universität in Berlin, Bereich Finanzen. Diplom. Diplomarbeit „Allgemeine Finanztheorie“. 1990 Rentner – gezwungenermaßen.

Wie Sie sehen, viel Praxis, einmal „von oben“, andermal „von unten“.

Im ND haben wir uns nie mit ökonomischen Gesetzen des Sozialismus befasst, es ging immer um den praktischen Aufbau in der Arbeit. Einmal nur, 1952, anlässlich des Erscheinens der Arbeit von Stalin - „Ökonomische Probleme beim Aufbau des Sozialismus in der UdSSR“ - kam es zu einer Parteiversammlung zu diesem Buch. Max Schlosser, damaliger Parteisekretär des ND, referierte dazu. Vor mir in der Reihe saß Herrnstadt. Als Schlosser das Wort „Wertgesetz“ aussprach, beugte sich Herrnstadt zu dem neben ihm sitzenden Karl Maron und fragte ihn, was es „mit dem Wertgesetz auf sich

habe“. Maron erläuterte einiges, aber mir wurde damals bewußt, dass es im Politbüro des ZK der SED, dem Herrstadt als Kandidat angehörte, auch noch nicht allzu weit mit dem Wissen um ökonomische Kategorien/Gesetze des Sozialismus bestellt gewesen sein muss.

Wir waren eben noch im Lernprozess.

Nun zu meinem wissenschaftlichen Weg. Zuerst soll etwas Anekdotisches meine Konzentration auf die Lohnfrage im/des Sozialismus erklären. 1948 (13. Oktober) kam es zu der berühmten Hennecke-Schicht: Normerfüllung = 387%. Die „Tägliche Rundschau“, das Blatt der Sowjetischen Militäradministration, erschien am nächsten Tag mit einem Fünf-Spalter auf Seite 1, das ND – gähnende Leere. Wir wußten von Nichts. Kritik kam aus dem ZK. Da es im Pressewesen nicht üblich ist, schon Gemeldetes noch einmal „riesig“ aufzumachen – ND also zwei Tage später mit einem Zweispalter auf Seite 1. Jetzt erst richtige Kritik vom ZK. Also am dritten Tag „nach der Schicht“ - ND ... 5-spaltig auf Seite ... 1. Wir hatten „begriffen“ - eine *Kampagne sollte beginnen*. Und sie begann. Überall stiegen die Normen-*Übererfüllungen* an. Die Arbeiter der DDR hörten mit *Arbeitszurückhaltungen auf bzw. die Aktivistenbewegung begann*. (Was ja der Sinn im Hintergrund der Kampagne war; sie war als Analog zur Stachanow-Bewegung in der UdSSR gedacht, deshalb wohl war die „Tägliche Rundschau“ besser auf das Ereignis vorbereitet als das ND).

Die Hennecke-Schicht barg aber ein Problem. Normenarbeiter durchbrachen das Tarifsystem! Wer seine Norm übererfüllte, verdiente „plötzlich“ mehr als ein Arbeiter höherer Lohngruppen, ein Arbeiter in der Gruppe 3 (Gruppe der Angelernten) sagen wir das Doppelte wie einer in Gruppe 5, 6 oder gar 7 (Gruppen der Facharbeiter). Die Partei musste logischerweise ein Interesse daran entwickeln, dass mit der Möglichkeit, Normen überzuerfüllen, auch wieder Normen erhöht würden – auf sagen wir die technisch sich entwickelnden Produktionsstandards. Aber Normenerhöhungen senkten wiederum den Lohn (oder besser „Lohn“) aus der Übererfüllung. Die Arbeiter, an höherem Lohn bereits interessiert, protestierten.

Noch etwas Anekdotisches. Ich, Bezirksredakteur in Brandenburg, hatte einen Walzwerker im Walzwerk Kirchmöser – Jule Randel – als Volkskorrespondenten angeworben. Er, Genosse, hatte seine Kollegen dazu

gewonnen, die Norm „freiwillig“ zu erhöhen. Der Bericht darüber erschien am 16. Juni 1953 (!) im ND; es war der letzte Artikel im ND auf der Basis der neuen – und im Prinzip richtigen – Orientierung der Partei. Aber der darauf folgende Tag war eben der „17. Juni 1953“. Die Arbeiter in Kirchmöser drohten Jule Prügel an. Die „freiwilligen Normenerhöhungen“ wurden zurückgenommen, die Partei piffte ihre Kampagne ab. Es blieb bei den Übererfüllungen, genau bis in den Beginn der 60er Jahre hinein – als ich selbst schon Produktionsarbeiter war, und seit gut 5 Jahren meine Normen auch „übererfüllte“ - mit Lohn weit oberhalb meines Tariflohnes.

1962 kam es zu der endlich richtigen Lohnreform in der DDR – über die im Übrigen nie berichtet wird, sie ist bis heute der Unkenntnis ausgeliefert. (So kann man die Partei/die DDR unendlich wegen des „17. Juni“ anklagen).

Was nämlich folgte, war endlich eine Lösung des Problems auf der Grundlage der Erkenntnis der Partei *über das neugeschaffene Preis-Geld-System des Sozialismus!* Die Regelung war/wurde jetzt so, dass Normen nur noch (!) um die 10% übererfüllt werden durften, aber der Lohn aus der bisherigen Übererfüllung (bei mir/in unserem Betrieb betrug sie in der Regel um die 80%) wurde zum Tariflohn draufgezahlt. Anders als noch 1953 trat kein Lohnverlust ein, es kam zu quasi zwei Löhnen: dem Tariflohn und dem aus der Übererfüllung von Normen resultierenden Mehr-Lohn. Bis 1989 blieb es bei dieser Regelung, es stiegen in den 70er, 80er Jahren sowohl die tarifgebundenen Lohnteile als auch der sogenannte Lohnzuschlag.

Warum aber konnten sie steigen (beide Formen)? Weil es im Preiswesen der DDR/des Sozialismus aufgrund der Nichtsenkung der Preise im Gefolge steigender Produktivkraft der Arbeit nicht (!) zu einer Senkung der Preise mit den Wertgrößen kam (wie in einer realen Warenökonomie, wie sie Marx auch im „Kapital“ noch so darstellt), sondern es bei Festpreisen blieb, so dass mit dem Anstieg in der stofflichen Seite der Produktion – oder konkreten (!) Seite der Arbeit - es zu einem Anstieg auch in der preislichen bzw. auch geldlichen Seite der Produktion kam. Die Lohnanstiege waren also *r e a l* durch Güteranstiege gedeckt (jedenfalls vom Preissystem her).

Dieses Hin und Her in der Lohnpraxis der DDR – mindestens bis in die Mitte der 60er Jahre hinein, wie aber auch die überraschende Lösung etwa ab 1962 – war damals für mich der Anlass, eine der Praxis entsprechende theoretische

Form der Lohnfrage, ihrer Lösung durch den Sozialismus, auszuarbeiten. Deshalb meine damaligen Arbeiten – die alle nur intern Verbreitung fanden und öffentlich bis heute unbekannt geblieben sind. (Erst nach 1990 kam es zur Veröffentlichung, insbesondere eben im „offen-siv“ seit etwa 2000). Insbesondere eine Frage harrte/harrt noch ihrer Lösung: Soll es bei der Kapitalformel $C+V+M$ bleiben, also: Sollen Löhne (die ständig steigen (können)) weiterhin Moment in Preisen bleiben? Sprengen ständig steigende Löhne nicht die Kapitalformel $C+V+M$? So dass es richtig/richtiger wäre V , die Löhne aus dieser Form herauszunehmen, Preis also = P bliebe, ohne jede weitere innere Konstruktion noch?

Obwohl die SED, ihr damaliger Vorsitzender Walter Ulbricht, viel begriffen hat - immerhin ist die damalige Lohnreform auch ihm zuzurechnen -, hat er aber das Letzte dennoch nicht begriffen. Er wollte ja eine Reform, in der die Lohnsteigerung inneres Element der Preise bleiben sollte. Löhne sollten steigen, aber eben nicht „über den Preis“. Das hatte er in seinem NÖS so angedacht: Preise wieder wie die Werte (!), aber Löhne wie die ... na? Nun: wie der stoffliche Anstieg in der Abteilung II/Konsumtionsmittel! Aber das sind auch Preise! Wie passt das zusammen?

Löhne sollten daher, so mein Vorschlag/Gedanke, aus der Wertform ausgeschlossen bleiben, denn – das war ja der große Gewinn des Sozialismus – Löhne sollten materieller Anreiz bleiben. Also erhöhen dürfen/können. Und das bringe nun mal „auf die Reihe“ - im NÖS, in dem Preise für P_m wie die Werte sinken sollten, aber Preise für K_m wie ... na, wie was steigen sollten? Wenn nicht der Wert gemeint ist, kann ja nur noch der Stoff (stoffliche Aspekt, also die Gütermenge) gemeint sein. Etwas Steigendes in etwas Sinkendem? Wie geht das?

Das NÖS war nicht durchdacht. Es war eine *halbe Revision des realen Sozialismus!* Ich habe meinen Beitrag – so denke ich jedenfalls – zur Lösung der entstandenen Probleme geleistet.

Und ich freue mich über jeden, der mit mir darüber nachdenkt. Unter einer Bedingung: Zuerst über den Gegenstand nachdenken, danach erst über die Person, die sich – mit einer eigenen Meinung – zu dem Gegenstand geäußert hat.

Hermann Jacobs, Berlin

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

